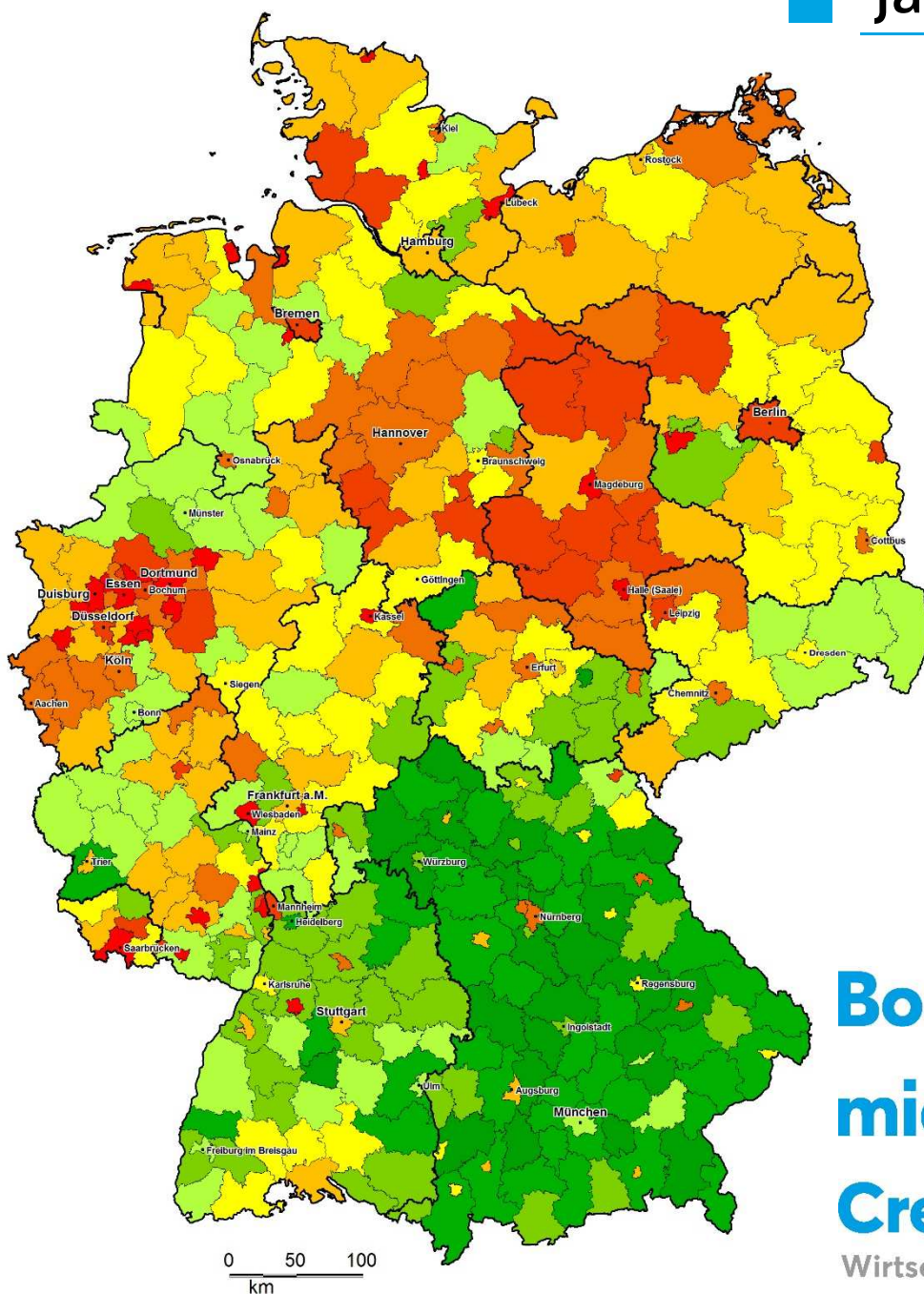


SchuldnerAtlas Deutschland

Überschuldung von Verbrauchern

■ Jahr 2019



Boniversum 

microm 

Creditreform 

Wirtschaftsforschung

Vorwort

TRENDS KOMPAKT: Überschuldung nimmt 2019 nur geringfügig ab

1	Status: Überschuldung von Verbrauchern in Deutschland	1
1.1	Die Zahl der Überschuldungsfälle von Verbrauchern hat 2019 geringfügig abgenommen	5
1.2	Erneut gegenläufiger Trend: „Harte“ Überschuldung nimmt ab – „weiche“ Überschuldung nimmt zu	21
1.3	Stabiler Trend: Ostdeutschland verbessert sich – Westdeutschland verschlechtert sich	28
1.4	Ergebniseinordnung: Die Überschuldung in Deutschland geht leicht zurück – die konjunkturelle Abkühlung zeigt rezessive Tendenzen	36
2	Exkurs: Überschuldung und Armut – was kommt zuerst? Eine vergleichende Datenanalyse	42
3	Handlungsspielräume: „Soziale Schuldnerberatung – ganzheitliches Instrument zur akuten Hilfe, zur nachhaltigen Problembewältigung, zur Kompetenzvermittlung und zur Armutsprävention“ Ein Gastbeitrag von Bernd Krüger	53
3.1	Problem- und Ausgangslage	53
3.2	Aufgaben, Leistungen und Funktionen	55
3.3	Instrumente der Sozialen Schuldnerberatung	59
3.4	Nutzen für Betroffene und Gesellschaft	63
4	Blick in die Zukunft: Die Überschuldungsampel bleibt trotz leichter Entspannung weiterhin auf „rot“	64
5	Ergebnisse kompakt	66
6	Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder	69
6.1	Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	69
6.2	Karten	70
6.3	Tabellen und Schaubilder	72
6.4	Quellen (Auszug)	86

Vorwort

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

die Analyse der Creditreform Wirtschaftsforschung vom Oktober 2019 geht davon aus, dass „die Konjunkturschwäche die gesamte deutsche Volkswirtschaft wohl in eine Rezession zieht“. Der fast zehnjährige Konjunkturboom neigt sich offensichtlich dem Ende zu. Die Bundesregierung, die führenden deutschen Wirtschaftsinstitute und der Internationale Währungsfonds (IWF) haben vor kurzem ihre Wachstumserwartungen für das laufende und kommende Jahr deutlich nach unten geschraubt.

Eine wichtige Rolle spielt dabei auch die zunehmende Unsicherheit durch geopolitische Risiken. Viele Probleme sind ungelöst oder neu dazugekommen: Sie reichen vom weiterhin virulenten Handelskonflikt zwischen den USA, China und Europa, über die Folgen der endlosen Geschichte des „Brexit“, die Freiheitsbewegung in Hongkong, die Golfkrise um den Iran und den Krieg des Nato-Staates Türkei gegen die Kurden im Norden Syriens. Es scheint, als sei die „Unruhe die neue Normalität“ der globalen Konjunktur (Manager Magazin, 14.10.2019) geworden.

Die Daten des neuen SchuldnerAtlas Deutschland zeigen, dass die Überschuldungslage privater Verbraucher in Deutschland auch 2019 trotz „Seitwärtsbewegung“ angespannt bleibt. Die Zahl überschuldeter Verbraucher ist zwar erstmals wieder seit fünf Jahren zurückgegangen – allerdings nur

leicht. Aktuell sind rund 6,92 Millionen Verbraucher in Deutschland überschuldet – nur knapp 10.000 weniger als im Vorjahr. Die Überschuldungsquote sinkt geringfügig auf 10,00 Prozent. Angesichts der Konjunkturlage ist für die nächsten Monate nicht davon auszugehen, dass die Überschuldungszahlen in Deutschland weiter sinken werden.

Besorgniserregend: Die Altersüberschuldung nimmt weiter deutlich zu, während jüngere Überschuldete wieder schneller der Überschuldungsfalle entkommen. Die Zahl der Menschen, die sich regelmäßig Lebensmittel bei der Tafel holen, hat zudem deutlich zugenommen. Nach Angaben der „Tafel Deutschland“ ist sie innerhalb eines Jahres um zehn Prozent auf 1,65 Millionen gestiegen. Bei Senioren, die Rente oder Grundsicherung beziehen, sei der Anstieg mit 20 Prozent noch dramatischer.

Armut hat offensichtlich viele Facetten und ist in Deutschland stärker verbreitet, als dies vielen bekannt und genehm ist. Gleiches gilt für das Überschuldungsproblem. Der Autor des Gastbeitrags, Bernd Krüger, ehemaliger Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV), stellt neue Handlungsspielräume der (sozialen) Schuldnerberatung vor: Sie versteht sich dabei als ein ganzheitliches Instrument zur akuten Hilfe, zur nachhaltigen Problembewältigung, zur Kompetenzvermittlung und zugleich zur Armutsprävention.

Wir wünschen Ihnen eine spannende und erkenntnisreiche Analyse.
Herzlichst

Ralf Zirbes
Creditreform
Boniversum GmbH

Michael Goy-Yun
microm Micromarketing-
Systeme und Consult GmbH

Michael Bretz
Creditreform
Wirtschaftsforschung

Neuss, den 14. November 2019

Wichtige Definitionen

Ansatz und Basisbegriffe

Der SchuldnerAtlas Deutschland untersucht, wie sich die Überschuldung von Verbrauchern innerhalb Deutschlands kleinräumig verteilt und entwickelt. Überschuldung liegt dann vor, wenn der Schuldner die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen mit hoher Wahrscheinlichkeit über einen längeren Zeitraum nicht begleichen kann und ihm zur Deckung seines Lebensunterhalts weder Vermögen noch Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Oder kurz: Die zu leistenden Gesamtausgaben sind höher als die Einnahmen. Mit Hilfe der Überschuldungsquoten, das heißt dem Anteil der Personen mit Negativmerkmalen im Verhältnis zu allen Personen ab 18 Jahren, kann die Überschuldung in ihrer geographischen Verteilung bis hin auf die Ebene von Straßenabschnitten dargestellt werden.

Negativmerkmale

Die Negativmerkmale setzen sich zusammen aus den aktuell vorliegenden juristischen Sachverhalten (Daten aus den amtlichen Schuldnerverzeichnissen – Nichtabgabe der Vermögensauskunft, früher: Haftanordnung und Eidesstattliche Versicherung – und Privatinsolvenzen), unstrittigen Inkasso-Fällen von Creditreform gegenüber Privatpersonen und nachhaltigen Zahlungsstörungen. Nachhaltige Zahlungsstörungen werden in einer Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger. Die Speicherung der Daten ist durch die EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO), Art. 6, Abs. 1f, geregelt.

Überschuldungsintensität

Zwei Formen von Überschuldung werden in der Analyse unterschieden: Fälle mit „hoher“ Überschuldungsintensität basieren ausschließlich auf juristischen Sachverhalten (Daten aus den amtlichen Schuldnerverzeichnissen und Privatinsolvenzen). Fälle mit „geringer Überschuldungsintensität“ basieren auf einer eher niedrigen Anzahl von Negativmerkmalen, in der Regel so genannten nachhaltigen Zahlungsstörungen (Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger).

Datenquellen

Die vorliegende Analyse basiert auf den Daten und Karten der Creditreform Tochterfirmen Creditreform Boniversum GmbH und microm Micromarketing-Systeme und Consult GmbH (beide Neuss).

TRENDS KOMPAKT: Überschuldung nimmt 2019 nur geringfügig ab

	Basiswerte	Abweichungen	
Überschuldete Personen	6,92 Millionen	- 10.000 Fälle	- 0,1 Prozent
Überschuldungsquote	10,00 Prozent	- 0,04 Punkte	
<i>Personen mit harten Negativmerkmalen</i>	<i>4,01 Millionen</i>	<i>- 125.000 Fälle</i>	<i>- 3,0 Prozent</i>
<i>Personen mit weichen Negativmerkmalen</i>	<i>2,91 Millionen</i>	<i>+ 115.000 Fälle</i>	<i>+ 4,1 Prozent</i>
<i>Überschuldete Haushalte</i>	<i>3,46 Millionen</i>	<i>- 2.000 Fälle</i>	<i>- 0,05 Prozent</i>
Frauen	2,70 Millionen	+ 6.000 Fälle	+ 0,2 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>7,65 Prozent</i>	<i>± 0,00 Punkte</i>	
Männer	4,22 Millionen	- 16.000 Fälle	- 0,4 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>12,46 Prozent</i>	<i>- 0,09 Punkte</i>	
bis unter 30 Jahre	1,42 Millionen	- 167.000 Fälle	- 10,5 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>12,13 Prozent</i>	<i>- 1,34 Punkte</i>	
30 bis 39 Jahre	1,85 Millionen	- 58.000 Fälle	- 3,0 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>17,72 Prozent</i>	<i>- 0,85 Punkte</i>	
40 bis 49 Jahre	1,41 Millionen	- 47.000 Fälle	- 3,2 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>13,12 Prozent</i>	<i>- 0,01 Punkte</i>	
50 bis 59 Jahre	1,23 Millionen	+ 57.000 Fälle	+ 4,9 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>9,17 Prozent</i>	<i>+ 0,32 Punkte</i>	
60 bis 69 Jahre	0,64 Millionen	+ 85.000 Fälle	+ 15,3 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>6,36 Prozent</i>	<i>+ 0,72 Punkte</i>	
ab 70 Jahre	0,38 Millionen	+ 118.000 Fälle	+ 44,9 Prozent
<i>Überschuldungsquote</i>	<i>2,95 Prozent</i>	<i>+ 0,90 Punkte</i>	
Gesamtschuldenvolumen*	202 Mrd. Euro	- 3 Mrd. Euro	- 1,5 Prozent

*Basiswert für mittlere Schuldenhöhe: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2018, 28.05.2019 – Der Wert für 2019 basiert auf einer Hochrechnung.

Alle Tabellen nebst detaillierten Quellenangaben sind in Kapitel 6 Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder zu finden.
Rundungsdifferenzen möglich.

■ 1 Status: Überschuldung von Verbrauchern in Deutschland

Die Überschuldungslage der Verbraucher in Deutschland hat sich in den letzten zwölf Monaten nicht grundlegend verändert. Zwar ist die Zahl überschuldeter Verbraucher in den letzten zwölf Monaten erstmals seit 2013 wieder gesunken – allerdings nur geringfügig. Zudem sinkt die Überschuldungsquote leicht, da die Bevölkerungszahl in Deutschland wie in den Vorjahren durch Zuwanderung zugenommen hat. Möglicherweise ist der positive Trend nur von kurzer Dauer, da sich die konjunkturellen Rahmenbedingungen in Deutschland, aber auch europa- und weltweit, deutlich eingetrübt haben. Fast alle Konjunkturindikatoren zeigen, nicht nur für Deutschland, „Bremsspuren“. Die Analyse „KfW-Mittelstandspanel 2019“ titelt Mitte Oktober: „Rekordjahr im Rücken, dunkle Wolken voraus“ und beschreibt damit trefflich die Veränderungen der Konjunkturlage der letzten zwölf Monate.

Zudem haben viele zentrale politische und ökonomische Probleme der Vorjahre weiterhin Bestand: Sie reichen von der endlosen Geschichte um den „Brexit“, der bereits in die dritte Verlängerung gegangen ist, über die weiterhin unkalkulierbare und oft irrationale Handelspolitik der Trump-Administration bis hin zum immer noch virulenten Dieselskandal, der maßgeblich zur Schwäche des Automobilsektors in Deutschland beigetragen hat. Der Handelsstreit der USA mit China und der Europäischen Union zeitigt trotz zwischenzeitlich moderaterer Töne mittlerweile weltweit spürbare Folgen für Wirtschaft und Verbraucher. Alles in allem war die konjunkturelle Lage in Deutschland Ende des vergangenen Jahres besser als viele Ökonomen dies erwartet hatten, aktuell ist es derzeit möglicherweise schlechter um sie bestellt, als es Politik und viele Verbraucher wahrhaben wollen.

Letztlich haben sich viele negativ gestimmte Prognosen aus dem Vorjahr eingestellt. Die Konjunktur befindet sich laut Herbst-Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages „auf Talfahrt“. Die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsweisen stellte Anfang

Erstmals seit 2013 sinken die Zahl der Überschuldungsfälle und die Überschuldungsquote leicht

Positiver Trend: Nur von kurzer Dauer?

Weltwirtschaft: Viele Probleme sind und bleiben ungelöst

Im letzten Jahr war die Konjunkturlage besser als erwartet ...

... in diesem Jahr ist es umgekehrt

„Konjunktur auf Talfahrt“, aber ...

... die anhaltende Kauflaune der privaten Haushalte stützt die Wirtschaft

2019: Konjunkturindikatoren im Sinkflug ...

... und wie 2012 / 2013 kurz vor der „technischen Rezession“?

Der Negativtrend ist noch nicht bei den Verbrauchern angekommen

Stabiler Arbeitsmarkt hält Überschuldungsrisiko gering

Oktober fest: „Die deutsche Industrie befindet sich in einer Rezession, die inzwischen auch auf die unternehmensnahen Dienstleister durchschlägt. Dass die Wirtschaft überhaupt noch expandiert, ist vor allem auf die anhaltende Kauflaune der privaten Haushalte zurückzuführen, die von den guten Lohnabschlüssen, Steuererleichterungen und Ausweitungen staatlicher Transfers gestützt wird.“

Im September sprang der IMK-Konjunkturindikator auf „rot“, das Rezessionsrisiko für die deutsche Wirtschaft erreichte den höchsten Wert seit dem Winterhalbjahr 2012 / 2013, als die deutsche Wirtschaft während der Hochphase der Euro-Krise eine „technische Rezession“, also zwei Rückgänge in Folge, durchlief.¹ Dies spiegelt auch die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, das im zweiten Quartal leicht gesunken (- 0,1 Prozent) war, nach zwei eher geringen Anstiegen im ersten Quartal 2019 (+ 0,4 Prozent) und im letzten Quartal 2018 (+ 0,2 Prozent). Die führenden Wirtschaftsinstitute erwarten in der aktuellen Herbstprognose für das laufende Jahr einen Anstieg des „BIP“ von nur 0,5 Prozent, nachdem sie im Frühjahr noch einen Anstieg von 0,8 Prozent erwartet hatten. Und auch für 2020 wurde die Prognose von 1,8 auf 1,1 Prozent nach unten korrigiert.

Der nur leichte Rückgang der Überschuldungszahlen zeigt aber, dass der deutlich spürbare Negativtrend in Wirtschaft und Konjunktur offensichtlich noch nicht bei den Verbrauchern angekommen ist. Die Einkommenssituation der Verbraucher in Deutschland blieb dank der vergleichsweise hohen Tarifabschlüsse des letzten und des laufenden Jahres stabil. Zudem zeigte der Arbeitsmarkt in den letzten zwölf Monaten eine „weitere robuste Entwicklung“, wie der Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit Ende Oktober feststellte. Dabei bildet ein fester Arbeitsplatz weiterhin die wichtigste Grundlage, um das Überschuldungsrisiko bei den meisten Verbrauchern gering zu halten. Im Oktober 2019 lag die Arbeitslosenquote mit 4,8 Prozent sogar leicht unter

¹ Vgl. IMK-Konjunkturindikator, September 2019, IMK-Konjunkturindikator springt auf „rot“ (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung). Zudem ganz aktuell: ifo Geschäftsklima Deutschland, Oktober 2019: ifo Geschäftsklimaindex sinkt.

dem Vorjahreswert (30. Oktober 2019: 2,204 Millionen Arbeitslose).²

Die aktuellen Daten beinhalten trotz leicht positivem Gesamttrend auch in diesem Jahr bedenkliche Teilergebnisse. Das Phänomen Altersüberschuldung gewinnt nochmals stärker als in den Vorjahren an Bedeutung. Die Zahl älterer überschuldeter Verbraucher (über 50 Jahre) hat deutlich zugenommen. Die Zahl jüngerer überschuldeter Verbraucher (unter 50 Jahre) hat fast ebenso deutlich abgenommen. Erfreulich: Zum zweiten Mal in Folge zeigt die Gruppe der unter 30-jährigen den stärksten Rückgang. Aber auch die besonders wirtschaftsaktiven 30- bis 49-jährigen Verbraucher weisen merkliche Rückgänge der Überschuldungsfälle auf, behalten aber weiterhin die höchsten Überschuldungsquoten. Männer bleiben deutlich häufiger überschuldet als Frauen – allerdings zeigen wie im Vorjahr in der Summe nur Frauen eine Zunahme an Überschuldungsfällen. Zudem gewinnen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes drei (von 13) Überschuldungsauslösern, nämlich „Erkrankung – Sucht – Unfall, unwirtschaftliche Haushaltsführung sowie längerfristiges Niedrigeinkommen“, weiter an Bedeutung.

Die aktuelle Auswertung zeigt zudem weitere leichte Positivtrends: So ist zum zweiten Mal in Folge die Zahl der Überschuldungsfälle mit so genannter „hoher Überschuldungsintensität“ (vereinfacht: juristische Sachverhalte) zurückgegangen. Hingegen ist die Zahl der Überschuldungsfälle mit geringer Intensität (vereinfacht: nachhaltige Zahlungsstörungen) zum dritten Mal in Folge, und deutlicher als im Vorjahr, angestiegen. Offensichtlich spiegelt sich im deutlichen Rückgang der „harten Überschuldung“ zeitversetzt auch der seit Jahren kontinuierliche Rückgang der Privatinsolvenzverfahren und der Langzeitarbeitslosigkeit. Zugleich korrespondiert der vergleichsweise deutliche Anstieg der „weichen Überschuldung“ mit den Folgen einer zunehmenden Konsumverschuldung, die sich durch fast alle Altersgruppen zieht. Nicht nur vor diesem Hintergrund

**Überschuldungsentwicklung
auch 2019 mit
„Licht und Schatten“**

„Überschuldung wird älter“

**Drei Auslöser gewinnen an
Bedeutung: Erkrankung – Sucht –
Unfall, unwirtschaftliche
Haushaltsführung sowie länger-
fristiges Niedrigeinkommen**

**Leichter Positivtrend: „Harte
Überschuldung“ ist zum zweiten
Mal in Folge rückläufig ...**

**... aber: Die „weiche
Überschuldung“ nimmt
ebenso deutlich zu**

² Allerdings geht das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) von Ende Oktober 2019 von einer Verschlechterung des Arbeitsmarktes in den kommenden Monaten aus. Vgl. IAB-Arbeitsmarktbarometer, Oktober 2019: IAB-Arbeitsmarktbarometer sinkt um 0,5 Punkte.

Überschuldungsampel bleibt trotz leichtem Positivtrend für viele Verbraucher auf „rot“

Eine vergleichende Datenanalyse zum Wechselwirkungsverhältnis von Überschuldung und Armut

Folgen und „Nebenwirkungen“ von Einkommens- und Vermögensungleichheit sind oft Überschuldung und Armut

Gastbeitrag stellt Konzept zur „Sozialen Schuldnerberatung“ vor

ist davon auszugehen, dass die Überschuldungszahlen in Deutschland trotz aktuellem Positivtrend in der näheren Zukunft wieder steigen werden. Für viele Verbraucher bleibt die Überschuldungsampel in den nächsten zwölf Monaten auf „rot“.

Da der Trend zur Altersüberschuldung ungebrochen ist, befasst sich eine vergleichende Datenanalyse (Kapitel 2) mit dem Wechselwirkungsverhältnis von Überschuldung und Armut. Das Jahr 2019 war noch stärker als die letzten Jahre durch zahlreiche Veröffentlichungen gekennzeichnet, die sich mit dem Anstieg von Armut – besonders von Altersarmut – in Deutschland befassten. Dabei sind (Langzeit-)Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Die Folgen und „Nebenwirkungen“ der ebenfalls merklich zunehmenden Einkommens- und Vermögensungleichheit sind Armut und Überschuldung, wie die Hans-Böckler-Stiftung noch Anfang Oktober 2019 im „WSI-Verteilungsreport 2019“ berichtete. Alle Ergebnisse zeigen auch: Armut und Überschuldung haben viele Facetten und sind in Deutschland stärker verbreitet, als dies vielen bekannt und genehm ist.

Die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) hat vor diesem Hintergrund unter der Überschrift „Soziale Schuldnerberatung“ ein neues Konzept entwickelt, das den veränderten Rahmenbedingungen und Notwendigkeiten der Überschuldungsentwicklung Rechnung trägt. Das Konzept (Kapitel 3) umfasst nicht nur die Insolvenzberatung als Verfahren, sondern berücksichtigt bei der Analyse des Überschuldungsfalls den ganzen Menschen und seine Geschichte. Der Gastautor Bernd Krüger zeigt dabei die Handlungsspielräume der Sozialen Schuldnerberatung auf: Sie versteht sich als ein ganzheitliches Instrument zur akuten Hilfe, zur nachhaltigen Problembewältigung, zur Kompetenzvermittlung und zugleich zur Armutsprävention.

1.1 Die Zahl der Überschuldungsfälle von Verbrauchern hat 2019 geringfügig abgenommen

Die Zahl überschuldeter Privatpersonen in Deutschland ist erstmals seit 2013 wieder zurückgegangen – allerdings nur leicht. Die Überschuldungsquote sinkt 2019 geringfügig, auch da die Bevölkerung durch Zuwanderung und Migration nochmals, wenn auch weniger stark als in den Vorjahren, zugenommen hat.³ Für die gesamte Bundesrepublik wurde zum Stichtag 1. Oktober 2019 eine Überschuldungsquote von 10,00 Prozent gemessen. Damit sind weiterhin über 6,9 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Dies sind rund 10.000 Personen weniger als noch im letzten Jahr (- 0,1 Prozent). Zwischen 2014 und 2018 hatte die Zahl überschuldeter Personen kontinuierlich zugenommen (2018: + 19.000 Fälle; + 0,3 Prozent; 2017: + 65.000 Fälle; + 0,9 Prozent; 2016: + 131.000 Fälle; + 1,9 Prozent). Der letzte und zugleich ähnlich starke Rückgang wurde 2013 gemessen (- 10.000 Überschuldungsfälle; - 0,2 Prozent).

2019: 6,92 Mio. überschuldete Personen in Deutschland (- 10.000 Personen)

Überschuldungsquote sinkt auf 10,00 Prozent (- 0,04 Punkte)

Tab. 1.: Überschuldungsquoten in Deutschland 2016 bis 2019

■	Einwohner	Personen über 18 Jahre	Überschuldete Personen	Überschuldungsquote	Überschuldete Haushalte
2016	82,52 Mio.	68,05 Mio.	6,85 Mio.	10,06%	3,40 Mio.
2017	82,79 Mio.	68,83 Mio.	6,91 Mio.	10,04%	3,45 Mio.
2018	83,10 Mio.	69,03 Mio.	6,93 Mio.	10,04%	3,46 Mio.
2019	83,18 Mio.	69,24 Mio.	6,92 Mio.	10,00%	3,46 Mio.

Die Gesamt-Tabelle ist in Kapitel 6.3. zu finden: Tabelle 11.

Die Überschuldungsquote für Deutschland erreicht damit zum vierten Mal hintereinander die Zehn-Prozent-Marke – zuletzt konnte dies 2005 bis 2008 beobachtet werden. Die Quote bleibt damit weiterhin deutlich unter den Höchstwerten der Jahre 2005 bis 2007. Nach überschlägigen Berechnungen bleiben somit wie 2018 rund 3,46 Millionen Haushalte überschuldet und nachhaltig zahlungsgestört (2017: 3,45 Millionen; 2004: 3,10

Auch 2019 sind rund 3,46 Millionen Haushalte überschuldet und nachhaltig zahlungsgestört

³ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 244, 27.06.2019: Bevölkerung in Deutschland: 83,0 Millionen zum Jahresende 2018.

Millionen). Dabei zeigte sich die Entwicklung der Überschuldungszahlen im Jahresverlauf eher diskontinuierlicher als in den Vorjahren.

*Wie im Vorjahr:
Harte Überschuldung nimmt ab,
weiche Überschuldung nimmt zu*

Wie bereits im Vorjahr beruht der Anstieg der Überschuldungsfälle ausschließlich auf einer (deutlichen) Zunahme der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität (vereinfacht: nachhaltige Zahlungsstörungen). Die Zahl der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität (vereinfacht: juristische Sachverhalte) ist in fast gleicher Weise zurückgegangen (s. Kapitel 1.2). Damit zeigt sich zum zweiten Mal in Folge eine ähnliche Grundkonstellation, die es seit der getrennten Ausweisung von harten und weichen Merkmalen im Jahr 2006 noch nicht gegeben hatte. Bis 2016 waren die „harten“ Überschuldungsfälle seit 2012 / 2013 kontinuierlich gestiegen, die „weichen“ Überschuldungsfälle durchgehend gesunken. 2017 war die Zahl beider Merkmale noch gleichzeitig gestiegen. Offensichtlich spiegelt sich im deutlichen Rückgang der „harten Überschuldung“ zeitversetzt auch der seit Jahren kontinuierliche Rückgang der Privatinsolvenzverfahren und zugleich die immer noch robuste Verfassung des Arbeitsmarktes mit einem deutlichen Rückgang von Langzeitarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung.

*Erklärungen durch zeitversetzte
Analysen der Hauptüberschuldungsauslöser*

*2008 / 2019: Ökonomische
Auslöser verlieren weiter
an Bedeutung*

Die Ursachen für diesen nur auf den ersten Blick gegensätzlichen Trend sind vielfältig und vor dem Hintergrund meist zeitversetzter Wirkungsketten einzuordnen. So zeigt die Analyse der Hauptauslöser für Überschuldungsprozesse, die seit 2008 kontinuierlich vom Statistischen Bundesamt erhoben werden, dass vorwiegend ökonomische Auslöser wie Arbeitslosigkeit (Anteil 2019: 20 Prozent; Abweichung 2008 / 2019: - 28 Prozent der Fälle) und gescheiterte Selbstständigkeit (9 Prozent; 2008 / 2019: - 7 Prozent der Fälle) langfristig an Bedeutung verloren haben. Die insgesamt stabile Konjunktur in Deutschland hat in den letzten Jahren maßgeblich dazu beigetragen, dass sich ihre Anteile als Hauptüberschuldungsgründe deutlich verringert haben. Dies gilt trotz kleiner Schwankungen mit temporären Anstiegen, wie sie möglicherweise in Folge einer stärkeren konjunkturellen Abkühlung bald wieder gemessen werden

können. Die ökonomischen Auslöser korrelieren stärker mit einer Zunahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität (s. Kapitel 6.3: Tabelle 12).

Auf der anderen Seite hat sich der Trend der Vorjahre, insbesondere bei den Überschuldungsauslösern „Erkrankung, Sucht, Unfall“ (Anteil 2019: 17 Prozent; Abweichung 2008 / 2019: + 60 Prozent der Fälle) sowie „unwirtschaftliche Haushaltsführung“ (Anteil 2019: 14 Prozent; Abweichung 2008 / 2019: + 44 Prozent der Fälle), nochmals verstärkt. Beide Ursachen verzeichnen weiterhin merkbare Anstiege als Auslöser für Überschuldungsfälle. Insbesondere der Auslöser „unwirtschaftliche Haushaltsführung“, der oft auch synonym mit dem Begriff „irrationales Konsumverhalten“ verwendet wird, bildet oft den „schleichenden Einstieg“ in eine Überschuldungsspirale und korreliert eher mit Fällen mit geringer Überschuldungsintensität.⁴

Beide Befunde erklären zusammengenommen den Bersistenztrend der beiden letzten Jahre. Wie auch die aktuellen Daten zeigen, bildet sich der Rückgang der harten Überschuldung derzeit besonders bei jüngeren Verbrauchern ab. Folglich ist davon auszugehen, dass es diesen offensichtlich schneller gelingt, sich aus dem Überschuldungskarussell zu verabschieden. Dennoch zeigten gerade jüngere Verbraucher in der Vergangenheit häufiger als ältere Verbraucher „irrationales Konsumverhalten“. Erfreulicherweise weist die Gruppe jüngerer Verbraucher in diesem Jahr auch den stärksten Rückgang weicher Negativmerkmale auf.

Die Langzeitanalysen zeigen: Fälle mit hoher Überschuldungsintensität sind oft mit einer längeren Überschuldungskarriere und oft auch mit höheren Schuldenvolumina verbunden. Zudem weisen viele überschuldete Personen in jüngerem Alter harte Merkmale auf, deren

Die Auslöser „Erkrankung, Sucht, Unfall“ sowie „unwirtschaftliche Haushaltsführung“ gewinnen weiter an Bedeutung

„Irrationales Konsumverhalten“ bildet oft den Einstieg in eine Überschuldungsspirale

Jüngere Verbraucher können oft schneller einer Überschuldung entkommen

Nachhaltige Zahlungsstörungen bilden oft die Vorstufe in einer „Überschuldungsspirale“

⁴ „Für rund jede vierte Person der unter 25-Jährigen, die im Jahr 2018 eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchten, war der Hauptauslöser der Überschuldungssituation eine unwirtschaftliche Haushaltsführung. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, gaben hingegen fast 30 Prozent der älteren Personen (ab 65 Jahren), die sich 2018 in Schuldnerberatung befanden, eine Erkrankung, Sucht oder Unfall beziehungsweise Trennung, Scheidung oder Tod des Partners oder der Partnerin als Hauptauslöser der Überschuldung an.“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 199, 28.05.2019: Private Überschuldung: Starke Unterschiede zwischen Jung und Alt sowie Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 207, 03.06.2019: Mietschulden sind bei Überschuldeten im Osten verbreiteter.

**„Arbeitsverdichtung“ hat oft
Krankheit, finanzielle Engpässe
und Überschuldung zur Folge**

Schuldenvolumen allerdings noch nicht den Umfang hat wie bei älteren überschuldeten Personen. Fälle mit geringer Überschuldungsintensität sind hingegen mit eher niedrigeren Schuldensummen verbunden und bilden oft eine Vorstufe im „Überschuldungskarussell“. Zudem legen die Daten des Statistischen Bundesamtes nahe, dass oft Konsumverschuldung bei vielen Verbrauchern zu nachhaltigen Zahlungsstörungen geführt hat. Dies konnte 2012 bei einem ähnlich starken Anstieg der weichen Überschuldung festgestellt werden. Seinerzeit wurde der Anstieg der weichen Überschuldung häufig durch so genannten „Nachholkonsum“ verursacht, der sich aus der Verunsicherung im Nachgang der Finanz- und Wirtschaftskrise und vor dem Hintergrund der beginnenden Niedrigzinsphase entfaltete. Zudem zeigt der deutliche Anstieg des Überschuldungsauslösers „Erkrankung, Sucht, Unfall“, dass die zunehmende Arbeitsverdichtung in vielen Berufen, also die Zunahme der pro Zeiteinheit zu leistenden Menge an Arbeit, zu Krankheit und in Folge zu zusätzlichen finanziellen Belastungen resp. Engpässen führt.⁵

**Überschuldungsauslöser:
„Längerfristiges
Niedrigeinkommen“**

Ergänzt man die Ursachenanalyse durch Berücksichtigung des von der Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes erst ab 2015 eingeführten Indikators „längerfristiges Niedrigeinkommen“, der mit dem Begriff Einkommensarmut⁶ synonym verwendet werden kann, zeigt sich, dass der aktuelle Positivtrend nur von kurzer Dauer sein wird. Der entsprechende Wert wird zwar erst seit dem Jahr 2016 (für das Auswertungsjahr 2015) ausgewiesen, sein Anteil hat sich aber bereits von 3,4 Prozent (2015) auf 8,6 Prozent (2018) fast verdreifacht. Auf die Gesamtmenge der überschuldeten Personen in Deutschland umgerechnet, waren dies im letzten Jahr rund 610.000 Überschuldungsfälle (2015: 230.000 Überschuldungsfälle; + 169 Prozent), die dem-

⁵ Eine repräsentative Umfrage im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom Sommer 2019 zeigte, dass 63 Prozent der Bürger ihren Stresslevel am Arbeitsplatz als hoch oder eher hoch bewerten. Eine der Hauptursachen ist Zeitdruck, der als Dauerstress krankmacht.

⁶ Eine Person gilt als einkommensarm, wenn sie ein Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Median aller Nettoäquivalenzeinkommen hat. Vgl. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung; www.armuts-und-reichtumsbericht.de

nach auf längerfristiges Niedrigeinkommen zurückzuführen waren (s. auch Kapitel 2: Überschuldung und Armut).⁷

Letzteres zeigt sich in der Überschuldungsentwicklung von Frauen in Deutschland. Männer stellen zwar weiterhin die meisten Überschuldungsfälle, der Anteil an Frauen hat in den letzten Jahren aber deutlich zugenommen. Dies nicht zuletzt, da insbesondere alleinerziehende Frauen überdurchschnittlich häufig von Überschuldung betroffen sind und oft im Familienleben eine Doppelbelastung „aushalten“ müssen.⁸ Die aktuellen Daten zeigen, dass sich der Trend der letzten Jahre verstetigt hat. Trotz summarischem Rückgang der Überschuldungsfälle ist die Zahl neu überschuldeter Frauen leicht angestiegen.

Männliche Überschuldung geht zurück – weibliche Überschuldung nimmt leicht zu

Die Zahl neu überschuldeter Frauen ist angestiegen

Tab. 2.: Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2016 bis 2019

■	Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
2016	6,85 Mio.	4,21 Mio.	2,64 Mio.	10,06%	12,72%	7,55%
2017	6,91 Mio.	4,24 Mio.	2,68 Mio.	10,04%	12,59%	7,61%
2018	6,93 Mio.	4,23 Mio.	2,70 Mio.	10,04%	12,55%	7,65%
2019	6,92 Mio.	4,22 Mio.	2,70 Mio.	10,00%	12,46%	7,65%

Die Gesamt-Tabellen sind in Kapitel 6.3 zu finden: Tabelle 13 bis 16.

Frauen verursachten in diesem Jahr rund 6.000 neue Überschuldungsfälle (+ 0,2 Prozent). Bei Männern ging die Zahl hingegen um knapp 16.000 Fälle zurück (- 0,4 Prozent). Zudem wiesen Frauen in den vergangenen zwölf Monaten einen stärkeren prozentualen Anstieg der weichen Überschuldungsfälle (+ 4,8 Prozent; + 55.000 Fälle) auf als Männer (+3,6 Prozent; + 60.000 Fälle). Allerdings nahm die Zahl harter Überschuldungsfälle bei Frauen (- 3,1 Prozent; - 49.000 Fälle) stärker ab als bei den Männern (-2,9 Prozent; - 76.000 Fälle).

2018 / 2019
Männer: - 16.000 Fälle
Frauen: + 6.000 Fälle

2018 / 2019
Männer: - 0,4 Prozent
Frauen: + 0,2 Prozent

⁷ Das Institut für Finanzdienstleistungen e.V. (Hamburg) nennt den in ihren Veröffentlichungen synonym verwendeten Begriff „Einkommensarmut“ als den „seit geraumer Zeit am stärksten zulegende Überschuldungsauslöser“. Vgl. iff-Institut für Finanzdienstleistungen e.V. (Hrsg.), iff-Überschuldungsreport 2019, Überschuldung in Deutschland, S. 5.

⁸ So betrug die Überschuldungsquote von Alleinerziehenden bei einer überschlägigen Analyse 2013 rund 38 Prozent. Bei weiblichen Alleinerziehenden lag die Überschuldungsquote bei rund 39 Prozent, bei männlichen Alleinerziehenden bei etwa 30 Prozent. Vgl. auch SchuldnerAtlas Deutschland 2013, S. 31ff.

Überschuldungsquoten 2019

Männer: 12,46 Prozent

Frauen: 7,65 Prozent

Erklärungen für die unterschiedlichen Überschuldungsmuster von Männern und Frauen

2019 sind insgesamt rund 4,22 Millionen überschuldete Personen männlichen und rund 2,70 Millionen weiblichen Geschlechts. Die Überschuldungsquote der Frauen über 18 Jahre in Deutschland bleibt mit rund 7,65 Prozent nahezu konstant (2017: 7,61 Prozent). Die aktuelle Überschuldungsquote bei Männern ist erneut rückläufig und liegt nunmehr bei 12,46 Prozent (2018: 12,55 Prozent). Die Quote überschuldigter Frauen ist in Deutschland seit 2004 von 6,09 Prozent bis 2019 um 1,56 Punkte gestiegen – dies sind rund 615.000 Überschuldungsfälle mehr als noch vor 15 Jahren. Die Zahl überschuldigter Männer ist im selben Zeitraum von 13,55 Prozent um 1,09 Punkte bzw. um rund 231.000 Fälle gesunken.

Die Erklärungen für die unterschiedlichen Überschuldungsquoten von Männern und Frauen sind weiterhin stabil, auch wenn sich einzelne Trends ändern: Männer verfügen im Schnitt über höhere Einkommen und sind häufiger „Haushaltsvorstand“ und Hauptverdiener.⁹ Sie sind zudem auch bei Finanzentscheidungen risikobereiter als Frauen, die beispielsweise bei der Inanspruchnahme von Krediten (mäßigen) Einfluss auf die Höhe des Kredits nehmen.¹⁰ Frauen übernehmen hingegen zunehmend gleichberechtigt die Verantwortung

⁹ Eine Sonderveröffentlichung des Statistischen Bundesamtes zum Internationalen Frauentag (am 08.03.2019) zeigte: Immer mehr Frauen leben von eigener Erwerbstätigkeit. Demnach bestritten im Jahr 2017 rund 72 Prozent der 25- bis 54-jährigen Frauen ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus einer eigenen Erwerbstätigkeit. Vor zehn Jahren hatte dieser Anteil bei 65 Prozent gelegen. In der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen ist eine noch eindeutige Veränderung zu sehen. Lag hier der Anteil der Frauen im Jahr 2007 noch bei 36 Prozent, stieg er im Jahr 2017 auf rund 57 Prozent. Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 079, 06.03.2019: 2018: Immer mehr Frauen leben von eigener Erwerbstätigkeit. Zudem zeigte eine Studie der Stellenbörse Stepstone, dass „sechsstellige Gehälter vor allem Männersache“ sind. Noch nicht einmal jede siebte Fachkraft mit mehr als 100.000 Euro Jahresgehalt ist eine Frau. Für die Studie wurden rund 200.000 Datensätze ausgewertet. Vgl. Manager Magazin, 11.10.2019: Gehälter-Studie, Sechsstellige Gehälter sind vor allem Männersache.

¹⁰ Vgl. auch die genannten Studien der Vorjahresanalyse zur höheren Risikobereitschaft von Männern. Tenor: „Durchschnittsmänner sind länderübergreifend risikobereiter als Frauen.“ – Zudem: „Der Gender Pay Gap beträgt in Deutschland 21 Prozent und ist in Teilen darauf zurückzuführen, dass Männer und Frauen in unterschiedlichen Berufen arbeiten. Allerdings sind auch innerhalb der Berufe beachtliche Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen zu beobachten, deren Höhe sich aber zwischen den Berufen stark unterscheidet. Der Gender Pay Gap ist in den Berufen besonders stark ausgeprägt, in denen der Stundenlohn überproportional mit den Arbeitsstunden ansteigt. Außerdem weisen Berufe mit einem großen Anteil an Führungspositionen einen höheren Gender Pay Gap auf. Berufe, die größtenteils in öffentlichen Unternehmen ausgeführt werden, haben tendenziell kleinere Verdienstlücken. Veränderungen in der Arbeitsorganisation, die flexiblere Arbeitszeiten und Top-Sharing, also dem Aufteilen einer Führungsposition auf zwei Teilzeitstellen, ermöglichen, könnten dazu beitragen, dass der Gender Pay Gap sinkt. Zudem könnten Tarifverträge, wie sie im meist bei öffentlichen Arbeitgebern gelten, zu einer

für Schulden als Einkommensbezieherinnen oder als Alleinerziehende, da sich die Rollenbilder verändert haben. Frauen leiden zudem deutlich stärker unter so genanntem „Schuldenstress“, der auch in positivem Sinne mit Ausgabenvorsicht und Kaufzurückhaltung einhergeht.

Die aktuelle Analyse bestätigt einen weiteren Basistrend der letzten Jahre, der Licht und Schatten der Überschuldungsentwicklung zeigt: So geht einerseits die Überschuldung bei den jüngeren Personengruppen weiter merklich zurück. Andererseits gewinnt das Phänomen Altersüberschuldung, wie bereits in den letzten Jahren, besorgniserregend an Bedeutung. Auf der positiven Seite nahm die Zahl jüngerer Personen (unter 30 Jahre), die in einer Überschuldungspirale stecken, zum zweiten Mal in Folge überdurchschnittlich ab (1,42 Millionen; - 167.000 Fälle). Der Rückgang ist nochmals deutlich stärker ausgeprägt als in den vergangenen vier Jahren (- 10,5 Prozent; 2018: - 4,4 Prozent; 2016: - 1,7 Prozent). Die Überschuldungsquote verringert sich und beträgt bei den unter 30-Jährigen nunmehr 12,13 Prozent (- 1,34 Punkte). Erfreulich: Der Rückgang der Überschuldungsfälle beruht erstmals seit 2014 auf der gleichzeitigen Abnahme der Fälle mit hoher (- 118.000 Fälle) und geringer Überschuldungsintensität (- 49.000 Fälle).

Stabile Basistrends: „Junge Überschuldung“ nimmt deutlich ab – Altersüberschuldung nimmt fast in fast gleicher Weise zu

Die Zahl junger überschuldeter Personen nimmt deutlich ab (- 167.000 Fälle)

Unter 30 Jahre: Fälle mit hoher und geringer Überschuldungsintensität sinken gleichzeitig

Tab. 3.: Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2016 bis 2019

■	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
2016	14,50%	19,17%	12,56%	8,90%	5,51%	1,34%	10,06%
2017	14,06%	18,93%	12,88%	8,80%	5,48%	1,50%	10,04%
2018	13,47%	18,57%	13,13%	8,85%	5,65%	2,04%	10,04%
2019	12,13%	17,72%	13,12%	9,17%	6,36%	2,95%	10,00%
Abw. 2018/19	- 1,34	- 0,85	- 0,01	+ 0,32	+ 0,72	+ 0,90	- 0,04
Abw. 2013/19	- 3,57	- 0,41	+ 1,54	+ 0,57	+ 1,68	+ 2,05	+ 0,19

Die Gesamt-Tabellen sind in Kapitel 6.3 zu finden: Tabelle 17 bis 18.

Reduzierung des Gender Pay Gaps führen.“ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Wochenbericht Nr. 10/2019, Große Gender Pay Gaps in einzelnen Berufen hängen stark mit der überproportionalen Entlohnung von langen Arbeitszeiten zusammen, S. 127-138; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Wochenbericht Nr. 10/2019, Auch an erwerbsfreien Tagen erledigen Frauen einen Großteil der Hausarbeit und Kinderbetreuung, S. 139-144.

Die Jugenderwerbslosenquote sinkt auf den niedrigsten Stand seit 25 Jahren und bildet eine Grundlage für den Positivtrend

Deutlicher Anstieg der „älteren Überschuldung“

Überschuldungsfälle 2019 ab 70 Jahre: 381.000 Fälle (+ 118.000 Fälle)

Ab 70 Jahre: Weiche Überschuldung steigt stärker als harte Überschuldung

Die insgesamt positive Entwicklung bei den jüngeren Überschuldeten korrespondiert ganz offensichtlich mit der Entwicklung der Jugenderwerbslosenquote in Deutschland, die 2018 „auf den niedrigsten Stand seit 25 Jahren“ gefallen ist. 2018 betrug diese noch 6,2 Prozent, nach 6,8 Prozent im Jahr 2017. Zudem lag die Arbeitslosenquote der 15- bis 25-Jährigen im Oktober 2019 bei 4,2 Prozent (Oktober 2018: 4,3 Prozent).¹¹

Auffällig und besorgniserregend bleibt die Entwicklung der Überschuldung in den älteren Bevölkerungsgruppen: So stieg die Zahl überschuldeter Personen und die Überschuldungsquote in den drei Personengruppen ab 50 Jahren 2019 überdurchschnittlich an. Dabei hat die Zahl überschuldeter Personen ab 70 Jahren mit rund 45 Prozent wiederum überdurchschnittlich zugenommen (2018: + 36 Prozent). Die Überschuldungsquote dieser Altersgruppe steigt um 0,90 Punkte auf 2,95 Prozent, verbleibt aber weiterhin deutlich unter den Vergleichswerten der jüngeren Altersgruppen. Allerdings ist der Anstieg im Mehrjahresvergleich 2013 / 2019 mit 243 Prozent deutlich überdurchschnittlich – von vergleichsweise niedrigem Niveau aus. Die Gesamtzahl aller überschuldeter Personen hat sich im gleichen Zeitraum „nur“ um rund fünf Prozent erhöht. Rund 381.000 Menschen ab 70 Jahren müssen 2019 in Deutschland als überschuldet eingestuft werden (+ 118.000 Fälle). Die Zunahme in der ältesten Personengruppe ist allerdings anders als im letzten Jahr stärker auf einen Anstieg der Fälle mit geringer als mit hoher Überschuldungsintensität zurückzuführen.

¹¹ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Eckwerte des Arbeitsmarktes und der Grundsicherung (Monatszahlen), Oktober 2019. Zudem: Als Jugenderwerbslose gelten 15- bis 24-Jährige, die nicht erwerbstätig sind, aber aktiv nach einer Arbeit suchen und für diese sofort zur Verfügung stehen würden. „Junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren waren 2018 so selten erwerbslos wie noch nie im wiedervereinigten Deutschland. [...] Die Erwerbslosenquote in dieser Altersgruppe betrug in Gesamtdeutschland 6,2 Prozent. In den neuen Bundesländern lag sie bei 8,6 Prozent, im früheren Bundesgebiet bei 5,8 Prozent. Die Höchststände der Jugenderwerbslosigkeit waren im Jahr 2005 zu verzeichnen, nach einer mehrjährigen Stagnationsphase der Wirtschaft. Damals lag die Erwerbslosigkeit in Deutschland unter den 15- bis 24-Jährigen bei 15,2 Prozent. Seit dem Jahr 2005 haben sich die Jugenderwerbslosenquoten für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder (einschließlich Berlin) jeweils mehr als halbiert. Damit profitierten die jungen Menschen von der insgesamt günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt in diesem Zeitraum, wenngleich die Erwerbslosenquote bezogen auf alle 15- bis 64-Jährigen noch stärker sank, nämlich um nahezu zwei Drittel von 11,3 Prozent auf 3,5 Prozent.“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 301, 12.08.2019: Jugenderwerbslosigkeit in Ost und West auf niedrigstem Stand seit 25 Jahren.

Die nächstjüngere Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen weist ebenfalls einen nochmals stärkeren Anstieg der Überschuldungsfälle auf als im letzten Jahr. Sie zählt aktuell rund 641.000 Überschuldungsfälle (+ 85.000 Fälle; + 15 Prozent). Bei den 60- bis 69-Jährigen nahm die Zahl „weicher“ Überschuldungsfälle ebenfalls stärker zu als die der „harten“ Überschuldungsfälle. Die spezifische Überschuldungsquote ist von 5,65 auf 6,36 Prozent (+ 0,72 Punkte) gestiegen, wobei die Zunahme dank überdurchschnittlich zunehmender Population geringer ausfällt. Dabei gilt: Große Teile beider Altersgruppen gehen einer Erwerbstätigkeit im Rentenalter nach und arbeiten häufig im Rahmen atypischer resp. geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, um fehlende Mittel zur Sicherung des Lebensunterhaltes zu beschaffen. Allerdings war der Anteil so genannter atypischer oder auch prekärer Beschäftigungsverhältnisse im letzten Jahr erstmals seit 2015 wieder leicht rückläufig (7,75 Millionen; - 1,2 Prozent). In der Langfristperspektive zeigt sich aber, dass die Zahl geringfügig Beschäftigter (2003 bis 2019: + 32 Prozent), insbesondere aber im Alter von über 60 Jahren (+ 72 Prozent), deutlich angestiegen ist – alleine im Vergleich zum letzten Jahr nochmals um rund 6 Prozentpunkte (2017 / 2018: + 5 Punkte). Diese Entwicklung spiegelt sich nochmals deutlicher bei „im Nebenjob geringfügig Beschäftigter“. Hier betrug der Anstieg seit 2003 rund 632 Prozent.¹²

Überschuldungsfälle 2019
60 bis 69 Jahre: 641.000 Fälle
(+ 85.000 Fälle)

Erwerbstätigkeit und „atypische Beschäftigung“ nimmt im Rentenalter deutlich zu

Die Zahl „im Nebenjob geringfügig Beschäftigter“ nahm seit 2003 um rund 632 Prozent zu

¹² Unter der Überschrift „Atypische Beschäftigung verharrt auf hohem Niveau – Quote in westdeutschen Ländern um bis zu 12 Prozentpunkte höher als im Osten“ analysierte die Hans-Böckler-Stiftung im Juni 2019 den Status von atypischer oder prekärer Beschäftigung: „Die Zahl der atypischen Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland verharrt auf hohem Niveau. Besonders stark betroffen sind nach wie vor Frauen in Westdeutschland, die aus familiären Gründen oft in Teilzeit oder Minijobs arbeiten, zudem jüngere Beschäftigte, geringer Qualifizierte und Beschäftigte ohne deutschen Pass. Dementsprechend unterscheiden sich die Quoten in Ost- und Westdeutschland erheblich, und sie haben sich in den vergangenen Jahren noch auseinanderentwickelt: In den ostdeutschen Bundesländern liegt der Anteil atypisch Beschäftigter nach den aktuellen Zahlen überall unter 18 Prozent, in Brandenburg sogar unter 15 Prozent. Im Westen reicht sie von knapp 18 Prozent in Hamburg bis 23 Prozent und mehr in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Bremen.“ Vgl. hierzu Hans-Böckler-Stiftung, WSI-Policy Brief Nr. 34, Juni 2019, Trends und Verbreitung atypischer Beschäftigung, Eine Auswertung regionaler Daten. Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. N004, 09.10.2019: 2018 erstmals seit 2002 wieder mehr als 70 Prozent der Erwerbstätigen in Normalarbeitsverhältnissen

Zudem zeigt eine Anfrage an die Bundesregierung, dass jede zweite Rente weniger als 900 Euro beträgt. Demnach erhielten im vergangenen Jahr rund 51 Prozent der Altersrentner weniger als 900 Euro – das sind rund 9,4 Millionen Menschen. 59 Prozent der Rentner bekamen weniger als 1.000 Euro. Vgl. Manager Magazin, 26.07.2019, Altersarmut, Jede zweite Rente unter 900 Euro.

„Baby-Boomer“ vor der Rente

Überschuldungsfälle 2019
50 bis 59 Jahre: 1,23 Millionen
Fälle (+ 57.000 Fälle)

Überschuldungsfälle 2019
30 bis 39 Jahre: 1,85 Millionen
Fälle (- 58.000 Fälle)

Lebensalter ist oft geprägt durch
Familiengründung, Hausbau und
berufliche Positionierung

Überschuldungsfälle 2019
40 bis 49 Jahre: 1,41 Millionen
Fälle (- 47.000 Fälle)

Demografische Effekte
begrenzen den Rückgang
der Überschuldungsquote

Zudem zeigt sich auch bei der Gruppe der 50- bis 59-Jährigen, die als „Babyboomer“ in den nächsten Jahren zumindest teilweise in den (Vor-)Ruhestand gehen werden, ebenfalls ein weiterer deutlicher Anstieg von Überschuldungsfällen (1,23 Millionen; + 57.000 Fälle). Auch in dieser Gruppe nehmen sowohl die Fälle mit juristischer Dimension (+ 32.000 Fälle) wie auch die Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen (+ 26.000 Fälle) in fast ähnlicher Größenordnung zu. Der Anstieg der Überschuldungsquote in dieser Altersgruppe fällt ebenfalls geringer aus – von 8,85 auf 9,17 Prozent – dank ebenfalls vergrößerter Teilbevölkerung.

Die höchste Überschuldungsquote weist weiterhin die Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen auf – zum zweiten Mal in Folge mit rückläufigem Trend (1,85 Millionen; - 58.000 Fälle). Der Rückgang beruht in diesem Jahr allerdings ausschließlich auf einer Abnahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität (- 60.000 Fälle), die Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen nehmen hingegen leicht zu (+ 2.000 Fälle). Die Gruppe der 30- bis 39-Jährigen belegt damit weiterhin Rang eins des Überschuldungsrankings nach Alter, nicht zuletzt da sie als besonders wirtschaftsaktive Altersgruppe einzustufen ist. Dieses Alter ist oft geprägt durch Familiengründung, Hausbau und berufliche Positionierung. Die Überschuldungsquote dieser Altersgruppe sinkt ebenfalls deutlich um 0,85 Punkte auf 17,72 Prozent – dies auch, da die zu Grunde liegende Bevölkerungszahl dieser Altersgruppe wiederum überdurchschnittlich zugenommen hat. Allerdings weist weiterhin fast jeder sechste der 30- bis 39-Jährigen in Deutschland zumindest nachhaltige Zahlungsstörungen auf.

Die Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen zeigt 2019, wie die beiden jüngeren Altersgruppen, einen merklichen Rückgang der Überschuldungsfälle auf (1,41 Millionen; - 47.000 Fälle). Die Überschuldungsquote sinkt ebenfalls nur minimal (13,12 Prozent; - 0,01 Punkte), da sich die entsprechende Bevölkerungszahl auf Grund demografischer Effekte zum sechstem Mal in Folge verkleinert hat. Der Rückgang der Überschuldungsfälle in dieser Altersgruppe basiert auf einem deutlichen Rückgang der Fälle mit juristischer Dimension (- 57.000

Fälle). Die Zahl der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen nahm in dieser Altersgruppe zum zweiten Mal in Folge zu (+ 10.000 Fälle).

Tab. 4.: Das Schuldenvolumen in Deutschland 2016 bis 2019 nach Statistischem Bundesamt – Hochrechnung auf der Basis von Realwerten

■	Schuldenvolumen nach Statistischem Bundesamt		
	Jahr	Mittlere individuelle Schuldenhöhe	Volkswirtschaftliches Schuldenvolumen
	2016	31.600 €	217 Mrd. €
	2017	30.500 €	211 Mrd. €
	2018	29.600 €	205 Mrd. €
	2019	29.200 €	202 Mrd. €

Eine differenzierte Tabelle ist in Kapitel 6.3. zu finden: Tabelle 14.

Ein weiterer Basistrend der Vorjahre bleibt in diesem Jahr stabil: So zeigt die Analyse des Schuldenvolumens, dass dieses bei älteren überschuldeten Personen weiterhin deutlich höher liegt als bei jüngeren Personen – allerdings ist die durchschnittliche Schuldenhöhe je Überschuldungsfall seit Jahren rückläufig. Überschuldete Personen im höheren Alter konnten vor dem Hintergrund meist höherer Einkommen auch häufig höhere Verbindlichkeiten eingehen und befinden sich häufig länger in einem Überschuldungsprozess. Die Spannweite der Schuldenvolumina reichte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes¹³ in der letzten Überschuldungsstatistik für das Jahr 2018 von Ende Mai 2019 von rund 47.400 Euro je erfasstem Überschuldungsfall bei den 65- bis 70-jährigen (- 2.380 Euro) bis hin zu rund 8.200 Euro bei den unter 25-jährigen (- 860 Euro).¹⁴ 2018 lag der Wert bei etwa 29.610 Euro je erfasstem Überschuldungsfall (- 930 Euro; - 3,0 Prozent). Im Langzeitvergleich von 2006 hat sich der entsprechende Wert von rund 36.900 Euro auf rund 29.150 Euro verringert (Hochrechnung; - 21 Prozent). Dabei haben sich die Schuldenvolumina aller Altersgruppen zum Teil deutlich verringert.

Rückgang des Gesamtschuldenvolumens

Die Analyse des Schuldenvolumens zeigt weiteren Rückgang

Ältere weisen höhere Schulden auf als jüngere Überschuldete

Das mittlere Schuldenvolumen sinkt weiter auf derzeit unter 30.000 Euro

¹³ Hinweis: Die genannten Daten basieren auf einer Hoch- und Umrechnung und können in dieser Form nur als Trendindikator interpretiert werden. Der Grund: Die Altersgruppenzuordnungen sind nicht identisch und um rund 5 Jahre versetzt (Beispiel: Creditreform: unter 30 Jahre / Destatis: unter 25 Jahre).

¹⁴ Typische Verbindlichkeiten sind Miet- und Energiekosten, Telekommunikationskosten, Konsumkosten (Ratenkäufe, Kreditkarten), Unterhaltsverpflichtungen, Finanzamt, Schadensersatzforderungen, private Verbindlichkeiten, Strafen und Bußgelder (z. B. für „Schwarzfahren“ bei überwiegend jungen Menschen, meist in urbanen Zentren).

**Erwartetes
Gesamtschuldenvolumen 2019:
202 Milliarden Euro**

**Männer haben
weiterhin deutlich höhere
Verbindlichkeiten als Frauen**

**Jüngere Menschen
entkommen schneller dem
„Überschuldungskarussell“**

Der Rückgang der durchschnittlichen Schuldenhöhe je Überschuldungsfall hat dazu beigetragen, dass das Gesamtschuldenvolumen für ganz Deutschland in den letzten Jahren gesunken ist, obwohl die Überschuldungszahlen in den letzten Jahren angestiegen sind. Das nach überschlägigen Hochrechnungen erwartbare Gesamtschuldenvolumen liegt 2019 bei etwa 202 Milliarden Euro (- 1,5 Prozent). Im Langzeitvergleich verringerte sich das Volumen seit 2006 (265 Milliarden Euro) um rund 24 Prozent. Die Daten zeigen, dass die unterschiedliche Höhe der Einkünfte bei Männern und Frauen mit den unterschiedlichen geschlechtsspezifischen Schuldenvolumina korrespondiert. Laut Statistischem Bundesamt weisen männliche Überschuldete eine höhere (mittlere) Schuldenhöhe (Hochrechnung für 2019: 33.000 Euro; - 2 Prozent) auf als weibliche Überschuldete (24.800 Euro; - 1 Prozent). Der entsprechende Wert ist im Langzeitvergleich bei Frauen (- 9.600 Euro zu 2006; - 28 Prozent) deutlich stärker zurückgegangen als bei den männlichen Überschuldeten in Deutschland (- 6.300 Euro zu 2006; - 16 Prozent).

Jüngeren Überschuldeten gelingt es, dies zeigen auch die aktuellen Daten, offensichtlich weiterhin schneller einer Überschuldungsspirale wieder zu entkommen. In der Regel hat die Überschuldung jüngerer Menschen noch nicht die Intensität und das Volumen erreicht wie bei älteren Personengruppen. So liegen die Anzahl der Gläubiger und die Höhe des Schuldenvolumens deutlich niedriger als bei älteren Überschuldeten.¹⁵

¹⁵ „Knapp zwei Drittel (64,9 Prozent) der unter 25-Jährigen, die im Jahr 2018 eine Schuldnerberatungsstelle aufsuchten, wiesen offene Verbindlichkeiten bei Telekommunikationsunternehmen auf. Die durchschnittliche Schuldenhöhe der jüngeren Generation bei Telekommunikationsanbietern betrug 1.573 Euro. Dies entsprach gut einem Sechstel der gesamten durchschnittlichen Schuldenhöhe von 8.849 Euro. Diesem Schuldenbetrag stand den unter 25-Jährigen zu Beratungsbeginn ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 777 Euro pro Person gegenüber. Unter der Annahme, dass alle Einkünfte ausschließlich zur Schuldentilgung eingesetzt werden, bräuchten junge Menschen etwas mehr als zwei Monate um Telefonanbieter auszus zahlen, oder knapp ein Jahr zur Begleichung ihrer gesamten Schulden. Die deutliche Mehrheit der Schuldnerinnen und Schuldner im Alter von 65 Jahren und älter war im Jahr 2018 dagegen bei Kreditinstituten verschuldet (62,9 Prozent). Schulden bei Telekommunikationsunternehmen hatten lediglich ein Viertel (25,3 Prozent) der älteren Generation. Die Restschuld bei Kreditinstituten lag mit 22.989 Euro im Mittel ebenfalls bedeutend höher. Zum einen sind Bankkredite in der Regel mit höheren Schulden verbunden als Telekommunikationsverträge, zum anderen geht ein höheres Alter automatisch mit einer längeren Wirtschaftsaktivität einher. Dementsprechend lag für diese Altersgruppe das durchschnittliche Schuldenvolumen mit 43.740 Euro um fast das Fünffache höher als das von Schuldnern unter 25 Jahren. Mit einem monatlichen Durchschnittseinkommen von 1.051 Euro pro Person bräuchten ältere Menschen in etwa dreieinhalb Jahre bis zur gänzlichen Schuldenbefreiung. Für die alleinige Tilgung von Kreditschulden wären rund 22

Die aktuellen Daten bestätigen wie in den Vorjahren den Doppeltrend zu Altersarmut und Altersüberschuldung, auch wenn weiterhin vor vereinfachten Rückschlüssen gewarnt werden muss. Generell gilt: Altersarmut ist eine besonders schwerwiegende Form der Armut. Während jüngere Menschen Armut häufig als vorübergehende Lebensphase begreifen und über eine Perspektive verfügen, sich aus der Einkommensarmut herauszuarbeiten, ist das bei älteren Menschen häufig nicht der Fall. Mit dem Eintritt in den Ruhestand sinken die Chancen älterer Menschen drastisch, ihre ökonomische Lage zu verbessern. Gleiches gilt für das Phänomen der Altersüberschuldung. Dabei ist der Trend zur Altersarmut auch vor dem Hintergrund der Rentenreformen der vergangenen zwanzig Jahre einzuordnen. Diese zielten fast durchweg auf eine Reduktion des Sicherungsniveaus der gesetzlichen Rente, um den Beitragssatz zu stabilisieren. Zudem führten insbesondere die Zunahme so genannter unsteter Erwerbsbiografien, das oben genannte Anwachsen des Niedriglohnssektors sowie eine Zunahme der versicherungsfreien Beschäftigung mit geringem Entgelt zu einer prekären Einkommenslage im Alter. Dabei korrelieren Armutsbetroffenheit, befristete Beschäftigung und Zeit- bzw. Leiharbeit besonders stark.¹⁶

Zudem kann geschlussfolgert werden, dass die Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen durch prinzipiell anspruchsberechtigte Personen das Armuts-, aber auch Überschuldungsproblem in Deutschland verschärft.¹⁷ Nach Angaben einer Studie des Deutschen Instituts für

Stabiler Doppeltrend zu Altersarmut und Altersüberschuldung

Im Ruhestand sinken die Chancen älterer Menschen drastisch, ihre ökonomische Lage zu verbessern

Gründe: Rentenreformen – unstete Erwerbsbiografien – prekäre Beschäftigung

Die Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen verschärft Armut und führt zu Überschuldung

Monate vonnöten.“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 199, 28.05.2019: Private Überschuldung: Starke Unterschiede zwischen Jung und Alt.

¹⁶ Auffälligerweise stellt der Paritätische Armutsbericht 2018 fest, dass es „entgegen der weit verbreiteten Annahme keinesfalls vor allem Minijobberinnen [sind], die von Armut betroffen sind; von den erwerbstätigen Armen machen sie nur etwas mehr als ein Viertel aus. Es zeigt sich vielmehr ein auffälliger statistischer Zusammenhang zwischen Armutsbetroffenheit und befristeter Beschäftigung und Zeit- bzw. Leiharbeit. Die ganz überwiegende Mehrheit (69 Prozent) der erwerbstätigen Armen ist mehr als nur geringfügig tätig und 41 Prozent sogar voll erwerbstätig. Rund acht Prozent der Armen sind in einem Zeit- oder Leiharbeitsverhältnis und etwa jeder dritte Arme ist nur befristet beschäftigt.“ Vgl. hierzu besonders: Der Paritätische (2018), Wer die Armen sind, Der Paritätische Armutsbericht 2018.

¹⁷ Überträgt man den Anteil des Hauptüberschuldungsauslösers „Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen“ (2018: 0,60 Prozent) auf die Gesamtzahl der Überschuldungsfälle 2018, würden etwa 50.000 Fälle auf diese (falsche) Grundhaltung zurückzuführen sein. Vgl. die Quellen für Hauptüberschuldungsauslöser: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2009 bis 2018 (letzte Veröffentlichung 2018: 28.05.2019).

**Scham, auf staatliche Hilfe
angewiesen zu sein –
Angst vor Stigmatisierung**

**Armut und Überschuldung
auch als Ausdruck und Folge
der drastisch steigenden
Miet- und Immobilienpreise**

Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) gibt es in Deutschland insgesamt mehr als eine Million Senioren, die Anspruch auf diese staatliche Unterstützung haben. Nach offiziellen Statistiken beziehen aber nur 566.000 Senioren die sogenannte Grundsicherung im Alter. Als Gründe für den Verzicht auf einen Antrag gelten Scham oder Unwissenheit. Rentner verzichten umso eher auf einen Antrag, je geringer der erwartete Betrag aus der Grundsicherung ausfällt.¹⁸ Dabei wird häufig die Scham, auf staatliche Hilfe angewiesen zu sein, als Grund für eine niedrige Inanspruchnahme von Sozialleistungen genannt. Potenzielle Leistungsempfänger fürchten nach einer Analyse des DIW, als „weniger leistungsfähig“ oder als „Trittbrettfahrer“ wahrgenommen zu werden.¹⁹

Zudem zeigen viele Analysen, dass Armut und Überschuldung auch mit anderen Entwicklungen korrespondieren resp. in einem Wechselwirkungsverhältnis zueinanderstehen.²⁰ So sind Armut und Überschuldung

¹⁸ In einer Spiegel-Kolumne stellte Hermann-Josef Tenhagen, Chefredakteur von „Finanztip“, einem gemeinnützigen Verbraucher-Ratgeber, fest, dass rund eine Million Haushalte in Deutschland Anspruch auf Wohngeld hätten, diesen Anspruch aber nicht geltend machen. Dabei wäre Wohngeld ein „gutes Mittel gegen die Verarmung von Mietern“: „Ein Indikator: Sogar in Großstädten wie Berlin, Köln oder Düsseldorf beziehen nie mehr als ein bis eineinhalb Prozent der Haushalte tatsächlich Wohngeld. Und das, obwohl dort die Mieten in den vergangenen Jahren besonders drastisch gestiegen sind und obwohl die Zahl der Ein-Personen-Haushalte, die von Mietsteigerungen besonders schnell überfordert werden, in diesen Städten besonders hoch ist. In München liegt die Zahl der Wohngeldempfänger sogar unter einem halben Prozent.“ Vgl. SPIEGEL ONLINE, 26.10.2019, Mietenwahnsinn, Steht Ihnen Wohngeld zu, ohne dass Sie es wissen?

¹⁹ Vgl. DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 26/2019, Die Angst vor Stigmatisierung hindert Menschen daran, Transferleistungen in Anspruch zu nehmen, S. 455-461 sowie „Es geht den Menschen darum, was andere Leute über sie denken“ (Interview), S. 462: „Wenn die Inanspruchnahme für andere sichtbar ist, verzichten sie [die Probanden] deswegen auf eine für sie vorteilhafte Transferzahlung. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass eine möglichst diskrete Gestaltung des Beantragungs- und Auszahlungsprozesses dazu beitragen kann, die Stigmatisierung abzubauen und somit die Inanspruchnahme von Sozialleistungen zu erhöhen.“ In der Debatte um die Bekämpfung von Altersarmut und die Einführung einer neuen Grundrente empfiehlt das DIW auf die Anrechnung von Vermögen zu verzichten und stattdessen nur die Einkommen eines Haushalts zu überprüfen. Der Aufwand wäre damit gering. Der Vorgang könne von der Rentenversicherung automatisiert vollzogen werden, „um das Stigma zu lindern.“ Vgl. Spiegel Online, 11.10.2019, Altersarmut, Jeder zweite bedürftige Rentner verzichtet auf die Grundsicherung.

²⁰ Möglicherweise auch, weil immer mehr Rentner Einkommensteuer bezahlen müssen, die seit 2005 erhoben wird. 2015 flossen rund 34,65 Milliarden Euro Einkommensteuer von Steuerpflichtigen mit Renteneinkünften an den Staat. Im Jahr zuvor waren es erst 31,44 Milliarden Euro - 2005 erst 15,55 Milliarden Euro. Während es beim gesamten Steueraufkommen zwischen 2005 und 2015 eine Steigerung von rund 50 Prozent gab, waren es bei der Einkommensteuer der Rentner rund 130 Prozent. Infolge des steigenden steuerpflichtigen Teils der Rente sowie von Rentenerhöhungen werden immer mehr Neurentner vom Fiskus zur Kasse gebeten. Vgl. hierzu Manager Magazin, 01.11.2019, Immer mehr Senioren zahlen Steuern sowie Süddeutsche Zeitung Online, 01.11.2019, Rentner zahlen fast 35 Milliarden Euro Einkommensteuer.

auch Ausdruck und Folge der seit Jahren drastisch steigenden Miet- und Immobilienpreisentwicklung. Die deutlich steigenden Mietbelastungsquoten wurden bereits im SchuldnerAtlas Deutschland 2018 als mögliche mittelbare Überschuldungsauslöser thematisiert: „Wohnen ist zumindest in deutschen Großstädten zum Armutsrisiko, in jedem Fall zum Überschuldungsrisiko geworden.“²¹ Bei der Mietbelastung gilt ein prozentualer Anteil von rund 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens als bedenklich und ab 40 Prozent als problematisch. Und auch der „Paritätische Armutsbericht 2018“ fasste themenspezifisch zusammen: „Die Armutsproblematik betrifft fast ausschließlich Mieter*innen. Drei von zehn zur Miete wohnenden Personen sind arm (29,7 Prozent); wer Wohneigentum besitzt, ist dagegen nur in vier von 100 Fällen arm. [...] Deutschland ist an diesem Punkt im wahrsten Sinne des Wortes zweigeteilt, wobei die eine Hälfte, nämlich die der Wohneigentümer*innen mit der Armutsfrage so gut wie nichts zu tun hat.“²² Zudem stellte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin) im Juli 2019 fest, dass „immer mehr ältere Haushalte von steigenden Wohnkosten schwer belastet“ sind. Zudem gehe „die Schere zwischen Alterseinkommen und Mieten [...] immer weiter auseinander“.²³

**Paritätischer Armutsbericht
2018: Armut betrifft ausschließlich Mieter, nicht die Wohneigentümer**

DIW: Immer mehr ältere Haushalte sind von steigenden Wohnkosten schwer belastet

²¹ „Der Grund: Die Mietbelastungsquote liegt bei vielen Mietern bei über 50 Prozent, d.h. sie geben mehr als die Hälfte ihres Haushaltseinkommens für das Wohnen aus. Die Mietbelastungsquote liegt nach Meinung von Experten in jedem Fall im kritischen Bereich oberhalb von 30 Prozent des Haushaltseinkommens. Es bleibt dann nur noch relativ wenig Geld zur sonstigen Lebensführung zur Verfügung, insbesondere bei Menschen mit kleinerem Einkommen.“ Vgl. hierzu SchuldnerAtlas Deutschland 2018, Kapitel 2, Exkurs: Die Bedeutung steigender Miet- und Immobilienpreise für die Überschuldungsentwicklung in Deutschland, S. 40ff.

²² Vgl. hierzu Der Paritätische (2018), Wer die Armen sind, Der Paritätische Armutsbericht 2018, S.14-15: „Eigentümer*innen haben mit Armut kaum etwas zu tun, wie auch der Blick auf die Gesamtheit der Armen zeigt: Während 88,2 Prozent der Armen zur Miete wohnen, sind es nur 11,8 Prozent, die ihre Wohnung oder Haus ihr eigen nennen. Ein sehr gravierender Befund, denn: In Deutschland lebt von den Privathaushalten eine gute Hälfte (51,2 Prozent) zur Miete und eine knappe Hälfte (48,8 Prozent) in den eigenen vier Wänden.“

²³ Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung untersuchte im Juli 2019 die Entwicklung der Wohnkostenbelastung von Haushalten mit einer Referenzperson ab 65 Jahren in Deutschland seit 1996. Er stellt fest: „Vor allem Mieterhaushalte sind von der starken Zunahme dieser Kosten betroffen. Im Ergebnis hat sich in dieser Altersgruppe der Anteil der Mieterhaushalte, die eine Mietbelastungsquote (einschließlich aller Nebenkosten) von mehr als 30 Prozent aufweisen, von 38 Prozent auf 63 Prozent im Jahr 2016 stark erhöht. Je niedriger das Haushaltsnettoeinkommen ist, desto höher ist die Mietbelastungsquote. Auch Alleinlebende weisen eine überdurchschnittliche Mietbelastung auf. Gleichzeitig ist die Zahl der Eigentümerhaushalte unter den älteren Personen mit höheren Einkommen gestiegen, wobei deren Wohnkosten relativ gering im Vergleich zu denen von MieterInnen ausfallen. In Deutschland ist es damit zu einer doppelten Polarisierung bei älteren Menschen gekommen: Einerseits findet eine Ausdifferenzierung nach Eigentumsform (Miete vs. Eigentum) statt und gleich-

**„Nebenwirkungen“
von Armut und Überschuldung:
Finanzielle und materielle Ent-
behrungen, Stress und Krankheit**

**Das Doppelproblem von Alters-
überschuldung und Altersarmut
wird eher zunehmen**

Unbestritten sind jedenfalls die mittelbaren Folgen oder besser „Nebenwirkungen“ von Armut, sozialer Deprivation (Ausgrenzung) und Überschuldung. Diese bedeuten nicht nur finanzielle und materielle Entbehrung, sondern meist zugleich physischen und psychischen Druck, Stress und gesundheitliche Beeinträchtigungen.²⁴ Eigene Untersuchungen zeigten bereits vor rund zehn Jahren: Personen mit krankhaftem Übergewicht wiesen eine höhere Kreditaffinität auf und litten stärker unter „Schuldenstress“ – beides kann als Indikator für ein erhöhtes Überschuldungsrisiko identifiziert werden. Die Folgen von Armut und Überschuldung sind für die Betroffenen jedenfalls ähnlich: Arme leiden unter einem erhöhten Überschuldungsrisiko, Überschuldete unter einem erhöhten Verarmungsrisiko.

Die aktuellen Daten zeigen jedenfalls, dass das Doppelproblem von Altersüberschuldung und Altersarmut in Zukunft eher zu- als abnehmen wird. Kapitel 2 zeigt daher in einer vergleichenden Datenanalyse Ähnlichkeiten und Unterschiede der Überschuldungs- und Armutsentwicklung in Deutschland der letzten rund 15 Jahre. Trotz aktuell leichter Rückgänge der entsprechenden Armutsgefährdungs- und Überschuldungsquoten ist nicht davon auszugehen, dass sich die Problemlage in den nächsten Jahren deutlich entspannen wird.

zeitig ist die Wohnkostenbelastung gerade bei Mieterhaushalten stark gestiegen. Die Politik ist daher gefordert, neben Verbesserungen beim Wohngeld auch die Förderung des sozialen Wohnungsbaus im Hinblick auf die Bedürfnisse insbesondere einkommensschwacher älterer MieterInnen anzupassen.“ Vgl. DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 27/2019, Immer mehr ältere Haushalte sind von steigenden Wohnkosten schwer belastet, S. 467-476; sowie DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 27/2019, Die Schere zwischen Alterseinkommen und Mieten geht immer weiter auseinander (Interview), S. 477.

²⁴ Vgl. auch das Sonderkapitel in SchuldnerAtlas Deutschland 2010, Sonderthema: Überschuldung und defizitäre Gesundheit, Überschuldung und Krankheit: Ursachen – Wirkungsbeziehungen, Ein Gastbeitrag von Prof. Dr. oec. troph. Eva Münster, Univ.-Prof. Dr. med. Dipl.-Ing. Stephan Letzel und Prof. Dr. Curt Wolfgang Hergenröder (Johannes Gutenberg-Universität Mainz), S. 41ff.

1.2 Erneut gegenläufiger Trend: „Harte“ Überschuldung nimmt ab – „weiche“ Überschuldung nimmt zu

Die Daten zur Überschuldungsintensität bestätigen den Grundtrend des Vorjahres: Die Zahl der Überschuldungsfälle mit juristischen Sachverhalten nahm in den letzten zwölf Monaten deutlich um rund 125.000 Fälle ab (- 3,0 Prozent), die Zahl der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität um rund 115.000 Fälle zu (+ 4,1 Prozent). Im letzten Jahr waren Rückgang (harte Fälle: - 87.000 Fälle; - 2,1 Prozent) und Zunahme (weiche Fälle: + 106.000 Fälle; + 3,9 Prozent) noch weniger stark ausgeprägt, in der Summe blieb 2018 ein Anstieg der Gesamtfälle zu messen. Der Grundtrend spiegelt sich wie im letzten Jahr sowohl in West- wie auch in Ostdeutschland (s. auch Kapitel 1.3).

Dieser Befund hat neben dem Rückgang der Überschuldungsfälle, wie bereits im Vorjahr, eine positive Komponente: Rund 125.000 Verbraucher in Deutschland sind einer meist dauerhaften Überschuldungsspirale entkommen (- 3,0 Prozent). Im Vorjahr war der Rückgang mit rund 87.000 Überschuldungsfällen noch weniger stark ausgefallen (- 2,1 Prozent), nachdem die harte Überschuldung 2017 noch um rund 52.000 Fälle angestiegen war (+ 1,2 Prozent). Offensichtlich korrespondiert der Rückgang der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität mit dem seit Jahren andauernden Rückgang der Zahl der Verbraucherinsolvenzen und derjenigen Personen, die sich in den letzten Jahren durch ein Privatinsolvenzverfahren aus der Überschuldung befreien konnten. Zudem wird der Rückgang der harten Überschuldung besonders von jüngeren Verbrauchern getragen, da es diesen, wie bereits beschrieben, schneller gelingt, sich aus dem Überschuldungskarussell zu verabschieden. Damit verbleiben allerdings weiterhin rund 4,01 Millionen Menschen in Deutschland in einer dauerhaften Überschuldungsspirale (2006 / 2019: + 611.000 Fälle; + 18 Prozent). 2017 waren noch 4,22 Millionen überschuldete Personen „hart überschuldet“ – in Summe haben somit in den letzten beiden Jahren erfreulicher Weise rund 211.000 Menschen den Weg aus einer dauerhaften Überschuldungsspirale gefunden.

*Wie bereits im letzten Jahr
Anstieg der „weichen“
Überschuldung bei gleichzeitige
Rückgang der „harten“
Überschuldung*

*2019: Rund 125.000 Verbraucher
entkommen der Überschuldungs-
falle ...*

*... aber 4,01 Millionen Verbrau-
cher bleiben in einer dauerhaf-
ten Überschuldungsspirale*

**Weitere 115.000 Verbraucher
sind auf dem Weg in eine
Überschuldungskrise**

Die Kehrseite dieser Positiventwicklung zeigt allerdings, dass in diesem Jahr weitere 115.000 Verbraucher nachhaltige Zahlungsstörungen aufweisen (+ 4,1 Prozent) und möglicherweise auf dem Weg in eine Überschuldungskrise sind. Sie waren in den letzten zwölf Monaten offensichtlich nicht in der Lage, Ausgabenvorsicht zu zeigen und eine Überschuldung zu vermeiden. Im letzten Jahr war der Anstieg mit rund 106.000 Überschuldungsfällen schon ähnlich stark ausgefallen (+ 3,9 Prozent), nachdem er 2017 „nur“ 12.000 Fälle betragen hatte (+ 0,5 Prozent). 2,91 Millionen Verbraucher in Deutschland zeigen derzeit nachhaltige Zahlungsstörungen, die in vielen Fällen als Vorstufe zur harten Überschuldung auftritt. Dies sind rund 875.000 Fälle weniger als im Jahr 2006 (- 23 Prozent).

Tab. 5.: Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität 2016 bis 2019

■ Basiswerte	Hohe Überschuldungsintensität		Geringe Überschuldungsintensität	
	Anzahl	Abw. zum Vorjahr	Anzahl	Abweichung
2016	4,17 Mio.	+ 220.000	2,68 Mio.	- 89.000
2017	4,22 Mio.	+ 53.000	2,69 Mio.	+ 12.000
2018	4,13 Mio.	- 87.000	2,80 Mio.	+ 106.000
2019	4,01 Mio.	- 125.000	2,91 Mio.	+ 115.000
Abw. 2006 / 2019	+ 18,0%	+ 611.000	- 23,1%	- 875.000

Die Gesamt-Tabellen sind in Kapitel 6.3. zu finden: Tabellen 19 und 20.

**Trend zur
strukturellen Überschuldung
schwächt sich erneut ab**

Zwei Trends können die aktuellen Daten belegen: Erstens konnte der markante Trend zur Überschuldungsverhärtung und strukturellen Überschuldung zum zweiten Mal in Folge durchbrochen werden. Der nach dem Vorjahr letzte Rückgang wurde 2008 gemessen, als die Zahl der harten Überschuldungsfälle nur vergleichsweise wenig zurückging (2007 / 2008: - 14.000 Fälle; - 0,4 Prozent). Dies war seinerzeit Ausdruck der etwa 2005 einsetzenden konjunkturellen Boomphase, die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise (vorübergehend) beendet wurde.²⁵ Der nunmehr seit 2018 stattfindende Rückgang der harten Überschuldungsfälle kann zu

²⁵ Der SchuldnerAtlas Deutschland 2008 fasste seinerzeit zusammen (S. 1): „Die Überschuldungssituation von Verbrauchern in Deutschland hat sich seit dem Vorjahr aufgrund der bis ins Frühjahr 2008 stabilen Konjunktursituation spürbar entspannt. Die Schuldnerquoten sind mit einem zeitlichen Versatz von rund zwei Jahren insbesondere durch die Entspannung auf dem Arbeits- und Beschäftigungsmarkt gesunken, da die Arbeitslosigkeit zwischen Februar 2005 (5,2 Millionen Arbeitslose – Quote 11,7 Prozent) und Oktober 2008 (3,0 Millionen – 7,2 Prozent) um über vier Prozentpunkte abgenommen hat.“

großen Teilen durch die etwa seit 2010 andauernde Hochkonjunkturphase erklärt werden, die es zum zweiten Mal in Folge überdurchschnittlich vielen überschuldeten Personen ermöglicht hat, dem „Schuldturm“ zu entkommen. Diese Personen rekrutieren sich in diesem Jahr nach Analyse der Sinus-Geo-Milieus® aus den höheren sozialen Schichten, also den „gesellschaftlichen Leitmilieus“ (Performer und Expeditive) sowie aus den „Milieus der unteren Mitte / Unterschicht“ (besonders: Hedonisten und Prekäre). Während Performer und Expeditive in der Regel über größere (finanzielle wie soziale) Ressourcen verfügen, um sich aus einer Überschuldungslage befreien zu können, gelingt dies den hedonistischen Milieus eher, wenn sie als junge Milieus dank guter Arbeitsmarktlage und verbesserter Einkommen ihre (eher geringeren) Verbindlichkeiten wieder begleichen können.²⁶

**Positivtrend betrifft 2019
überwiegend Personen aus
den oberen und unteren sozialen
Schichten**

Vieles spricht angesichts der derzeit sich eintrübenden (globalen) ökonomischen Rahmenbedingungen dafür, dass dieser Positivtrend nicht lange anhalten wird. Insbesondere der zweimalige, überdeutliche Anstieg der weichen Überschuldungsfälle kann als ein Beleg für eine Wiederbelebung des sich zwischenzeitlich abgeschwächten Trends zur Konsumverschuldung eingestuft werden. Die Fälle mit geringer Überschuldungsintensität hatten bis 2011 in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise mit deutlich zurückgehender Konsumneigung einen (vorläufigen) Tiefstand erreicht und waren dann bis 2013 wieder, auch in Folge von „Nachholkonsum“, angestiegen. Danach war ihre Zahl bis Ende 2016 kontinuierlich zurückgegangen, um dann erstmals im letzten Jahr und nun erneut anzusteigen.²⁷

**Positivtrend:
Nur von kurzer Dauer?**

**Weiche Überschuldung und
Konsumklima korrespondieren**

²⁶ Tendenziell zeigt eine Analyse der Überschuldungsintensität mit Hilfe der Sinus-Geo-Milieus®, dass die „gesellschaftlichen Leitmilieus“ überdurchschnittlich viele „weiche“ Negativmerkmale aufweisen, während die „Milieus der unteren Mitte / Unterschicht“ überdurchschnittlich viele „harte“ Negativmerkmale aufweisen. Die oberen sozialen Schichten geraten offensichtlich nicht so schnell in die harte Überschuldung, da sie in der Regel über größere (finanzielle wie soziale) Ressourcen verfügen, um sich aus einer (weichen) Überschuldungslage befreien zu können. Oder sie überschreiten erst in der Summe verschiedenster Schulden und sonstiger Verbindlichkeiten die Grenze zur harten Überschuldung. Die unteren sozialen Milieus geraten offensichtlich auch wegen fehlender finanzieller Mittel schneller in eine harte Überschuldung und können sich nur durch eine Verbesserung der finanziellen Einnahmen oder durch strikte Ausgabenvorsicht und Konsumverzicht wieder von ihren (eher geringeren) Verbindlichkeiten befreien.

²⁷ Generell gilt: Die individuelle Überschuldungsentwicklung vollzieht sich nicht sprunghaft, sondern zeitlich versetzt über mittlere Zeiträume. So zeigen sich im Anstieg der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität einerseits die Folgewirkungen der deutlichen Zunahme von Privatkonsum und Konsumverschuldung

2019: Konsumklima und private Konsumausgaben blieben auf hohem Niveau

„Die Verbraucher haben Angst vor der Rezession – und kaufen trotzdem“

**Aktuell besonders wichtig:
„Der private Konsum als eine wichtige Stütze der deutschen Wirtschaft“**

Nachvollziehbar korrespondiert der nun zweimalige deutliche Anstieg der „weichen Überschuldung“ mit einer Zunahme der Konsumverschuldung. Konsumklima und private Konsumausgaben lagen in den letzten zwölf Monaten trotz deutlich abkühlender Konjunktur weiterhin auf hohem Niveau. Der Spiegel pointierte Ende August 2019: „Die Verbraucher haben Angst vor der Rezession – und kaufen trotzdem.“ Der Oktober-Bericht zum GfK-Konsumklima fasst zusammen: „Die Konsumlaune profitiert offenbar zum einen von der guten Arbeitsmarktlage und Einkommensentwicklung sowie von einer nach wie vor sehr geringen Sparneigung. Die Niedrigzinspolitik der EZB macht die bewusste Geldanlage wenig attraktiv und stützt damit die Konsumneigung.“ Die GfK geht daher davon aus, dass der private Konsum „in diesem Jahr eine wichtige Stütze der deutschen Wirtschaft bleiben wird“.²⁸ Zudem zeigte sich die Sparneigung der Verbraucher in den letzten Jahren eher wechselhaft – derzeit nimmt sie wieder ab und ist Ausdruck der weiterhin positiven Konsumstimmung der deutschen Verbraucher.²⁹

Der starke Anstieg weicher Überschuldungsfälle korreliert auffälliger Weise mit der Entwicklung der Konsumausgaben der privaten Verbraucher. Laut Statistischen

der Jahre 2011 / 2012. Viele Verbraucher hatten die seinerzeit bereits positiven ökonomischen Rahmenbedingungen genutzt, um vorhandene Konsum- und Anschaffungswünsche zu realisieren oder (entgangenen) Konsum nachzuholen. Andererseits hat sich offensichtlich die ökonomische Lage vieler überschuldeter Personen verschärft, die auf Grund einer prekären Einkommenslage und eines hohen Armutrisikos auch ein erhöhtes Überschuldungsrisiko aufweisen.

²⁸ Das Konsumklima blieb trotz vieler schlechter Konjunkturnachrichten im Jahresverlauf erstaunlich positiv. Sieben positiven Konsumklima-Veröffentlichungen stehen fünf (eher verhalten) negative Konsumklima-Berichte gegenüber – und dies trotz der bekannten Risikofaktoren wie der globalen Konjunkturschwäche, den Handelskonflikten und der Angst vor einem Brexit-Chaos. Erst im Herbst trübt sich die Stimmung der deutschen Verbraucher durch Meldungen zum Arbeitsplatzabbau, beispielsweise in der Automobilindustrie oder im Finanzmarkt „wieder stärker und der Optimismus schwindet“. Das GfK-Konsumklima gerät zwar im Oktober 2019 „etwas unter Druck“ und „rutscht mit einem Wert von 9,6 Punkten auf den niedrigsten Stand seit November 2016“. Vgl. GfK-Konsumklima, Oktober 2019: Konsumklima gerät etwas unter Druck.

²⁹ Die Sparquote hatte im 3. Quartal 2013 einen Tiefpunkt erreicht (7,81 Prozent), um dann wieder sukzessive anzusteigen. Im 1. Quartal 2019 lag sie jahreszeitgemäß („Nach-Weihnachtszeit“) bei 14,50 Prozent – derzeit liegt sie wie im Vorjahr bei 10,41 Prozent (2. Quartal 2019). Quelle: Destatis. Vgl. auch: „Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Vorjahr betrug die Sparquote privater Haushalte in Deutschland im Jahr 2013 etwa 17,5 Prozent. Die wohlhabendsten zehn Prozent der Haushalte konnten demnach rund 38 Prozent ihres Einkommens ansparen (ca. 2.700 Euro pro Monat), hingegen hatten die ärmsten zehn Prozent der Haushalte eine negative Sparquote von rund minus 24 Prozent, d.h. sie verschulden sich um rund 200 Euro pro Monat. Vgl. DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 10/2018, Konsum und Sparquote der privaten Haushalte hängen stark vom Erwerbsstatus, Einkommen und Alter ab, S. 181-193.

Bundesamt stiegen diese 2018 (+ 2,6 Prozent) zwar weniger stark als im Vorjahr (+ 3,4 Prozent; jeweiligen Preisen), erreichten aber immer noch 1,743 Milliarden Euro.³⁰ Sicherlich hat hierzu auch der „Dauerboom“ des Online-Handels beigetragen.³¹ Für 2018 können nach überschlägigen Hochrechnungen rund 1,78 Billionen Euro erwartet werden.

„Dauerboom“ im Online-Handel

Diese Entwicklung ist auch vor dem Hintergrund der bereits seit fast zehn Jahren überwiegend positiven und dynamischen Wirtschafts- und Konjunktorentwicklung einzuordnen, die sich möglicherweise stärker abzukühlen droht. War das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2017 noch deutlich um 2,8 Prozent gestiegen (preisbereinigt, revidiert), sank das BIP-Wachstum 2018 auf 1,5 Prozent. Für 2019 wird derzeit von der „Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose“ nur noch ein Anstieg des BIP von 0,5 Prozent erwartet, nachdem im Frühjahr noch von einem Anstieg von 0,8 Prozent ausgegangen worden war. Für das 3. Quartal erwartet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) einen Rückgang des BIP von 0,2 Prozent.³² Die sogenannten „Wirtschaftsweisen“ betonen in ihrer Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2019: „Dass die Wirtschaft überhaupt noch expandiert, ist vor allem auf die anhaltende Kauflaune der privaten Haushalte zurückzuführen, die von den guten Lohnabschlüssen, Steuererleichterungen und Ausweitungen staatlicher Transfers gestützt wird.“³³

Bruttoinlandsprodukt erreichte 2018 ein Plus von 1,5 Prozent – nach 2,8 Prozent im Jahr 2017

„Wirtschaftsweisen“: Privater Konsum trotz der Konjunkturschwäche

Zudem steigt das Geldvermögen der Verbraucher in Deutschland trotz „Zinsflaute“ kontinuierlich weiter. So

³⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Private Konsumausgaben und Verfügbares Einkommen, Beiheft zur Fachserie 18, 30.09.2019; Wert für 2019: Hochrechnung auf Grundlage 2. Quartal 2019. Ergebnisse auf Grundlage der VGR-Revision 2019.

³¹ Das Internet als Vertriebsweg für Waren aller Art wächst nach Angaben des Bundesverband E-Commerce und Versandhandel (bevh) kräftig. Der gesamte Online- und Versandhandel mit Waren und Dienstleistungen hatte einen Brutto-Umsatz von 85,50 Mrd. Euro für das Jahr 2018 erreicht und ist um 9,4 Prozent gegenüber Vorjahr gewachsen. Dabei zeigte sich der E-Commerce weiterhin als der herausragende Wachstumstreiber gegenüber den Bestellungen per Telefon oder Brief. Für diesen Gesamtmarkt des Interaktiven Handels mit Waren rechnet der bevh im Jahr 2019 mit einem Wachstum von 8,6 Prozent auf rund 73,95 Mrd. Euro brutto. Zudem: bevh, 07.10.2019, Pressemitteilung, Online-Handel legt im 3. Quartal 2019 mit einem Plus von 12,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu.

³² Vgl. DIW-Konjunkturbarometer August 2019: Konjunktur trübt sich weiter ein, 28.08.2019.

³³ Vgl. DIW Berlin, 02.10.2019, Gemeinschaftsdiagnose im Herbst 2019: Industrie in der Rezession - Wachstumskräfte schwinden.

**2. Quartal 2019: Private
Geldvermögen steigen auf
6,24 Billionen Euro**

**Die Einkommens- und
Vermögensungleichheit in
Deutschland ist
weiter angestiegen**

summierte sich das Vermögen privater Haushalte nach Angaben der Deutschen Bundesbank Ende des zweiten Quartals 2019 in Form von Bargeld, Wertpapieren, Bankeinlagen sowie Ansprüchen gegenüber Versicherungen auf den Rekordwert von knapp 6,237 Billionen Euro (+ 95 Milliarden Euro; + 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal). Im letzten Vergleichsquartal lagen die Anstiegswerte noch höher (2. Quartal 2018: + 210 Milliarden Euro; + 3,7 Prozent).

Allerdings zeigen vertiefende Analysen, dass die Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland weiter angestiegen resp. auf unverändert hohem Niveau geblieben ist. Einkommens- und Vermögensungleichheit gehen auch mit dem Anstieg „atypischer“ und „prekärer Beschäftigung“, besonders in älteren Personenkreisen, einher und korrespondieren, wie die Analyse in Kapitel 2 zeigen wird, mit einer gleichzeitigen Zunahme von Altersarmut und Altersüberschuldung. Das DIW stellt in seinem jährlichen Bericht zur Lage in Deutschland fest: „Die Vermögensungleichheit verharrt seit zehn Jahren auf einem auch im internationalen Vergleich hohen Niveau: Die reichsten zehn Prozent besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens.“³⁴ Der „WSI-Verteilungsbericht“ vom Oktober 2019 zeigt, dass sich „die Schere bei den verfügbaren Einkommen in Deutschland weiter geöffnet [hat], die Einkommensungleichheit befindet sich trotz der über Jahre guten wirtschaftlichen Entwicklung auf einem historischen Höchststand“.³⁵

³⁴ „Das private Vermögen in Deutschland hat sich im Zeitraum von 2012 bis 2017 im Schnitt um nominal 22 Prozent erhöht. Das individuelle Nettovermögen in Deutschland betrug im Jahr 2017 im Durchschnitt rund 108.500 Euro für Personen ab 17 Jahren. Der Medianwert, der die untere von der oberen Hälfte der Vermögensverteilung trennt, liegt dagegen nur bei 26.000 Euro. Den Vermögensanstieg trieben vor allem Wertsteigerungen beim Betriebsvermögen und bei Immobilien. Die Vermögensungleichheit verharrt seit zehn Jahren auf einem auch im internationalen Vergleich hohen Niveau: Die reichsten zehn Prozent besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens. Um die Ungleichheit zu reduzieren, müsste die Vermögensbildungspolitik neu aufgestellt werden, mit höheren Fördersummen und einer Neuausrichtung der privaten Altersvorsorge, die sich an Ländern wie Schweden orientiert, oder mit einem staatlichen Mietkaufmodell.“ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Wochenbericht Nr. 40/2019, Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch, S. 735-745.

³⁵ Vgl. Hans-Böckler-Stiftung, 07.10.2019, WSI-Report Nr. 53, Oktober 2019: Einkommen immer ungleicher verteilt, WSI-Verteilungsbericht 2019: „Zwei Faktoren haben die materielle Ungleichheit in den vergangenen Jahren vor allem wachsen lassen: Hohe Einkommensgruppen haben von sprudelnden Kapital- und Unternehmenseinkommen profitiert und dadurch die große Mehrheit der Haushalte in Deutschland beim verfügbaren Einkommen deutlich hinter sich

Alles in allem können diese Analysen belegen, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter geschlossen hat, sondern eher weiter auseinandergeht. Dies spiegelt sich in den beiden zu Grunde liegenden Prozessen der Polarisierung von Einkommen (zwischen hohen und niedrigen Einkommensgruppen) und zwischen hohen und niedrigen Überschuldungsquoten. Dieser Trend hat sich in diesem Jahr trotz leichtem Rückgang der Überschuldungsfälle verstärkt, wie die Analysen der Überschuldungsentwicklung auf Kreisebene in den vergangenen Jahren belegen konnten. Der aktuelle Spreizungswert auf Kreisebene, also zwischen der geringsten und der höchsten Überschuldungsquote nach Städten und Landkreisen, erreicht in diesem Jahr trotz Rückgang der Gesamtüberschuldungsquote einen neuen Höchstwert (17,69 Punkte; + 0,32 Punkte) seit Beginn der Auswertungen im Jahr 2004. Zudem ist der Anteil derjenigen Verbraucher, die in Räumen mit hoher und sehr hoher Überschuldung (Überschuldungsquote liegt über 12 Prozent) leben, mit 2,56 Millionen Menschen nahezu konstant geblieben und bleibt auf dem höchsten Stand seit 2007. Vereinfacht formuliert bedeutet dies: Viele kreisfreie Städte und Landkreise, die niedrige Überschuldungsquoten aufwiesen, haben sich verbessert – umgekehrt haben sich viele kreisfreie Städte und Landkreise mit hoher Überschuldung weiter verschlechtert.

Auch 2019 neuer Höchstwert für Spreizung zwischen niedrigster und höchster Überschuldungsquote

gelassen. Gleichzeitig sind die 40 Prozent der Haushalte mit den geringsten Einkommen zurückgefallen – auch gegenüber der Mitte, deren Einkommen wiederum durch die gute Arbeitsmarktlage und spürbare Lohnsteigerungen real solide zunahm. Dementsprechend liegt die Armutsquote ebenfalls auf hohem Niveau.“

1.3 Stabiler Trend: Ostdeutschland verbessert sich – Westdeutschland verschlechtert sich

Bevölkerungsentwicklung beeinflusst, wie in den Vorjahren, die Überschuldungsquoten

Die aktuell leicht positive Überschuldungsentwicklung zeigt sich, wie bereits in den Vorjahren, stärker in Ost- als in Westdeutschland. So ist die Zahl der Überschuldungsfälle im Westen Deutschlands leicht gestiegen, während sie in Ostdeutschland zum zweiten Mal zurückgegangen ist. Allerdings ist die Überschuldungsquote sowohl in West- wie auch in Ostdeutschland zurückgegangen. Ein Grund liegt weiterhin in der Bevölkerungsentwicklung: In Westdeutschland nimmt die zu Grunde liegende Bevölkerungszahl, insbesondere durch Zuwanderung, weiter zu – in Folge sinkt die Überschuldungsquote trotz Anstieg der Überschuldungsfälle. In Ostdeutschland geht die Bevölkerungszahl zurück und verhindert einen stärkeren Rückgang der Überschuldungsquote, obwohl die Überschuldungsfälle vergleichsweise deutlich zurückgegangen sind.

Tab. 6.: Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2016 bis 2019

■	Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten			
	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	Spreizung
2016	5,73 Mio.	1,12 Mio.	6,85 Mio.	10,00%	10,43%	10,06%	+ 0,43
2017	5,79 Mio.	1,12 Mio.	6,91 Mio.	9,97%	10,42%	10,04%	+ 0,45
2018	5,82 Mio.	1,11 Mio.	6,93 Mio.	9,98%	10,40%	10,04%	+ 0,42
2019	5,82 Mio.	1,10 Mio.	6,92 Mio.	9,94%	10,33%	10,00%	+ 0,39
<i>Abw. 2004 / 19</i>	<i>+ 0,47 Mio.</i>	<i>- 0,09 Mio.</i>	<i>- 0,38 Mio.</i>	<i>+ 0,35</i>	<i>- 0,17</i>	<i>+ 0,26</i>	<i>- 0,52</i>

Westdeutschland, einschließlich Berlin. Abweichungs- und Spreizungswerte Ost / West in Prozentpunkten. Eine weitere Tabelle ist in Kapitel 6.3 zu finden: Tabelle 21.

2019: 5,82 Mio. Fälle im Westen – 1,10 Mio. Fälle im Osten

Überschuldungsquote auch 2019 im Osten höher als im Westen

Im Osten Deutschlands sind 2019 insgesamt rund 1,10 Millionen Personen als überschuldet zu betrachten – rund 11.000 Überschuldungsfälle weniger als noch 2018. Im letzten Jahr war die Zahl um etwa 8.000 Fälle gesunken, während sie in beiden Jahren zuvor noch zugenommen hatten (2017: + 3.000 Fälle; 2016: + 15.000 Fälle). In den Bundesländern im Westen Deutschlands (einschließlich Berlin) sind weiterhin rund 5,82 Millionen Personen überschuldet – rund 1.000 Personen mehr als noch 2018. In den Vorjahren lagen die Anstiege hier noch deutlich höher (2018: + 27.000 Fälle; 2017: + 61.000 Fälle; 2016: + 116.000 Fälle). Die westdeutsche Überschuldungsquote sinkt auf 9,94 Prozent (- 0,04

Punkte). Die ostdeutsche Überschuldungsquote verringert sich zum dritten Mal in Folge von 10,40 auf 10,33 Prozent (- 0,07 Punkte), bleibt aber seit 2014 weiterhin deutlich oberhalb der Zehn-Prozent-Marke.

Der Entwicklungstrend der Überschuldungsquoten in Ost und West wird seit geraumer Zeit durch die jeweils unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung verstärkt. Im Westen Deutschlands erhöhte sich die Zahl von Personen über 18 Jahren im Jahresverlauf um rund 237.000 Menschen (+ 0,41 Prozent; 2018: + 258.000; 2017: + 738.000), im Osten nahm sie zum zweiten Mal in Folge um rund 32.000 Personen über 18 Jahren ab (- 0,29 Prozent; 2018; - 51.000).³⁶ In den letzten zehn Jahren war die entsprechende Bevölkerungszahl im Osten nur zweimal angestiegen (2010: + 11.000; 2017; + 37.000). Im Westen hatte die Zahl von Personen über 18 Jahren seit 2004 in (fast) jedem Jahr zugenommen – eine Ausnahme bildete das Jahr 2013, als der so genannte (negative) Zensus-Effekt zu Buche schlug.³⁷ Wäre die Bevölkerung in den letzten zwölf Monaten in einer theoretischen Betrachtung nicht in oben genanntem Maße angestiegen resp. gesunken, lägen die Überschuldungsquoten in Westdeutschland derzeit bei 9,98 Prozent, in Ostdeutschland bei (nur) 10,30 Prozent.

Unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung in Ost und West

Fast durchgängiger Bevölkerungsrückgang im Osten

Fast durchgängiger Bevölkerungsanstieg im Westen

³⁶ „Die Bevölkerung Deutschlands ist im Jahr 2018 um 227.000 Personen (+ 0,3 Prozent) gewachsen. Zum Jahresende 2018 lebten damit 83,0 Millionen Menschen in Deutschland. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, hat die Bevölkerungszahl damit erstmals die Marke von 83 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern überschritten. Die steigende Bevölkerungszahl ist darauf zurückzuführen, dass nach vorläufigen Ergebnissen 386.000 Personen mehr zu- als abwanderten (Wanderungsüberschuss 2017: + 416.000 Personen). Gleichzeitig überstieg die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten um 167.000 (Geburtendefizit 2017: 147.000 Personen). Somit war der Wanderungsüberschuss etwas niedriger und das Geburtendefizit höher als im Vorjahr. Infolgedessen fiel das Bevölkerungswachstum insgesamt geringer aus als in den beiden Vorjahren (2017: + 271.000 oder + 0,3 Prozent; 2016: + 346.000 oder + 0,4 Prozent).“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 244, 27.06.2019: Bevölkerung in Deutschland: 83,0 Millionen zum Jahresende 2018; Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 271, 16.07.2019: Zuwanderung 2018: Deutschland wächst um 400.000 Menschen.

³⁷ Der SchuldnerAtlas Deutschland 2013 merkte im Vorwort an: „Durch den so genannten Zensus-Effekt erhöht sich die Überschuldungsquote, da die zum Vergleich herangezogene Bevölkerungszahl in vielen Teilräumen bzw. Kommunen im Vergleich zum Vorjahr geringer geworden ist. So weist der Zensus zum Beispiel für die Stadt Osnabrück in diesem Jahr eine Bevölkerungszahl (über 18 Jahre) aus, die um rund 8.800 Personen (- 6,3 Punkte) unter dem Wert aus dem Vorjahr liegt. Bei nahezu stabiler Schuldnerzahl steigt die entsprechende Schuldnerquote überdurchschnittlich von 10,6 Prozent auf 11,3 Prozent (+ 0,7 Punkte).“

**Überschuldungsfälle in Ost
2018/19: - 11.000 Fälle**

**Überschuldungsfälle in West
2018/19: + 1.000 Fälle**

**Fälle mit hoher
Überschuldungsintensität
gehen in Ost und West zurück ...**

**... Fälle mit geringer
Überschuldungsintensität
steigen in Ost und West an**

**Hochkonjunktur und stabiler
Arbeitsmarkt fördern
tendenziell Entschuldung ...**

In den letzten beiden Jahren hat sich der Grundtrend in Ost- und Westdeutschland umgekehrt: Die Zahl der Überschuldungsfälle ging im Osten zum zweiten Mal in Folge zurück (- 11.000 Fälle), im Westen stieg sie weiter, wenn auch nur leicht, an (+ 1.000 Fälle). Bei einer Betrachtung der Überschuldungsintensität zeigt sich ein ähnliches Grundmuster: Sowohl in Ost wie in West ist die Zahl der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität zurückgegangen, die mit geringer Überschuldungsintensität ist angestiegen. Dabei ist der Rückgang der harten Überschuldung im Westen (- 2,9 Prozent; 2018: - 1,9 Prozent) wiederum schwächer ausgeprägt als im Osten (- 3,3 Prozent; 2018: - 2,9 Prozent). Und der Anstieg der weichen Überschuldung liegt im Westen (+ 4,4 Prozent; 2018; + 4,1 Prozent) höher als im Osten (+ 2,7 Prozent; 2018: + 2,9 Prozent). Die entsprechenden Vergleichswerte zeigen, dass sich die Überschuldungsspirale im Westen weiterhin schneller dreht als im Osten. Dabei nahm die Zahl der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen im Westen zum dritten Mal in Folge zu, während sie im Osten zum zweiten Mal in Folge (seit 2012) zunimmt. Der Grundtrend der letzten Jahre bleibt trotz Rückgang deutlich: Die Zahl der Überschuldungsfälle hat sich im Langzeitvergleich zwischen 2006 und 2018 im Westen „nur“ um rund 81.000 Überschuldungsfälle (- 1,4 Prozent), im Osten deutlich stärker um 185.000 Überschuldungsfälle (- 14,3 Prozent) verringert.³⁸

Im aktuellen Entwicklungstrend spielt sicherlich die seit Jahren andauernde Hochkonjunktur und der starke Arbeitsmarkt in Deutschland eine große Rolle, der mehr Verbraucher in die Lage versetzt hat, einen ökonomischen Neustart zu beginnen. Zudem konnte in früheren Analysen nachgewiesen werden, dass in Ostdeutschland sicherlich ein (temporärer) Konsumverzicht resp. eine größere Kaufzurückhaltung zu dieser positiven Entwicklung beigetragen hat.³⁹ Außerdem spielen bei

³⁸ Hierzu trägt sicherlich bei, dass nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (2017) die durchschnittliche Schuldenhöhe von überschuldeten Personen in den östlichen Bundesländern (25.700 Euro) deutlich unter dem Niveau im Westen Deutschlands (36.600 Euro) lag. Eine vergleichbare Differenz der Schuldenhöhe zeigte sich auch beim Vergleich von ländlichen Räumen (24.900 Euro) und von Großstädten (34.800 Euro).

³⁹ Diese These konnte Dr. Rudolf Martens (Der Paritätische Gesamtverband, Berlin) im SchuldnerAtlas Deutschland 2015 nochmals belegen. Hierbei zeigte sich, dass „sich einerseits die Konsummuster der Verbraucher in Ost und West (besonders bei jungen Verbrauchern und in urbanen Räumen) annähern. Andererseits unterscheiden sich die Problemlösungsmuster zwischen Ost und West, da im Osten Deutschlands, insbesondere ältere Menschen im ländlichen Raum,

dieser Entwicklung die vergleichsweise höheren Renten ostdeutscher Ehepaare eine Rolle.⁴⁰ Des Weiteren ist auch die Armutsgefährdung im Osten Deutschlands deutlicher zurückgegangen (2005: 21,0 Prozent; 2018: 17,7 Prozent) als im Westen Deutschlands (2005: 15,0 Prozent; 2018: 16,0 Prozent), auch wenn der Ost-Wert oberhalb der West-Marke bleibt (s. besonders auch Kapitel 2).⁴¹

Dennoch zeigen sich in den unterschiedlichen Überschuldungsquoten weiterhin die unterschiedlich ausgeprägte wirtschaftliche Dynamik der letzten 30 Jahre in Ost- und Westdeutschland. Eine Studie des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung, Halle, belegte, dass die Produktivität in Ostdeutschland auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch deutlich geringer als in Westdeutschland ist. 2017 lag sie in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) bei durchschnittlich 82 Prozent des Westniveaus. Kein ostdeutsches Flächenland reicht bislang an das westdeutsche Schlusslicht Saarland heran.⁴² Zudem belegt eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung, dass Beschäftigte im Osten bei gleicher Qualifikation 17 Prozent weniger verdienen als im Westen und nennt als wichtigen Grund die „geringere Verbreitung von Tarifverträgen“ in den ostdeutschen

... und senken die Armutsgefährdung von Verbrauchern

Auch 30 Jahre nach dem Mauerfall zeigen sich deutliche ökonomische Unterschiede

Ostdeutschland: Jeder dritte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte arbeitet für einen Niedriglohn

gezielt Konsumverzicht zum Schuldenabbau und zur Überschuldungsprävention einsetzen.“ Vgl. SchuldnerAtlas Deutschland 2015, S. 52ff.

⁴⁰ In Ostdeutschland sind häufiger „zwei Rentenbezieher mit hohen Bezügen in einem Haushalt“ zu finden. Zudem gehen Ostdeutsche früher als Westdeutsche in die „abschlagsfreie Rente“ wie auch in die „Rente mit Abschlägen“. Ihre Zahl hat sich seit 2014 nach Einführung der „Rente ab 63“ offensichtlich merklich erhöht. Vgl. Ifo-Institut, 26.10.2018, Pressemitteilung: Ostdeutsche gehen früher in Rente als Westdeutsche: „Die Erklärung für den höheren Anteil bei der Rente mit 63 sind die ostspezifischen Erwerbsbiographien: In der DDR war es üblich, frühzeitig ins Erwerbsleben zu starten, so dass in Ostdeutschland ein höherer Anteil an Personen die Voraussetzungen hierfür aufweist. Dass außerdem in Ostdeutschland auch häufiger die frühzeitigere Rente mit Abschlägen in Kauf genommen wird, hat wohl eher mit den höheren Rentenansprüchen der Frauen im Osten zu tun: Eine Rente mit Abschlägen kann man sich eher leisten, wenn zwei Rentenbezieher mit hohen Bezügen in einem Haushalt leben.“

⁴¹ Zudem nahm die Zahl Arbeitsloser und „Unterschäftigter“ (ohne Kurzarbeit) in Ostdeutschland alleine zwischen 2015 und 2019 deutlich stärker ab (- 29 Prozent; - 24 Prozent) als in Westdeutschland (- 14 Prozent; - 7 Prozent) ab.

⁴² Ostdeutsche Unternehmen haben in jeder Größenklasse eine mindestens 20 Prozent niedrigere Produktivität. Die Studie will zeigen, dass „die Bruchkante der wirtschaftlichen Entwicklung nicht immer ausschließlich entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze verläuft, sondern neben dem West-Ost-Gefälle auch Süd-Nord- oder Stadt-Land-Unterschiede zutage treten“. Vgl. Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, IWH, 2019, Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall. Vgl. zudem Friedrich-Ebert-Stiftung (April 2019): Ungleiches Deutschland, Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019.

**Ostdeutschland hat ein
„Demographieproblem“**

Entwicklung 2004 / 2019
Westdeutschland:
+ 470.000 Fälle (+ 123 Prozent)
Ostdeutschland:
- 100.000 Fälle (- 24 Prozent)

Bundesländern.⁴³ Des Weiteren arbeitet in Ostdeutschland trotz Vollzeitbeschäftigung etwa jeder dritte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte für einen Niedriglohn.⁴⁴

Die Analysen der Vorjahre zeigen, dass die Bevölkerungsentwicklung in Ost und West deutlichen Einfluss auf die Höhe der Überschuldungsquoten und damit auf die Wahrnehmung der Überschuldungslage genommen hat. Schaut man sich zunächst nur die (absolute und relative) Entwicklung der Überschuldungsfälle an, fällt auf, dass sich die Zahl der Überschuldungsfälle in Westdeutschland zwischen 2004 und 2019 um rund 470.000 Fälle (+ 123 Prozent) erhöht und in den ostdeutschen Ländern um rund 100.000 Fälle verringert hat (- 24 Prozent). Zudem ist in diesem Zeitraum die ostdeutsche Überschuldungsquote von 10,50 auf 10,33 Prozent gesunken (- 0,17 Punkte), während sie im Westen von 9,59 auf 9,94 Prozent (+ 0,35 Punkte) gestiegen ist. Dieser positive Trend in Ostdeutschland spiegelt sich sowohl auf Ebene der kreisfreien Städte (Überschuldungsquote 2019: 11,73 Prozent; 2004 / 2019: - 0,70 Punkte) als auch auf Ebene der Landkreise (2019: 9,93 Prozent; 2004 / 19: - 0,08 Punkte) – da die ländliche Bevölkerung im Osten Deutschlands deutlich abgenommen hat, ist dies umso bemerkenswerter.⁴⁵

⁴³ „Auch fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung verdienen Beschäftigte in Ostdeutschland noch deutlich weniger als Arbeitnehmer in den alten Bundesländern. Insgesamt beträgt der Abstand rund 16,9 Prozent, wenn man Beschäftigte gleichen Geschlechts, im gleichen Beruf und mit vergleichbarer Berufserfahrung vergleicht (mehr Informationen zur Methode unten). Besonders stark zurück liegen ostdeutsche Arbeitnehmer, die über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen oder eine weiterführende berufliche Qualifikation (z.B. als Techniker oder Meister) erworben haben. In akademisch geprägten Berufen und bei Helfertätigkeiten ist der Abstand zum Westen geringer.“ Vgl. Hans-Böckler-Stiftung, Pressemitteilung vom 01.10.2019, Beschäftigte im Osten verdienen bei gleicher Qualifikation 17 Prozent weniger als im Westen – geringe Tarifbindung wichtiger Grund.

⁴⁴ Demnach sind in Ostdeutschland mehr als 1,2 Millionen in Vollzeit Beschäftigte zu Niedriglöhnen angestellt – das entspricht einem Anteil von 32,1 Prozent aller ostdeutschen Arbeitnehmer. Deutschlandweit sind 19,3 Prozent aller in Vollzeit Beschäftigten unter der sogenannten Niedriglohnschwelle von 2.203 Euro brutto angestellt. In den westdeutschen Bundesländern liegt der Anteil der Niedriglohnempfänger in Vollzeitjobs bei 16,5 Prozent. Der Anteil von Niedriglohnempfängern unterscheidet sich zudem von Bundesland zu Bundesland stark. In Nordrhein-Westfalen sind 17,1 Prozent aller Vollzeit-Arbeitnehmer zu Niedriglöhnen beschäftigt, in Mecklenburg-Vorpommern sind es 37,9 Prozent. Besonders stark betroffen sind Frauen und junge Arbeitnehmer unter 25 Jahren. Vgl. Manager Magazin, 31.08.2019, Jeder dritte Ostdeutsche erhält trotz Vollzeitjob nur Niedriglohn

⁴⁵ Zudem zeigt sich, dass die Überschuldung in diesem Jahr am stärksten in Stadtkreisen (11,08 Prozent; - 0,08 Punkte) abgenommen hat – diese weisen allerdings im Langzeitvergleich die stärkste Zunahme der Überschuldungsquoten (2004 / 2019: + 1,00) auf, vor den Landkreisen (+ 0,22) und den kreisfreien Städten (+ 0,14). Landkreise (8,91 Prozent; - 0,05 Punkte) weisen 2019 den zweitstärksten Rückgang auf vor den kreisfreien Städten (12,18 Prozent; - 0,03).

Eine idealtypische Sonderauswertung verdeutlicht diesen Zusammenhang nochmals. Demnach hat der starke Bevölkerungsrückgang im Osten („Landflucht“ / „Demographieproblem“) maßgeblich zum vergleichsweise hohen Stand der Überschuldungsquoten beigetragen – und nicht ein faktischer Anstieg der tatsächlichen Überschuldungszahlen.⁴⁶ Wäre die Bevölkerung in einer theoretischen Betrachtung seit 2004 nicht angestiegen resp. gesunken, lägen die Überschuldungsquoten in Westdeutschland nach dieser Berechnung bei 10,44 Prozent, in Ostdeutschland bei nur 9,70 Prozent (siehe besonders Tabelle 24 in Kapitel 6.3). Eine Studie der Niederlassung Dresden des ifo Instituts zeigt auf, dass sich „als das größte Problem Ostdeutschlands mehr und mehr die Demographie entpuppt“. Sie schlägt daher vor, „mehr Zuwanderer für Ostdeutschland zu gewinnen“ und „eine gezielte Fachkräftewerbung in ausgewählten Herkunftsländern in und außerhalb der Europäischen Union“.⁴⁷

Die geographische Grundstruktur der Überschuldungsentwicklung hat sich in diesem Jahr trotz leichtem Positivtrend wenig geändert: Der Süden Deutschlands (Süd-Osten vor Süd-Westen) liegt im Überschuldungsranking vor Norden und Osten (Norden vor Nord-Osten). Seit 2008 bildet der Westen Deutschlands mit deutlichem Abstand das Schlusslicht, wo auch in diesem Jahr der höchste Anstieg von Überschuldungsfällen und -quote gemessen werden konnte. Das Ruhrgebiet bleibt mit

Ohne Demographieproblem läge die Überschuldungsquote in Ostdeutschland deutlich unter dem Wert in Westdeutschland

Mehr Zuwanderung und Fachkräftewerbung für Ostdeutschland

*Das Grundmuster:
Süden vor Norden
vor Osten vor Westen*

⁴⁶ Einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zufolge hat Ostdeutschland das größte Demographieproblem. Die Regionen Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Lausitz-Spreewald, Oberlausitz-Niederschlesien sowie Ost- und Südthüringen weisen ein hohes Durchschnittsalter der Bevölkerung auf, das in den vergangenen Jahren zudem überproportional gestiegen ist. Vgl. IW, August 2019, Die Zukunft der Regionen in Deutschland, Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit.

⁴⁷ „Die gängigen Bevölkerungsvorausberechnungen deuten darauf hin, dass in den kommenden 15 Jahren ein weiterer Bevölkerungsrückgang im Osten um 12 Prozent zu erwarten ist, während die Bevölkerungszahl im Westen bis dahin noch weitgehend unverändert bleibt. [...] Während sich die großen Ballungszentren eher positiv entwickeln dürften, sind die Perspektiven für die demographisch schrumpfenden Räume ungünstig.“ Der Autor plädiert daher an der „ungünstigen Entwicklung der erwerbsfähigen Bevölkerung“ anzusetzen und „mehr Zuwanderer für Ostdeutschland zu gewinnen“. Da ein notwendiges Produktivitätswachstum (gemessen an der Totalen Faktorproduktivität) zu erreichen, welches um das Zweieinhalbfache höher ist als im Durchschnitt der vergangenen 20 Jahre, ist „offenkundig einigermaßen unrealistisch“. „Hilfreich könnte zum Beispiel eine gezielte Fachkräftewerbung in ausgewählten Herkunftsländern in und außerhalb der Europäischen Union sein, zumindest aber die Bereitstellung entsprechender Informationsangebote für potenziell wandlungswillige Personen.“ Vgl. ifo Dresden berichtet, Juni 2019: Ostdeutschland im globalen Wettbewerb: Zuwanderung tut not, S. 03-05.

**Der Westen und das Ruhrgebiet
bleiben „Brennpunkte“
sozialer Problemlagen**

**Zehn Bundesländer zeigen 2019
einen Rückgang der Überschul-
dungsquote, aber nur sechs
einen Rückgang von
Überschuldungsfällen**

**Vorne bleiben auch 2019 Bayern,
Baden-Württemberg
und Thüringen**

seinen zum Teil noch altindustriell geprägten, strukturschwachen Regionen der „Brennpunkt“ sozialer Problemlagen in Deutschland. Hohe Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut und hohe soziale Transferleistungen bilden eine prekäre Gemengelage, die die Regionen um das Ruhrgebiet zum eigentlichen „Sorgenkind“ der Überschuldungsentwicklung machen – Tendenz weiter zunehmend.⁴⁸ Die Überschuldungsquoten sind in vielen Städten im Ruhrgebiet sowohl im Jahres- als auch im Langzeitvergleich zum Teil deutlich angestiegen.⁴⁹

Wie bereits in den Vorjahren zeigt die Analyse der Überschuldungsentwicklung nach Bundesländern einen uneinheitlichen Trend, der wie beschrieben auch auf die Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme zurückzuführen ist. So weisen zwar zehn Bundesländer einen Rückgang der Überschuldungsquote auf, aber nur sechs eine Abnahme von Überschuldungsfällen. Zugleich ist in sieben Bundesländern die Zahl der Überschuldungsfälle gestiegen, aber nur fünf zeigen einen Anstieg der Überschuldungsquote. Wie im Vorjahr weisen drei Bundesländer keine Veränderung der Überschuldungsfälle auf. Zwei Bundesländer (Hessen und Rheinland-Pfalz) zeigen eine Zunahme der Überschuldungsfälle und gleichzeitig eine nahezu unveränderte Überschuldungsquote⁵⁰ Das Überschuldungsranking nach Bundesländern ändert sich im Vergleich zum Vorjahr nicht: Bayern liegt vor Baden-Württemberg und Thüringen – alle drei mit einer verbesserten Überschuldungsquote. Die Schlusslichter sind wie in den Vorjahren Bremen, Sachsen-Anhalt und Berlin – die beiden letztgenannten verbessern sich, Bremen verschlechtert sich weiter. 2019 weisen vier von fünf ostdeutschen Bundesländern Rückgänge der Überschuldungsquoten auf (2018 und

⁴⁸ Dies zeigt auch die Untersuchung des Instituts für Wirtschaftsforschung vom August 2019, die in 19 von 96 Regionen in Deutschland „schwierige strukturelle Voraussetzungen und potenziellen regionalpolitischen Handlungsbedarf“ identifiziert hat – darunter „ländlich geprägte und dünn besiedelte Regionen in Ostdeutschland zu als auch auf dicht besiedelte urbane Regionen wie das Ruhrgebiet und das Saarland.“ Vgl. IW, August 2019, Die Zukunft der Regionen in Deutschland, Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit, S. 113.

⁴⁹ Beispiele: Herne (18,26 Prozent; + 0,20 Punkte; 2004 / 19: + 5,51 Punkte), Duisburg (17,52 Prozent; + 0,32 Punkte; 2004 / 19: + 2,96 Punkte), Hagen (16,69 Prozent; + 0,35 Punkte; 2004 / 19: + 3,22 Punkte), Gelsenkirchen (17,97 Prozent; + 0,09 Punkte; 2004 / 19: + 3,85 Punkte), Bochum (12,68 Prozent; + 0,08 Punkte; 2004 / 19: + 2,55 Punkte) oder auch Essen (14,23 Prozent; + 0,27 Punkte; 2004 / 19: + 1,98 Punkte). Einzig die Stadt Dortmund kann sich in dieser Gruppe in diesem Jahr merklich verbessern (14,33 Prozent; - 0,11 Punkte; 2004 / 19: + 1,57 Punkte).

⁵⁰ Rundabweichungen möglich. Weitere Tabellen sind in Kapitel 6.3 zu finden: Tabelle 25 bis 30.

2017: drei von fünf). Einzig in Mecklenburg-Vorpommern nahmen Überschuldungsfälle und -quote zu (letztere verstärkt durch eine Abnahme der Bevölkerung). Im Westen weisen 2019 sechs von elf Bundesländern Rückgänge der Überschuldungsquoten auf. Allerdings zeigen aktuell nur Bayern und Baden-Württemberg namhafte Rückgänge der Überschuldungsfälle, in Schleswig-Holstein und Berlin sind diese nur leicht ausgeprägt.

Schlusslichter bleiben Berlin, Sachsen-Anhalt und Bremen

Tab. 7.: Ranking Überschuldungsquoten und Überschuldungsfälle in den Bundesländern 2017 / 2019

■ Bundesland	Überschuldungsquoten			Abw.		Überschuldungsfälle			Abw.	
	2017	2018	2019	18 / 19	04 / 19	2017	2018	2019	18 / 19	04 / 19
Bayern	7,47%	7,43%	7,31%	- 0,12	+ 0,12	0,80	0,80	0,79	- 8.000	+ 76.000
Baden-Württemberg	8,31%	8,31%	8,23%	- 0,08	+ 0,72	0,75	0,76	0,75	- 2.000	+ 112.000
Thüringen	9,25%	9,30%	9,21%	- 0,09	- 0,80	0,17	0,17	0,17	- 3.000	- 32.000
Sachsen	9,97%	9,92%	9,81%	- 0,11	+ 0,86	0,35	0,34	0,34	- 5.000	+ 11.000
Brandenburg	10,02%	9,94%	9,83%	- 0,11	- 1,37	0,21	0,21	0,21	- 2.000	- 31.000
Hessen	9,99%	10,04%	10,04%	± 0,00	+ 0,47	0,51	0,52	0,52	+ 2.000	+ 46.000
Rheinland-Pfalz	10,09%	10,10%	10,11%	+ 0,01	- 0,02	0,34	0,34	0,35	+ 1.000	+ 14.000
Niedersachsen	10,32%	10,34%	10,31%	- 0,02	+ 0,18	0,68	0,68	0,68	± 0	+ 34.000
Mecklenburg-Vorpommern	10,50%	10,53%	10,58%	+ 0,05	- 0,92	0,14	0,14	0,14	+ 1.000	- 20.000
Hamburg	10,61%	10,62%	10,60%	- 0,03	- 0,28	0,16	0,16	0,16	+ 1.000	+ 4.000
Schleswig-Holstein	10,94%	10,90%	10,85%	- 0,05	+ 0,03	0,26	0,26	0,26	± 0	+ 16.000
Saarland	11,25%	11,36%	11,50%	+ 0,14	+ 0,46	0,10	0,10	0,10	+ 1.000	+ 1.000
Nordrhein-Westfalen	11,63%	11,69%	11,72%	+ 0,03	+ 1,04	1,73	1,74	1,75	+ 6.000	+ 192.000
Berlin	12,63%	12,42%	12,31%	- 0,12	- 1,72	0,37	0,37	0,37	± 0	- 27.000
Sachsen-Anhalt	12,71%	12,73%	12,71%	- 0,02	+ 0,49	0,25	0,24	0,24	- 2.000	- 18.000
Bremen	13,97%	13,94%	14,02%	+ 0,08	+ 0,67	0,08	0,08	0,08	+ 1.000	+ 6.000
Deutschland	10,04%	10,04%	10,00%	- 0,04	+ 0,26	6,91	6,93	6,92	- 10.000	+ 383.000

Abweichung in Prozentpunkten / Überschuldete Personen in Millionen / Rundungsdifferenzen möglich.

Die alles in allem leicht positive Überschuldungsentwicklung zeigt sich bei der Aufteilung nach Gewinnern und Verlierern der insgesamt 401 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland. Demnach verzeichnen in diesem Jahr 267 Kreise und kreisfreie Städte einen Rückgang der Überschuldungsquote (67 Prozent; Vorjahr: 46 Prozent). Allerdings weisen 134 Städte und Landkreise verschlechterte Werte auf (33 Prozent; Vorjahr: 54 Prozent).

Rückgang der Überschuldungsquoten: 267 von 401 Kreisen und Städten (67 Prozent; + 21 Punkte)

1.4 Ergebniseinordnung: Die Überschuldung in Deutschland geht leicht zurück – die konjunkturelle Abkühlung zeigt rezessive Tendenzen

*2019: Die deutsche
Wirtschaft im Sinkflug*

*Wirtschaftsentwicklung
wird durch Binnenkonjunktur
und privaten Konsum getragen*

*Rückgang des BIP
auch im 3. Quartal 2019?*

Die konjunkturelle Lage der deutschen und der globalen Wirtschaft hat sich in den vergangenen zwölf Monaten nach Einschätzung der meisten Konjunktur- und Wirtschaftsforscher deutlich eingetrübt. Hierzu beigetragen haben nicht nur die zahlreichen negativen global-ökonomischen Einflüsse, sondern auch hausgemachte Probleme, wie beispielsweise der weiterhin virulente Diesel-Skandal, der zur Schwächung des Automobilsektors in Deutschland beigetragen hat. Die Deutsche Bundesbank geht im Monatsbericht vom Oktober 2019 davon aus, dass sich „die deutsche Wirtschaftsleistung [...] im dritten Vierteljahr 2019 nochmals leicht verringert haben [könnte]. Ausschlaggebend hierfür ist der fortgesetzte Abschwung in der exportorientierten Industrie.“ Die heimische Konjunktur sei aber „zweigeteilt“, denn „die Umsätze im Einzelhandel und die gute Stimmung der Verbraucher deuten darauf hin, dass die Konsumfreude bis zuletzt ungetrübt war. Hier schlägt sich die nach wie vor gute Lage am Arbeitsmarkt nieder.“⁵¹ Die Analyse der Creditreform Wirtschaftsforschung vom Oktober 2019 geht davon aus, dass „die Konjunkturschwäche die gesamte deutsche Volkswirtschaft wohl in eine Rezession zieht“. Das Bruttoinlandsprodukt war im zweiten Quartal 2019 bereits leicht gesunken (- 0,1 Prozent), nachdem es im ersten Quartal 2019 (+ 0,4 Prozent) und im letzten Quartal 2018 (+ 0,2 Prozent) nur zwei eher geringe Anstiege aufwies.

Bereits Ende letzten Jahres zeigten sich erste konjunkturelle „Bremsspuren“, die sich im Jahresverlauf immer stärker auswirkten und die Konjunkturstimmung in der deutschen Wirtschaft eintrübten. Im Jahresverlauf sank der ifo Geschäftsklimaindex achtmal, zwischen März und Juli alleine fünfmal in Folge.⁵² Die Gründe für die Stimmungseintrübung sind vielfältig und reichen vom

⁵¹ „Gleichzeitig liefern die Frühindikatoren gegenwärtig wenig Anzeichen für eine nachhaltige Belebung der Ausfuhren und eine Stabilisierung in der Industrie. Damit nimmt die Gefahr zu, dass sich ihr Abwärtssog in stärkerem Maß auf die eher binnenwirtschaftlich orientierten Branchen überträgt.“ Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2019, 71. Jahrgang, Nr. 10, S. 5.

⁵² Vgl. ganz aktuell: ifo Geschäftsklima Deutschland, Oktober 2019: ifo Geschäftsklimaindex unverändert.

Handelskonflikt zwischen den USA, China und der EU, über die „never ending story“ des Brexit, bis hin zu den kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien und Jemen. Zudem belastet der „kalte Atomkrieg“ zwischen den USA und dem Iran die Exporttätigkeit der deutschen Wirtschaft.

Die Gründe: Der Handelskonflikt zwischen den USA und China, „Brexit“, Kriege im Nahen Osten

Der leichte Rückgang der Überschuldungszahlen zeigt, dass der deutlich spürbare Negativtrend in Wirtschaft und Konjunktur noch nicht bei den Verbrauchern angekommen ist. Die meisten Verbraucher in Deutschland konnten sich in den letzten zwölf Monaten über weiterhin stabile und günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen freuen, auch wenn sich immer mehr Arbeitnehmer Sorgen um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze machen. Dennoch zeigten sich Binnenkonjunktur und privater Konsum in den vergangenen zwölf Monaten stabil und positiv. Dies zeigt die Entwicklung der preisbereinigten privaten Konsumausgaben, die laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Prozent auf 1,74 Billionen Euro (2017: 1,70 Billionen Euro, revidierte Werte) gestiegen sind. Für 2019 können rund 1,78 Billionen Euro erwartet werden.

Der „Negativtrend“ ist 2019 noch nicht bei allen Verbrauchern angekommen

Konsumausgaben sind weiter gestiegen

Das Konsumklima blieb trotz vieler schlechter Konjunkturnachrichten im Jahresverlauf erstaunlich positiv. Sieben positiven Konsumklima-Veröffentlichungen standen im Jahresverlauf fünf (eher verhalten) negative Konsumklima-Berichte gegenüber – und dies trotz der bekannten oben genannten Risikofaktoren. Erst im Herbst trübt sich die Stimmung der deutschen Verbraucher durch Meldungen zum Arbeitsplatzabbau, beispielsweise in der Automobilindustrie oder im Finanzmarkt „wieder stärker und der Optimismus schwindet“.⁵³ Dennoch bleiben „die Einkommensperspektiven für die Konsumenten weiterhin günstig“, wie die Deutsche Bundesbank im Monatsbericht Oktober feststellt. Nach Einschätzung der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose vom September „trotzt der private Konsum der Konjunkturschwäche“. Hierzu tragen weiterhin die

Konsumklima blieb 2019 erstaunlich positiv

⁵³ Das GfK-Konsumklima gerät zwar im Oktober 2019 „etwas unter Druck“ und „rutscht mit einem Wert von 9,6 Punkten auf den niedrigsten Stand seit November 2016“. Allerdings „stemmt sich die Anschaffungsneigung [...] bislang erfolgreich gegen den konjunkturellen Abschwung“. Vgl. GfK-Konsumklima, Oktober 2019: Konsumklima gerät etwas unter Druck.

**Gemeinschaftsdiagnose:
„Der private Konsum
trotz der Konjunkturschwäche“**

**2018: „stärkster Anstieg
der Tarifverdienste seit 2014“**

**Arbeitslosigkeit bleibt auch 2019
unter der Fünf-Prozent-Marke**

**Ein fester Arbeitsplatz bleibt
die wichtigste Grundlage,
um das Überschuldungsrisiko
gering zu halten**

**Langzeitarbeitslosigkeit und
Unterbeschäftigung sind
weiter deutlich rückläufig**

vergleichsweise hohen Tarifabschlüsse der vergangenen Jahre bei, die die wichtigste Grundlage für eine weitere Verbesserung der Einkommenssituation der Verbraucher bilden. Im Jahr 2018 wurde mit einem Plus von 2,9 Prozent der „stärkste Anstieg der Tarifverdienste seit 2014“ gemessen – im zweiten Quartal 2019 betrug die Zunahme sogar 3,8 Prozent, nach 2,6 Prozent im 1. Quartal 2019.⁵⁴ Zudem hat sich der temporäre Anstieg der Verbraucherpreise seit Ende 2016 abgeschwächt.⁵⁵

Für die Überschuldungsentwicklung weiterhin von hoher Bedeutung blieb der deutsche Arbeitsmarkt 2019 stabiler als zu erwarten war. Im Oktober 2019 lag die Arbeitslosenquote sogar leicht unter dem Vorjahreswert (30. Oktober 2019: 2.204.090 Arbeitslose; - 239 Fälle im Vergleich zum Vorjahr). Die Sicherheit von Arbeitsplatz und Einkommen sind für viele Verbraucher wichtige Grundlagen für optimistische Konjunkturerwartungen und bilden die wichtigste Grundlage, um das Überschuldungsrisiko für die meisten Verbraucher gering zu halten.

Die Daten der Bundesagentur für Arbeit zeigen für den Jahresverlauf, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen und der so genannten Unterbeschäftigten weiter gesunken ist. So hat sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen binnen Jahresfrist von 775.800 auf etwa 709.700 Personen (Oktober 2019) um knapp neun Prozent verringert (- 66.100 Fälle). Zum Vergleich: Im Gesamtjahr 2015 lag die Zahl noch bei 1,04 Millionen Langzeitarbeitslosen, nachdem sie 2008 1,33 Millionen betragen hatte. Im Oktober 2019 lag sie um fast 47 Prozent oder 616.800 Personen unter dem Wert von 2008. Zudem nahm die Zahl der Unterbeschäftigten (ohne Kurzarbeit) weiter leicht ab (Oktober 2019: 3,13 Millionen;- 13.000 Fälle; - 0,4 Prozent).⁵⁶ Dennoch mehren sich die Zeichen, dass sich

⁵⁴ Zum Vergleich: 1. Quartal 2018: + 2,5 Prozent; 2. Quartal 2018: + 2,0 Prozent; Gesamtjahr 2018: + 2,8 Prozent; 2017: + 2,3 Prozent; 2016: + 2,0 Prozent. Vgl. hierzu: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 076, 01.03.2019: 2018: Tarifverdienste 2018: + 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr / Stärkster Anstieg der Tarifverdienste seit 2014; Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 204, 29.05.2019: Tarifverdienste im 1. Quartal 2019: + 2,6 Prozent zum Vorjahresquartal; Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 328, 29.08.2019: Tarifverdienste im 2. Quartal 2019: + 3,8 Prozent zum Vorjahresquartal

⁵⁵ Vgl. beispielsweise Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 399, 11.10.2019: Verbraucherpreise September 2019: + 1,2 Prozent gegenüber September 2018 / Preise für Mineralölprodukte dämpfen die Inflationsrate.

⁵⁶ Generell muss bei der Bewertung der offiziellen Arbeitslosenstatistik bedacht werden, dass sie nicht alle Personen berücksichtigt, die im engeren Sinne ohne

die Arbeitsmarktlage in den nächsten Monaten verschlechtern wird.⁵⁷

Andere Indikatoren zeigen erstmals seit Jahren leichte, zum Teil auch nur kurzfristige, Positiventwicklungen, die die negativen Langzeitwirkungen nicht aufheben können. So ist der Anteil so genannter atypischer resp. prekärer Beschäftigungsverhältnisse⁵⁸ im letzten Jahr erstmals seit 2015 wieder leicht zurückgegangen (7,75 Millionen; - 1,2 Prozent), wobei Deutschland einen der größten Niedriglohnsektoren in Europa aufweist⁵⁹ (s. hierzu auch Kapitel 1.1). Diese Beschäftigungsverhältnisse werden zunehmend von älteren Menschen eingegangen, da sie ihren Lebensstandard entweder erhöhen oder sichern wollen – oft, weil die Rente nicht ausreicht.⁶⁰ Prekäre Beschäftigung (auch in Form von Mehrfachbeschäftigung) und damit oft verbundene Einkommensarmut bleiben bei den Menschen konzentriert, die ohnehin als überdurchschnittlich überschuldungsaffin gelten. Hierzu gehören Frauen, junge und insbesondere ältere Menschen, deren Überschuldungsquoten seit geraumer Zeit deutlich angestiegen sind.⁶¹ Allerdings ist auch die Zahl der Menschen in

Atypische Beschäftigungsverhältnisse gehen erstmals seit 2015 wieder zurück ...

(bezahlte) Arbeit sind. Berücksichtigt werden auch die von der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesenen Personen in „Unterbeschäftigung“ und diejenigen, die als „stille Reserve“ bezeichnet werden.

⁵⁷ So geht auch das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) von Ende Oktober 2019 von einer Verschlechterung des Arbeitsmarktes in den kommenden Monaten aus. Vgl. IAB-Arbeitsmarktbarometer, Oktober 2019: IAB-Arbeitsmarktbarometer sinkt um 0,5 Punkte

⁵⁸ Unter prekärer oder atypischer Beschäftigung werden nach Definition des Statistischen Bundesamts „Befristung, Teilzeitbeschäftigung mit 20 oder weniger Stunden, Zeitarbeitsverhältnis und/oder geringfügige Beschäftigung“ subsumiert. Beschäftigungsverhältnisse werden als prekär bezeichnet, wenn sie nicht geeignet sind, auf Dauer den Lebensunterhalt einer Person sicherzustellen und deren soziale Sicherung zu gewährleisten. Die „Prekaritätsrisiken“ atypischer Beschäftigungsformen liegen nachvollziehbar auf der Hand: ein unzureichendes Einkommen, eine mangelnde soziale Sicherung und geringere Beschäftigungsstabilität und -fähigkeit.

⁵⁹ Vgl. auch DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 14/2019, Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist größer als bislang angenommen, S. 249-257.

⁶⁰ So zeigte eine Anfrage an die Bundesregierung, dass jede zweite Rente weniger als 900 Euro beträgt. Demnach erhielten im vergangenen Jahr rund 51 Prozent der Altersrentner weniger als 900 Euro – das sind rund 9,4 Millionen Menschen. 59 Prozent der Rentner bekamen weniger als 1.000 Euro. Die Daten beziehen sich auf die Rentenzahlbeträge, also den Betrag der Rente nach Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen und vor Abzug von Steuern. Diese Beträge der gesetzlichen Renten liegen demnach „unterhalb der Armutsschwelle“. Viele Rentner kämen nur deshalb über die Runden, weil sie sich gezwungenermaßen zur Rente etwas hinzuverdienen. Vgl. Manager Magazin, 26.07.2019, Altersarmut, Jede zweite Rente unter 900 Euro.

⁶¹ Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes von Anfang Oktober 2019 lag der Anteil der Beschäftigten in einem Normalarbeitsverhältnis an allen Kern-erwerbstätigen (Erwerbstätige im Alter von 15 bis 64 Jahren, ohne Personen in Ausbildung oder Freiwilligendienst) 2018 erstmals seit 2002 wieder über der Marke von 70 Prozent. Zuvor war der Anteil rückläufig mit einem Tiefststand von 65,4 Prozent im Jahr 2007. Dieser aktuellen Zunahme steht ein Rückgang

**... wie auch die Zahl
der Empfänger von
sozialer Mindestsicherung**

**Miet- und Immobilienpreise
steigen weiter**

**Kosten für Umwelt- und Klima-
schutz erhöhen den Kostendruck**

Deutschland, die Leistungen der sozialen Mindestsicherung empfangen, zum dritten Mal in Folge zurückgegangen – weiterhin bleiben rund 7,2 Millionen im sozialen Sicherungsnetz.⁶²

Die im letzten Jahr untersuchten Auswirkungen der steigenden Miet- und Immobilienpreise für die Überschuldungsentwicklung in Deutschland zeigten, dass die Sicherung des Lebensstandards angesichts deutlich steigender Wohn- und Mietkosten für viele Menschen schwieriger geworden ist. Die „Mietbelastungsquoten“ steigen nicht nur in großen Städten weiter.⁶³ Es ist noch ungeklärt, wie sich die zunehmenden Kosten für Umwelt- und Klimaschutz, die eo ipso auch zu steigenden Energie- und Mobilitätskosten führen werden, auf die Einkommenslage der Verbraucher in Deutschland und auf ihr Armuts- und Überschuldungsrisiko auswirken werden.⁶⁴ So ist unklar, ob das im September 2019 geschnürte „Klimaschutzpaket“ der Bundesregierung sozialverträgliche Auswirkungen auf die Einkommenslage armuts- und überschuldungsbelasteter Haushalte haben wird.⁶⁵ Auch hier wäre auf die Einführung einer Art

der atypischen Beschäftigung gegenüber. Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. N004, 09.10.2019: 2018 erstmals seit 2002 wieder mehr als 70 Prozent der Erwerbstätigen in Normalarbeitsverhältnissen sowie Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 325, 28.08.2019: 2,8 Prozent mehr Frauen mit Normalarbeitsverhältnis in 2018.

Der Anteil atypisch Beschäftigter an allen Erwerbstätigen war von 1991 (12,8 Prozent) nahezu kontinuierlich auf seinen bislang höchsten Wert in den Jahren 2007 und 2010 (jeweils 22,6 Prozent) gestiegen. Aktuell liegt er bei 20,1 Prozent nach 20,8 Prozent im Jahr 2017. 2010 war ein Höchststand von 7,95 Millionen atypisch Beschäftigter erreicht worden.

⁶² „Zum Jahresende 2018 erhielten rund 7,2 Millionen Menschen in Deutschland Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, waren das 5,1 Prozent weniger als Ende 2017, als knapp 7,6 Millionen Menschen Leistungen der sozialen Mindestsicherung bezogen. Gemessen an der Gesamtbevölkerung sank der Anteil der Leistungsempfängerinnen und -empfänger von 9,2 Prozent zum Jahresende 2017 auf 8,7 Prozent zum Jahresende 2018.“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 414, 25.10.2019: Zahl der Empfängerinnen und Empfänger sozialer Mindestsicherung zum Jahresende 2018 um 5,1 Prozent niedriger als im Vorjahr.

⁶³ Vgl. auch SchuldnerAtlas Deutschland 2018, Kapitel 2, S. 40ff.

⁶⁴ Der Internetportal „Stromreport“ fasst die Entwicklung der Preise für Strom in Deutschland für die Jahre 2000 bis 2019 zusammen: „Der durchschnittliche Strompreis für Privathaushalte ist seit der Jahrtausendwende von 13,94 auf 30,43 Cent pro Kilowattstunde in 2019 gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von 118 Prozent beziehungsweise 6 Prozent pro Jahr. [...] Auch in Zukunft sollen Verbraucher für ihren Strom tiefer in die Tasche greifen. Zwar hat der Strompreis im Sommer 2019 bereits ein Rekordhoch erreicht, doch es wird mit einem weiteren Preisanstieg im Herbst gerechnet. Vgl. www.strom-report.de (Stand: 08.10.2019). – Vgl. zudem Spiegel Online, 11.10.2019, Studie zum Kohleausstieg, Strompreise könnten bis 2022 um mehr als 60 Prozent steigen.

⁶⁵ Bereits im SchuldnerAtlas Deutschland 2010 wurden die auch durch Umweltauflagen steigenden Wohn- und Mietkosten als „weiterer Risikofaktor“ für die Überschuldungsentwicklung benannt: „Ein weiterer Risikofaktor für einen möglichen Anstieg der Überschuldung sind die künftig möglicherweise deutlich ansteigenden Wohnkosten, die durch die zu erwartenden Steigerungen des Miet-

„Energie- und Umweltkostenbelastungsquote“ zu drängen, um individuell problematische Belastungen aufdecken zu können. Besonders ältere Menschen leiden unter hohen Mietbelastungs- und Energiepreisbelastungsquoten. In Folge besteht die Gefahr von Wohnungslosigkeit. Dabei leiden arme Menschen unter einem erhöhten Überschuldungsrisiko, Überschuldete unter einem erhöhten Verarmungsrisiko.⁶⁶ Alles in allem ist für die nächsten Monate davon auszugehen, dass das Überschuldungsrisiko für die deutschen Verbraucher und die Zahl überschuldeter Verbraucher in Deutschland steigen werden. Die Entwicklung von Überschuldungsfällen, Konsumklima und privaten Konsumausgaben gehen „Hand in Hand“.⁶⁷

Energie- und Umweltbelastungskosten von einkommensschwachen Haushalten messen

Fazit: Die Zahl überschuldeter Verbraucher wird kurz- und mittelfristig weiter steigen

niveaus in Folge der Umlage von Modernisierungskosten („Energetische Sanierung“) entstehen werden. Hierunter werden besonders einkommensschwache und somit überschuldungsaffine Haushalte zu leiden haben.“ Vgl. SchuldnerAtlas Deutschland 2010, S. 27.

⁶⁶ Auch der Bundesrechnungshof äußerte Ende Oktober 2019 schwere Bedenken gegen Kerninstrumente des Klimapakets der Großen Koalition, beispielsweise bei der energetischen Gebäudesanierung und der Unterstützung von Pendlern. So warnten die Rechnungsprüfer beim Klimaschutz im Gebäudebereich davor, dass die Steuerermäßigungen „vor allem gutverdienende Steuerpflichtige“ begünstigten. Steuerpflichtige mit Renteneinkünften sowie mit geringen oder mittleren Einkommen können diese Ermäßigungen hingegen nicht oder nur teilweise nutzen. Vgl. beispielsweise Spiegel Online, 23.10.2019, Soziale Schiefelage, Rechnungshof zerpfückt Klimapakete der Regierung.

⁶⁷ Zwar hatte die Höhe der Konsumentenkredite (2018: 234 Milliarden Euro; - 1,8 Prozent) nach Angaben des Bankenfachverbands resp. der Deutschen Bundesbank 2018 leicht abgenommen. Für 2019 kann allerdings wieder ein Anstieg erwartet werden. Zudem zeigen die aktuellen umfragegestützten Daten des Bankenfachverband e.V. (Oktober 2019), dass 2019 weiterhin viele vorhandene Konsum- und Anschaffungswünsche mit Hilfe von Konsumkrediten realisiert werden. Der Trend ist nach fünf Jahren Rückgang derzeit wieder ansteigend. Sowohl Finanzierungen (34 Prozent; + 2 Punkte) als auch die Nutzung von Ratenkrediten (26 Prozent; + 2 Punkte) zeigen eine ansteigende Tendenz. Berücksichtigt man zudem bei der Entwicklung der Ratenkredite die Zahlen der Deutschen Bundesbank, so ist das Volumen der Ratenkredite von 168,9 Milliarden im Jahr 2017 auf 172,8 Milliarden Euro im Jahr 2018 (Jahreswerte) wiederum um 2,3 Prozent gestiegen - nach jeweils rund fünf Prozent Zunahme in den beiden Jahren zuvor. Und auch für 2019 ist der Ausblick optimistisch: „Kredite zu Konsumzwecken wachsen: Ihr Kreditneugeschäft mit Verbrauchern haben die Kreditbanken um 4,2 Prozent auf 32,6 Milliarden Euro gesteigert. Wachstumsimpulse kamen dabei weniger aus dem Bereich der privaten Kfz-Finanzierungen, die um 0,5 Prozent zurückgingen, sondern eher von Krediten zur freien Verwendung.“ Pressemitteilung des Bankenfachverbands zu den Halbjahreszahlen 2019 vom 21.08.2019.

■ 2 Exkurs: Überschuldung und Armut – was kommt zuerst? Eine vergleichende Datenanalyse

*Immer mehr Menschen
sorgen sich um ihre
materielle Absicherung*

*„Tafel Deutschland“:
Nachfrage steigt 2018 / 2019
um zehn Prozent*

*Armut und Überschuldung nehmen zu – trotz Hochkonjunktur
und Niedrigarbeitslosigkeit*

In Deutschland grassiert die „Angst vor dem Abstieg“, so der Titel einer Umfrage, die im Auftrag des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) erstellt und Mitte September 2019 in Berlin vorgestellt wurde. Der Titel: „Generation Mitte“. Nach zehn Jahren Wirtschafts- und Konjunkturboom machen sich mehr Menschen in Deutschland Sorgen um ihre materielle Absicherung – im Alter, aber auch zur aktuellen Lage, da die Konjunktur- und Wirtschaftsdaten beginnen, sich deutlich einzutrüben. Das Jahr 2019 war noch stärker als die letzten Jahre durch zahlreiche Veröffentlichungen gekennzeichnet, die sich mit dem Anstieg von Armut – besonders von Altersarmut – in Deutschland befassten. Dies zeigte neben den offiziellen Statistiken beispielsweise eine Analyse des „Verein Tafel Deutschland“, der Mitte September 2019 „dramatische Zahlen“ nannte. Die Zahl der Menschen, die sich regelmäßig Lebensmittel bei der Tafel holen, habe deutlich zugenommen. Nach einer Hochrechnung des Vereins sei sie innerhalb eines Jahres um zehn Prozent auf 1,65 Millionen gestiegen. Bei Senioren, die Rente oder Grundsicherung beziehen, sei der Anstieg mit 20 Prozent noch dramatischer. Niedrige Renten seien damit nach Langzeitarbeitslosigkeit der zweithäufigste Grund eine Tafel aufzusuchen.⁶⁸

Auffälligerweise geschieht diese Entwicklung vor dem Hintergrund der längsten Hochkonjunkturphase, die die Bundesrepublik Deutschland seit Anfang der 1970er Jahre erlebt hat. Nach Angaben einer unveröffentlichten Studie des DIW Berlin gibt es in Deutschland insgesamt mehr als eine Million Senioren, die Anspruch auf Grundsicherung als staatliche Unterstützung haben, diese aber nur zum Teil nutzen. Die Liste der Veröffentlichungen und entsprechenden Medienberichte über das, was Armut ist, wie sie gemessen werden kann, wel-

⁶⁸ Vgl. Die Tafel Deutschland, Pressemitteilung, 18.09.2019, Dramatischer Anstieg der Tafel-Nutzer – besonders Rentnerinnen und Rentner suchen Unterstützung. Dabei sind (Langzeit-)Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen (s. auch Kapitel 1.4).

che Auslöser, „Verstärker“ und welche Aus- und Wechselwirkungen Armut hat, ist lang.⁶⁹ Die Begrifflichkeiten, Messmodelle und Befunde, die in der Armutsforschung verwendet und erarbeitet werden, sind nicht unumstritten. Sicherlich aber korrespondieren die zahlreichen Studien der Armutsforschung mit den Befunden zur Entwicklung der ungleichen Einkommens- und Vermögensentwicklung in Deutschland, die im SchuldnerAtlas Deutschland mehrfach thematisiert und aus verschiedenen Blickwinkeln in den Kontext der Überschuldungsentwicklung gerückt wurden.

Bereits 2009 hatte der Armutsforscher Dr. Rudolf Martens, Paritätischer Gesamtverband, Berlin, in einem Gastbeitrag für den SchuldnerAtlas Deutschland festgestellt: „Die Daten legen nahe, dass viele Menschen mit Überschuldungsproblemen und zugleich mit Einkommensarmut zu kämpfen haben.“⁷⁰ 2012 wurde die seit

Ergebnisse der Armuts- und Ungleichheitsforschung korrespondieren

Überschuldung und Einkommensarmut sind zwei Seiten einer Medaille

⁶⁹ Hier eine Auswahl: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2019), Monitor Nachhaltige Kommune, Bericht 2018, Schwerpunktthema Armut, April 2019 (Großstädte in der Armutsfalle); Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2019), Anstieg der Altersarmut in Deutschland: Wie wirken verschiedene Rentenreformen?, August 2019; Friedrich-Ebert-Stiftung (April 2019): Ungleiches Deutschland, Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019, Bonn; DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 03/2019, Einkommensverteilung in Deutschland, S. 51-60; DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 14/2019, Der Niedriglohnsektor in Deutschland ist größer als bislang angenommen, S. 249-257; DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 19/2019, Wiederanstieg der Einkommensungleichheit – aber auch deutlich steigende Realeinkommen, S. 343-353; DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 21-22/2019, Das Rentenniveau spielt eine wesentliche Rolle für das Armutsrisiko im Alter, S. 375-383; DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 26/2019, Die Angst vor Stigmatisierung hindert Menschen daran, Transferleistungen in Anspruch zu nehmen, S. 455-461; DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 27/2019, Immer mehr ältere Haushalte sind von steigenden Wohnkosten schwer belastet, S. 467-476; DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 40/2019, Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlicher Nettovermögen anhaltend hoch, S. 735-745; Hans-Böckler-Stiftung, 07.10.2019, WSI-Report Nr. 53, Oktober 2019: Einkommen immer ungleicher verteilt, WSI-Verteilungsbericht 2019; Der Paritätische (2018), Wer die Armen sind, Der Paritätische Armutsbericht 2018; Der Paritätische (2019), Verschlussene Türen, Eine Untersuchung zu Einkommensungleichheit und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen; Wissenschaftszentrum Berlin (Mai 2018), Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten.

⁷⁰ Vgl. SchuldnerAtlas Deutschland 2009, S. 47. 2015 untersuchte wiederum der Armutsforscher Dr. Rudolf Martens in seinem Gastbeitrag die Verteilung von Einkommens- wie auch von Ausgabenarmut auf der Ebene der 402 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland. Alleine zwischen 2005 und 2014 stieg die so genannte Armutsgefährdungsquote bei Rentnern und Pensionären nach Angaben des Statistischen Bundesamtes von 10,7 auf 15,6 Prozent, während sie bei allen Erwerbstätigen seit 2005 nahezu konstant bei 7,6 Prozent liegt. 2017 stellte das Münchener Autorenteam Dr. Marion Müller (Süddeutsches Institut für empirische Sozialforschung, München), Prof. Dr. Patricia Pfeil (Hochschule Kempten) und Dr. Udo Dengel (Hochschule Fulda) die Ergebnisse eines Forschungsprojekts vor. Diese hatten über einen Zeitraum von drei Jahren 20 überschuldete Familien aus der Mittelschicht in Deutschland begleitet. Die Grundlagenstudie wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert und zeigt: Überschuldung von Familien in der Mittelschicht ist oft ein „unsichtbares Phänomen“. Die Gruppe der Überschuldeten wird trotz ihrer Größe medial und gesellschaftlich kaum wahrgenommen. Dies nicht zuletzt, da die Betroffenen trotz materieller Einschränkungen Strategien entwickeln, um ihre gesellschaftliche Position und ihre Identität zu erhalten.

WSI-Verteilungsbericht 2019:

**„Einkommen immer
ungleicher verteilt“**

2000 zunehmende Einkommenspolarisierung in Deutschland, insbesondere vor dem Hintergrund der drastischen Zunahme der Überschuldungsfälle bis 2007 und unter dem Aspekt der „Erosion der Mittelschicht“ durch den Einkommens- und Ungleichheitsforscher am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Dr. Jan Goebel, in einem Gastbeitrag vorgestellt. Die Hans-Böckler-Stiftung titelte eine Studie im August 2018 mit der Überschrift „Einkommensarmut in Deutschland erreicht neuen Höchststand“, im Oktober 2019 im WSI-Verteilungsbericht unter der Überschrift „Einkommen immer ungleicher verteilt“ (s. unten).

Eine Eingrenzung des Armutsbegriffs

Eine Eingrenzung des Armutsbegriffs vollzieht ein Werkstattbericht der Bertelsmann-Stiftung: „Armut wird in der Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit kontrovers diskutiert und unterschiedlich definiert. Dabei geht es in der Armutsdebatte in Deutschland selten um absolute Armut, da das Existenzminimum (Nahrung, Wasser, Obdach) staatlich sichergestellt wird und jede Person ein Anrecht auf Mindestsicherungsleistungen (z. B. SGB II, SGB XII, Asylbewerberleistungsgesetz) hat. Wenn man in Deutschland von Armut spricht, ist in der Regel relative Armut gemeint, die Menschen (teilweise) von einer materiellen, kulturellen sowie sozialen Teilhabe an der Gesellschaft ausschließt. Die Bezeichnung relative Armut wird verwendet, wenn Menschen über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in der Gesellschaft, in der sie leben, als Minimum angesehen wird.“⁷¹

Wechselwirkungen statt Kausalitäten

Generell muss von einem Wechselwirkungsverhältnis zwischen Armut und Überschuldung ausgegangen werden. Hierbei kann nicht, wie auch bei anderen Faktoren, von Kausalitäten ausgegangen werden, sondern von Beziehungsverhältnissen. Oft kann nur auf Grundlage von Plausibilitätserwägungen und anderer (qualitativer) Untersuchungen auf die Wirkungskette „Ursache – Folge“ geschlossen werden. So kann zum Beispiel aus der Korrelation „Überschuldung – Arbeitslosigkeit“ oder

⁷¹ Vgl. Bertelsmann-Stiftung (2015), Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern, Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung, Werkstattbericht, Februar 2015, S. 13.

„Überschuldung – Bildungsstand“ nicht zwischen Ursache und Wirkung bei den zu Grunde liegenden Personengruppen unterschieden werden. Überschuldung kann somit sowohl Ursache als auch Folge von Einkommensarmut oder Arbeitslosigkeit, geringer Bildung oder schlechter Wohnverhältnisse sein. Oft ist von einer Gemengelage unterschiedlicher miteinander zusammenhängender resp. verknüpfter Wirkungsketten auszugehen.

Überschuldung kann Ursache als auch Folge von Einkommensarmut oder Arbeitslosigkeit sein – und umgekehrt

Das Statistische Bundesamt berechnet neben den europaweit verfügbaren Daten bundeslandspezifische Armutsgefährdungsquoten, die auf Grund methodischer Besonderheiten anders als die europaweit gültigen Quoten berechnet werden.⁷² Die Armutsgefährdung in Deutschland war 2018 „regional nach wie vor sehr unterschiedlich ausgeprägt“. In Bayern waren demnach 11,7 Prozent und in Baden-Württemberg 11,9 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht. Damit war das Armutsrisiko in diesen Bundesländern am geringsten. Das höchste Armutsrisiko wies Bremen mit 22,7 Prozent auf, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern mit 20,9 Prozent. Die Armutsgefährdungsquoten für das Jahr 2018 liegen in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) mit durchschnittlich 17,5 Prozent etwas höher als im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit 15,0 Prozent. Gegenüber dem Jahr 2005 – seitdem werden in der Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik entsprechende Daten berechnet – haben sich die Armutsgefährdungsquoten im Osten und im Westen angenähert: Damals waren im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) 13,2 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet, in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) 20,4 Prozent.⁷³

Armutsgefährdungsquoten für Deutschland und die Bundesländer

⁷² Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und den zugrundeliegenden Daten der Erhebung LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) gilt „eine Person als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, wenn mindestens eine der folgenden drei Lebenssituationen zutrifft: Ihr Einkommen liegt unter der Armutsgefährdungsgrenze, ihr Haushalt ist von erheblicher materieller Entbehrung betroffen oder sie lebt in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung. Für jede dieser Lebenssituationen kann jeweils der Anteil der Personen in der Bevölkerung ermittelt werden, auf den diese Situation zutrifft.“ In Deutschland waren demnach im Jahr 2017 rund 15,5 Millionen Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht und damit 19,0 Prozent der Bevölkerung (2016: 16,0 Millionen Menschen = 19,7 Prozent). In der Europäischen Union (EU) betrug ihr Anteil im Jahr 2017 durchschnittlich 22,5 Prozent.

⁷³ Vgl. zu den einzelnen Begriffen und den unterschiedlichen Messmethoden auch das entsprechende Webportal des Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: www.armuts-und-reichtumsbericht.de. Zudem: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 334, 22.09.2016: Armutsgefährdung in Westdeutschland im 10-Jahres-Vergleich gestiegen; Statistisches Bundesamt, Pres-

Grundtrends der Armutsforschung

Die meisten Grundtrends spiegeln sich in fast allen Untersuchungen der Armutsforschung: Die von Armut am häufigsten betroffenen Personengruppen sind Arbeitslose (63 Prozent), Alleinerziehende (40 Prozent), Menschen mit geringem Qualifikationsniveau (30 Prozent) und Migranten (28 Prozent). Aber: Betrachtet man die Gesamtheit armer Menschen in Deutschland sind es überwiegend Personen ohne Migrationshintergrund und Personen mit zumeist mittlerem oder höherem Qualifikationsniveau. Erwachsene arme Menschen gehen in aller Regel einer Erwerbstätigkeit nach (33 Prozent) oder sind in Rente oder Pension (25 Prozent). Zwölf Prozent sind in Ausbildung und Lehre. Arbeitslos sind dagegen lediglich 21 Prozent der einkommensarmen Erwachsenen.⁷⁴

Armutsbetroffene ohne finanzielle Rücklagen, Altersvorsorge und materielle Grundausrüstung

Zudem leben zwei von drei Armutsbetroffenen in Haushalten, die keine finanziellen Rücklagen für Notfälle haben. Bei etwa jedem vierten Armen steht nicht einmal jedem Haushaltsmitglied ein kleiner wöchentlicher Geldbetrag zur Verfügung. Vier von fünf armen Personen geben an, dass für sie kein Sparen – weder zur Vorsorge noch zur Vermögensbildung – möglich ist. Knapp drei Viertel der Armutsbetroffenen unternehmen innerhalb eines Jahres keine einwöchige Urlaubsreise. Fast 60 Prozent der Armen können sich in der Regel keine Freizeitbesuche ins Kino, zu Sportveranstaltungen oder zu Konzerten leisten. Darüber hinaus haben Armutsbetroffene doppelt so häufig keinen Internetanschluss im Haushalt (22 Prozent), heizen in kalten Monaten doppelt so häufig nicht die Wohnung (8 Prozent) und ersetzen abgenutzte Kleidung und Möbel seltener durch

semitteilung, Nr. 391, 03.11.2016: Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Bevölkerung in Deutschland nahezu unverändert; Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 298, 29.08.2017: Armutgefährdung in den Bundesländern weiter unterschiedlich; Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 392, 08.11.2017: 19,7 Prozent der Bevölkerung Deutschlands von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht; Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 421, 31.10.2018: 19,0 Prozent der Bevölkerung Deutschlands von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht (Anteil EU-weit bei 22,5 Prozent).

⁷⁴ Vgl. hierzu besonders: Der Paritätische (2018), Wer die Armen sind, Der Paritätische Armutsbericht 2018. Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 282, 25.07.2019: Armutgefährdung 2018 in Bayern am geringsten, in Bremen am höchsten: Mehr als 40 Prozent der Personen in Alleinerziehenden-Haushalten von Armut bedroht: Von allen Haushaltstypen weisen Alleinerziehende und ihre Kinder das höchste Armutsrisiko auf: 2018 waren etwa 40 Prozent der Personen in Alleinerziehenden-Haushalten im früheren Bundesgebiet und 45 Prozent dieser Personen in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) armutsgefährdet. Auch hier gibt es große regionale Unterschiede: Während in Berlin rund 34 Prozent der Personen in Alleinerziehenden-Haushalten von Armut bedroht waren, traf dies in Mecklenburg-Vorpommern auf 57 Prozent zu.

Neuware. Ein Auto entbehren armutsbetroffene Menschen rund drei Mal so häufig wie Nicht-Armutsbetroffene.

Die Veränderungen der Armutsgefährdungs- und Überschuldungslage in den 16 Bundesländern zeigen die beiden folgenden Schaubilder. Das erste Diagramm zeigt die *Lage* von Armut und Überschuldung in Form eines Bestands-Index (2018 = 100). Das zweite Diagramm bildet ebenfalls mit Hilfe von Index-Werten die *Entwicklung* der Armutsgefährdungs- und Überschuldungsquoten zwischen 2005 und 2018 ab (2005 = 100).

Aktuelle Lage: Armutsgefährdung und Überschuldung in den 16 Bundesländern

Dia. 8.: Bestandsvergleich 2018: Überschuldung und Armutsgefährdung in den 16 Bundesländern (Index: 2018 = 100)

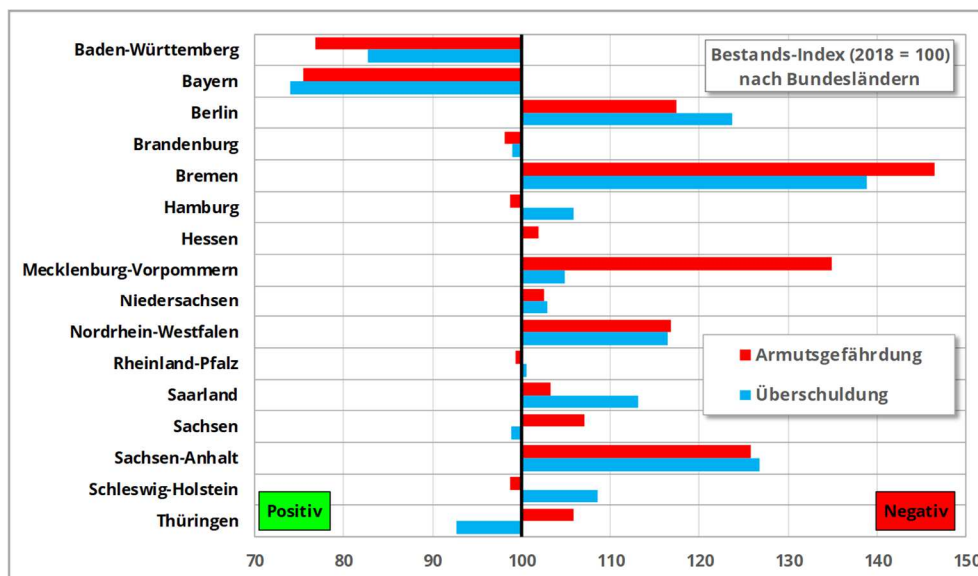
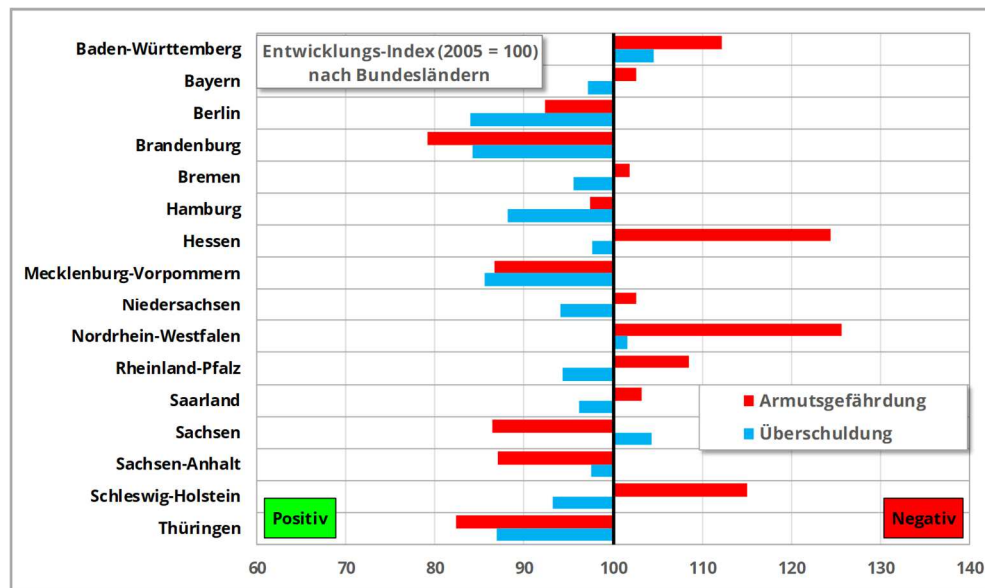


Diagramm 8 zeigt, dass sowohl die Armutsgefährdungs- als auch die Überschuldungslage in Bayern und Baden-Württemberg im Jahr 2018 deutlich positiv, hingegen in Berlin, Bremen und Sachsen-Anhalt deutlich negativ war. Hieraus kann geschlussfolgert werden, dass Überschuldung und Armut korrespondieren oder sich gegenseitig positiv oder negativ verstärken. In anderen Bundesländern zeigen sich nicht so deutliche Beziehungsverhältnisse. So bleiben beispielsweise in Hamburg, in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein die Armutsgefährdungsquoten leicht unterdurchschnittlich, während die Überschuldungsquoten eher überdurchschnittlich sind. Dies kann insofern interpretiert werden, dass offensichtlich auch andere Faktoren bei der Überschuldungsentwicklung eine Rolle spielen.

**Dia. 9.: Entwicklungsvergleich 2005 / 2018: Überschuldung und Armutsgefährdung
in den 16 Bundesländern (Index 2005 = 100)**



Entwicklungsvergleich zeigt gleichzeitig Entkopplungs- und Verstärkungseffekte

Vergleicht man nun die Entwicklung beider Quoten (Diagramm 9) zwischen 2005 und 2018, so zeigt sich, dass sich die Überschuldungslage in vielen Bundesländern im Vergleich zu 2005 verbessert hat. Ausnahmen bilden Baden-Württemberg, Sachsen und Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig hat sich die Armutsgefährdung in nicht wenigen Bundesländern merklich erhöht – am stärksten wiederum in NRW, in Hessen, in Schleswig-Holstein und in Baden-Württemberg – allesamt westdeutsche Bundesländer. Polarisiert man diese Vorgehensweise auf Ost- und Westdeutschland, zeigen sich die bereits formulierten Entwicklungstrends. Die Lage ist in den östlichen Bundesländern aktuell sowohl bei der Armutsgefährdung wie auch bei Überschuldung in der Summe negativer als im Westen. Allerdings hat sich die Lage in beiden Bereichen in den letzten anderthalb Jahrzehnten im Osten deutlich verbessert, während die Verarmung in den westdeutschen Bundesländern merklich zugenommen hat.

Die Lage in 15 Großstädten in Deutschland

Überträgt man das Auswertungsraster auf diejenigen 15 deutschen Großstädte, für die sowohl Armutsgefährdungs- als auch Überschuldungsquoten vorliegen, zeigt sich, dass in der Langzeitanalyse in beiden Bereichen nur Berlin und Dresden merklich zurückgehende sowie München, Hamburg und Hannover leicht abnehmende Belastungswerte aufweisen. Andere Großstädte weisen

im Langzeitvergleich überdurchschnittlich hohe Anstiege der Armutsgefährdungs- und Überschuldungsquoten auf. Dies gilt insbesondere für Duisburg, Dortmund und Essen im Westen Deutschlands, aber auch für Stuttgart und Nürnberg.

Betrachtet man diese Entwicklung auf Ebene der 401 kreisfreien Städte und Landkreise nach Typ zeigt sich, dass kreisfreie Städte und Stadtkreise deutlich häufiger einen Rückgang des Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommens (2000 / 2016) und einen gleichzeitigen Anstieg der Überschuldungsquoten (2004 / 2018) aufwiesen als Kreise und Landkreise. Bei diesen ging tendenziell eher ein Anstieg der Überschuldung mit einem Anstieg des Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommens einher.⁷⁵ Dies zeigt: Überschuldung führt oft, aber nicht immer, in die Armut (hier als Rückgang des Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommens dargestellt), während Armut nicht automatisch oder zwangsläufig in die Überschuldung führt bzw. einen Anstieg der Überschuldungsfälle zur Folge hat. Auch Städte resp. Kreise mit einer deutlichen Zunahme des Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommens wiesen im Langzeitvergleich zum Teil deutliche Anstiege von Überschuldungsproblemen (in Form ansteigender Überschuldungsfälle) auf (s. Diagramm 32 im Anhang).

Der WSI-Verteilungsbericht vom Oktober 2019 belegt zudem anschaulich, dass sich „die Schere bei den verfügbaren Einkommen in Deutschland weiter geöffnet [hat], die Einkommensungleichheit befindet sich trotz der über Jahre guten wirtschaftlichen Entwicklung auf einem historischen Höchststand“. Dies zeigen die Berechnungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung zur Einkommensverteilung. So lag der so genannte „Gini-Koeffizient“, das gängigste Maß zur Bestimmung von Einkommensungleichheit, Ende 2016 sogar um zwei Prozent höher als 2005 – dem Jahr, das unter Forschern nach einem drastischen Anstieg der Einkommensspreizung

Städte resp. Kreise mit einer deutlichen Zunahme des Einkommens zeigen im Langzeitvergleich zum Teil deutliche Anstiege von Überschuldungsproblemen auf

Aktuelle Lage: Armutsgefährdung und Überschuldung in den 16 Bundesländer

WSI-Verteilungsbericht 2019 zeigt: Einkommensungleichheit befindet sich trotz Wirtschaftsboom auf einem „historischen Höchststand“

⁷⁵ Das Haushaltsnettoeinkommen wird dabei als Ausdruck und Platzhalter des Armuts- resp. Reichtumsniveaus der Menschen auf Ebene der 401 kreisfreien Städte und Kreise verstanden. „Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist das Einkommen, welches sie für ihren Konsum verwenden oder sparen können. Bezieht man dies auf die Zahl der Einwohner, erhält man einen nützlichen Indikator für die Wohlstandsentwicklung in einem Land bzw. einer Region.“ Vgl. WSI-Verteilungsmonitor, April 2019, Verfügbares Einkommen im regionalen Vergleich, S. 1.

**Vergleich von Überschuldung
und Einkommensungleichheit
mit Hilfe von vier Indikatoren**

seit Ende der 1990er Jahre als besonders „ungleich“ gilt.⁷⁶

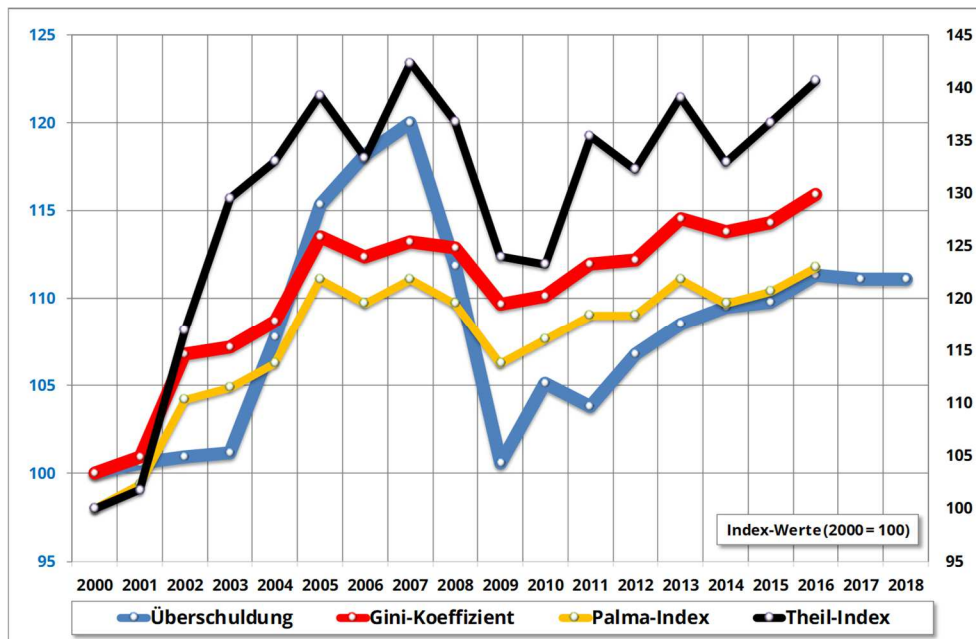
Die vergleichende, schematische Gegenüberstellung von Indikatoren der Einkommensungleichheits- sowie der Überschuldungsforschung belegen auch aus dieser Perspektive, dass Überschuldung kein reines Armutsproblem ist – im Gegenteil. So zeigt auch ein Vergleich der Zusatzindikatoren Palma- und Theil-Index (als „Platzhalter“ für die oberen und unteren Einkommensgruppen) und der Überschuldungsquoten ähnliche Entwicklungsstrukturen und belegt, dass Überschuldung letztlich ein Problem fast aller Schichten und Milieus in der bundesdeutschen Gesellschaft ist. Das folgende Diagramm zeigt durch die Ähnlichkeit der jeweiligen Kurvenverläufe, dass Überschuldung und Einkommensungleichheit ähnlichen Trends folgen bzw. diese spiegeln.⁷⁷ Analysiert man die grundsätzliche Entwicklungsrichtung beider Messinstrumente kann festgehalten werden, dass auch eine positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht ausreicht, um Ungleichheit, Armut

⁷⁶ Der verbreitetste Indikator zur Einkommensverteilung ist der so genannte Gini-Koeffizient. Je nach Grad der Ungleichheit liegen die Werte zwischen Null (alle Haushalte haben das gleiche Einkommen) und eins (ein einziger Haushalt bezieht das komplette Einkommen im Land). Vgl. Hans-Böckler-Stiftung, 07.10.2019, WSI-Report Nr. 53, Oktober 2019: Einkommen immer ungleicher verteilt, WSI-Verteilungsbericht 2019. Zudem belegen zwei weitere Verteilungsmaße (Indikatoren), dass sich die Schere bei den Einkommen in den letzten Jahren öffnet. Der so genannte Palma-Index vergleicht den Anteil des wohlhabendsten Zehntels der Haushalte an den gesamten Einkommen mit dem Anteil der unteren 40 Prozent. Dadurch reagiert er statistisch besonders sensibel auf Veränderungen am oberen Ende der Einkommensverteilung. Dagegen ist der so genannte Theil-Index ein feinerer Indikator für Entwicklungen in den „unteren“ Einkommensgruppen, die ein niedriges Einkommen haben. An beiden Indizes lässt sich seit 2005 ein ganz ähnlicher Trend ablesen wie beim Gini-Koeffizienten: Nach einem Rückgang am Ende des vergangenen Jahrzehnts sind sie wieder deutlich angestiegen. Die Veränderungen fallen allerdings ausgeprägter aus – ein Hinweis darauf, dass an den „Rändern“ die entscheidenden Entwicklungen stattfinden.

⁷⁷ Das Diagramm vergleicht die Entwicklung von Überschuldung und Einkommensungleichheit anhand von insgesamt vier Indikatoren, die der Vergleichbarkeit halber auf das Jahr 2000 (= 100) indexiert sind. Die Überschuldung wird mit Hilfe der Überschuldungsquoten für die Jahre 2000 bis 2018 dargestellt. Für die Abbildung der Einkommensungleichheit werden der Gini-Koeffizient sowie der Palma- und der Theil-Index (jeweils für die Jahre 2000 bis 2016) verwendet. Der Gini-Koeffizient gibt in einer Kennzahl an, wie ungleich Einkommen verteilt sind und kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. 0 steht dabei für die völlige Gleichverteilung (alle verfügen über gleich viel Einkommen), der Wert 1 für extreme Ungleichverteilung (einer besitzt alles). Palma- und Theil-Index werden auf Grundlage der Einkommensanteile der Bevölkerungsgruppen am Gesamteinkommen berechnet („Income Shares“). Dabei sind die Einkommensanteile in der Mitte der Verteilung allgemein eher stabil. Der Palma-Index reagiert insbesondere auf Veränderungen am oberen Rand der Einkommensverteilung. Der Theil-Index reagiert hingegen besonders sensitiv auf Umverteilungen von arm zu reich (ist also sensitiv bei Veränderungen am unteren Rand der Verteilung) und nimmt bei Gleichheit von Einkommens- und Bevölkerungsanteil den Wert 0 an.

und auch Überschuldung zu reduzieren. Demnach haben politische Weichenstellungen einen Anstieg der Einkommensungleichheit begünstigt. Die „wachsende Ungleichheit“ ist daher auch nach Einschätzung des WSI-Verteilungsreport 2019 „kein Schicksal“.⁷⁸

Dia. 10.: Die Entwicklung von Überschuldungsquoten und drei Teil-Komponenten zur Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizient, Palma- und Theil-Index, Indexierte Werte)



Der Bericht stellt zusammenfassend fest: „Die Polarisierung in Deutschland geht [...] weiter. Denn die Ränder der Einkommensverteilung streben auseinander: Der Niedriglohnsektor ist weiterhin sehr groß und ärmere Haushalte fallen zurück, während sich reiche weiter absetzen. [...] Alles in allem haben wir den riskanten Weg zu größerer Ungleichheit immer noch nicht verlassen: Ausufernde soziale Spaltungen verstärken den Verteilungskampf, reduzieren soziale und politische Teilhabe und gefährden das Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft.“⁷⁹

Der Prozess der Einkommensungleichheit geht weiter

⁷⁸ Dazu zählt der WSI-Verteilungsreport 2019 „auch die Steuerpolitik der vergangenen zwei Jahrzehnte: Während reiche Haushalte von der Senkung des Spitzensteuersatzes, der pauschalen Abgeltungssteuer oder der Reform der Erbschaftsteuer mit ihren zahlreichen Ausnahmen für Betriebsvermögen profitierten, wurden ärmere Haushalte durch höhere indirekte Steuern zusätzlich belastet.“

⁷⁹ Die Politik habe wirksame Möglichkeiten, gegenzusteuern. Hierzu gehören eine Reduzierung der Lohnungleichheit durch eine Stärkung der Tarifbindung. Dies wird als ein wichtiger Beitrag gesehen, um auch im Niedriglohnsektor bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen und beispielsweise die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu vereinfachen. Parallel wird eine Erhöhung des Mindestlohns empfohlen und mehr Maßnahmen, um eine Umgehung des Mindestlohns zu verhindern. Zudem sei wichtig, „die wachsende Konzentration der Einkommen am oberen Ende zu dämpfen“. Dazu sollten sehr hohe Erbschaften

Armut und Überschuldung sind stärker verbreitet, als dies vielen bekannt und genehm ist

Schuldnerberatung und Armutsberatung gehören zusammen

Alle Ergebnisse zeigen auch: Armut und Überschuldung haben viele Facetten und sind in Deutschland stärker verbreitet, als dies vielen bekannt und auch genehm ist. Der langjährige Konjunkturboom in Deutschland hat offensichtlich nicht maßgeblich dazu beigetragen, dass die Armutsgefährdungsquoten deutlich zurückgegangen sind. Gleiches gilt für die Überschuldungszahlen, die sich seit 2014 kontinuierlich erhöht haben, auch wenn sich die Überschuldungsquoten durch Bevölkerungszunahme nur wenig verändert haben. Es zeigt sich aber auch, dass besondere Entwicklungen und Problemlagen besonderer Maßnahmen und Instrumente bedürfen. Bereits vor zehn Jahren forderte der Armutsforscher Dr. Rudolf Martens, Paritätischer Gesamtverband, dass das Phänomen Überschuldung „innerhalb der Armutsdebatte [...] einen viel höheren Stellenwert bekommen muss als bisher [...] Für die Praxis der Wohlfahrtsverbände bedeutet dies: Schuldnerberatung und Armutsberatung gehören zusammen.“⁸⁰

Die Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) hat jedenfalls unter der Überschrift „Soziale Schuldnerberatung“ ein (neues) Konzept entwickelt, um den veränderten Rahmenbedingungen der Überschuldungsentwicklung Rechnung zu tragen. Das Konzept umfasst nicht nur die Insolvenzberatung als Verfahren, sondern berücksichtigt bei der Analyse des Überschuldungsfalls den ganzen Menschen und seine Geschichte. Ein wesentliches Ziel ist, die Überschuldungsberatung noch nachhaltiger und zugleich effizienter zu gestalten – wie in Kapitel 3 nachzulesen ist.

stärker besteuert und Ausnahmen bei der Erbschaftsteuer konsequent abgebaut werden. Des Weiteren sollte der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer angehoben werden. Kapitalerträge müssten wieder in die Einkommenssteuer eingegliedert werden und somit progressiv besteuert werden. Auch die Wiederaufnahme der Vermögensteuer sei relevant. Abschließend plädieren die Autoren für eine deutliche Anhebung der Regelsätze im Arbeitslosengeld II („Hartz IV“). Diese lägen häufig weit unter der Armutsgrenze. Zudem hätten sich als wichtige Hilfe zur Selbsthilfe unbürokratische soziale Beratungs- und Hilfsangebote erwiesen, die ausgebaut werden müssten, um den realen Bedarf abdecken zu können. Dazu zählt eine psychosoziale Beratung, etwa bei Schulden oder Sucht, ausreichend Deutschkurse für Migranten, aber auch passgenaue Umschulungen oder Weiterbildungen für Langzeitarbeitslose. Vgl. Hans-Böckler-Stiftung, 07.10.2019, WSI-Report Nr. 53, Oktober 2019: Einkommen immer ungleicher verteilt, WSI-Verteilungsbericht 2019.

⁸⁰ Vgl. SchuldnerAtlas Deutschland 2009, S. 47

■ 3 Handlungsspielräume: „Soziale Schuldnerberatung – ganzheitliches Instrument zur akuten Hilfe, zur nachhaltigen Problembewältigung, zur Kompetenzvermittlung und zur Armutsprävention“ – Ein Gastbeitrag von Bernd Krüger⁸¹

3.1 Problem- und Ausgangslage

Kredite sind in unserem Wirtschaftssystem gesellschaftliche Normalität und ökonomische Notwendigkeit. Schulden für die Ausgaben der öffentlichen Hand, für geschäftliche Investitionen, für Immobilien, PKW und langlebige Verbrauchsgüter sind weit verbreitet. Für die Wirtschaft sind diese Schulden unverzichtbar, um die Nachfrage aufrecht zu erhalten und das Wachstum zu sichern. Der kreditfinanzierte Konsum wird deshalb durch Banken und Anbieter von Waren und Dienstleistungen stark gefördert.⁸²

Junge Haushalte ohne Ersparnisse und Haushalte mit geringen Einkommen können oft nicht anders, als sich für notwendige Anschaffungen (wie beispielsweise Kühlschrank oder Waschmaschine) oder sogar für die laufenden Lebenshaltungskosten zu verschulden. Solche Haushalte können durch notwendige Ausgaben in eine schleichende Überschuldung geraten. Vor allem bei Wohnungswechsel oder bei so genannten Wohnraumsanierungen können stark steigende Mieten bereits mittlere Einkommen überfordern. Wenn sich durch die typischen Ursachen von Überschuldung (wie z. B. Arbeitslosigkeit, Trennung, Krankheit) das Einkommen verringert und nicht mehr für die vereinbarten Zahlungen des Kreditnehmers ausreicht, tritt Überschuldung ein und viele Haushalte benötigen dann die Unterstützung durch eine Schuldnerberatungsstelle.

Vor dem Hintergrund einer rasant fortschreitenden Digitalisierung aller Finanzdienstleistungen ist für die Zukunft von einer digital beschleunigten Kreditaufnahme

*Die ökonomische
Ausgangslage für
Überschuldung*

*Notwendige Anschaffungen
führen oft zu Verschuldung*

⁸¹ Der Autor: Bernd Krüger (Jahrgang 1953), Stuttgart, Dipl.-Sozialpäd. (FH). Ausbildungen: Coach (neurosystemisch), NLP-Master-Practitioner, Qualitätsmanagement (TQM Auditor). Bis Juli 2019 Referent für Schuldnerberatung im Diakonischen Werk Württemberg und Vertreter für die Diakonie im Ständigen Ausschuss der AG SBV, moderierte die AG Konzept Soziale Schuldnerberatung.

⁸² Vgl. auch Ansen, Harald (2018): Soziale Schuldnerberatung - Prävention und Intervention. Stuttgart: Verlag Kohlhammer.

**Weitere Entwicklung:
Digitalisierung führt zu
einer Beschleunigung
von Kreditaufnahme**

Sicherung der digitalen Teilhabe

**Arbeitsgemeinschaft Schuldner-
beratung der Verbände (AG SBV)
entwickelt Konzept „Soziale
Schuldnerberatung“**

**Gründe für die
Erarbeitung des Konzepts
Soziale Schuldnerberatung**

auszugehen. Durch die Schließung wohnortnaher Bankfilialen – insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen – werden Menschen mit Einschränkungen besonders betroffen sein. Ohne Aufklärung und ohne Vermittlung von Wissen und Kompetenzen des alltäglichen Umgangs und zu den Chancen und Gefahren des „digitalen Bankings“ entstehen neue Risiken einer Ver- und Überschuldung. Damit stellt sich für die zukünftige Soziale Schuldnerberatung auch die Aufgabe, Ratsuchende bei der Erschließung und Sicherung ihrer digitalen Teilhabe zu unterstützen sowie die notwendige Transparenz der Abläufe und Kosten, die mit Angeboten und Leistungen des digitalen Bankings und digitalen Shoppings verbunden sind, herzustellen.⁸³

Für Menschen in den oben beschriebenen Notlagen bieten Schuldnerberatungsstellen der Wohlfahrtsverbände, Verbraucherzentralen (NRW) und Kommunen Unterstützung an. Die wohlfahrtsverbandlichen Anbieter von Schuldnerberatung (Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Rotes Kreuz, Diakonie, Der Paritätische), der Bundesverband der Verbraucherzentralen und die Bundesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung, die sich in der AG SBV zusammengeschlossen haben, beschreiben in ihrem Konzept „Soziale Schuldnerberatung“ gemeinsam, was darunter zu verstehen ist und wie sie erbracht werden soll.

Das Konzept klärt das Verhältnis von Sozialarbeit und Insolvenzberatung, Verbraucherarbeit, Bildung und Prävention sowie Rechtsberatung und Rechtsdienstleistung in der Schuldnerberatung. Das Konzept ist die Beschreibung eines erwünschten Zustandes, der in den verschiedenen Beratungsstellen der Verbände bereits in unterschiedlichem Umfang verwirklicht ist und dient als Handlungsanleitung für die Entwicklung der Hilfen für Überschuldete. Diese Beschreibung freigeinnütziger Sozialer Schuldnerberatung zeigt auf, welche Leistungen in welchen Zusammenhang notwendig sind und bietet damit die Grundlage für eine einheitliche Finanzierung einer wirksamen sozialen Schuldnerberatung. Die Soziale Schuldnerberatung hebt sich damit von Dienstleistungen anderer Art ab, die sich ebenfalls

⁸³ Vgl. AG SBV Konzept Soziale Schuldnerberatung S. 17.

„Schuldnerberatung“ nennen, aber nur Teilaspekte einer notwendigen Hilfe für Überschuldete bieten. Hierbei wird beispielsweise Schuldnerberatung als Rechts- oder Finanzdienstleistung angeboten oder auf die „reine“ Insolvenzberatung reduziert oder als Integrationshilfe in den Arbeitsmarkt verstanden. Ähnliches gilt für die gewerbliche Schulden- oder Schuldnerberatung.

3.2 Aufgaben, Leistungen und Funktionen

Die vorliegende Beschreibung stellt zusammenfassend dar, welche Aufgaben, Leistungen und Funktionen die Soziale Schuldnerberatung erfüllt. Sie beschreibt, wie die Leistungen einer Sozialen Schuldnerberatung erbracht werden, welche Voraussetzungen für eine qualitativ wirksame Beratung gegeben sein müssen und unter welchen rechtlichen, institutionellen und organisatorischen Rahmenbedingungen Schuldnerberatung geleistet wird.⁸⁴

Private Überschuldung ist ein soziales Problem, dessen Ursachen und Auslöser vielfältig sind. Neben Arbeitslosigkeit, Krankheit einschließlich Sucht, Trennung und Scheidung sowie gescheiterte Selbstständigkeit sind Niedrigeinkommen und Armut zentrale Faktoren, die eine private Überschuldung verursachen, auslösen oder begünstigen können. Ebenso spielen als sozioökonomische Faktoren das Kreditmarketing und die Praxis der Kreditvergabe eine Rolle. Auch die Ausgestaltung von sozialstaatlichen Leistungen und ihre in Teilen nicht bedarfsdeckenden Leistungsniveaus können eine Überschuldung begünstigen. Daneben sind das individuelle Kauf- und Konsumverhalten sowie individuelle Kompetenzen und das individuelle Wissen für das Entstehen und die Dauer von Überschuldungskarrieren und damit verbundenen multiplen Problemkonstellationen von Relevanz. Die Kreditaufnahme und das individuelle Kauf- und Konsumverhalten sind jedoch – gerade in einer zunehmend digitalisierten und vernetzten Gesellschaft – nicht isoliert zu sehen. Es wird bewusst auf den

Ziel: Abgrenzung zu Anbietern von „Teilleistungen“

Aufgaben, Leistungen und Funktionen der Sozialen Schuldnerberatung

Grundverständnis und begriffliche Eingrenzung von Überschuldung

Überschuldung als Ergebnis von multiplen Problemkonstellationen

⁸⁴ Im Folgenden werden wesentliche Kernaussagen des Konzeptes in einer verkürzten Form dargestellt. Auf den Originaltext wird ausdrücklich verwiesen und deshalb wird im Folgenden auf die Kennzeichnung von Zitaten verzichtet. Vgl. hierzu das „Konzept Soziale Schuldnerberatung“ der AG SBV <https://www.agsbv.de/2018/04/konzept-soziale-schuldnerberatung>.

Soziale Schuldnerberatung verzichtet auf den Begriff „unwirtschaftliche Haushaltsführung“

Beratungspraxis muss der Komplexität der Entstehungszusammenhänge entsprechen ...

... und die Dynamik von Lebensverläufen, Lebenslagen und die gegebenen Ressourcen zur Lebensbewältigung berücksichtigen

Soziale Schuldnerberatung ist direkt den allgemeinen Menschenrechten verpflichtet

Hilfestellung, um die wirtschaftliche Sanierung und zugleich psychosoziale Stabilität bei Hilfesuchenden zu erreichen

in der Bundesstatistik verwendeten Begriff der „unwirtschaftlichen Haushaltsführung“ verzichtet, da mit diesem wissenschaftlich ungeklärten Begriff das Risiko einer Individualisierung eines sozialen Problems und ein Risiko der vorschnellen Zuschreibung von „Verhaltensdefiziten“ verbunden ist.

Diese komplexen Entstehungszusammenhänge und Motive sowie die Übergangsmuster von einer Ver- zur Überschuldung erfordern mit Blick auf die Beratungspraxis eine besondere Aufmerksamkeit. Zwar lässt sich das Bedingungsgefüge privater Überschuldung statistisch auf einzelne wenige „Hauptursachen“ reduzieren (siehe oben). Für die unterstützenden Hilfen zur Bewältigung der damit verbundenen Problemlagen im Einzelfall und zur Erschließung der jeweils vorhandenen Ressourcen sind die Motive, Ursachen, Auslöser und Folgen privater Überschuldung in der Beratungspraxis aber stets in ihrer Gesamtheit zu sehen. Nur wenn diese ganzheitlich verstanden und bearbeitet werden, können die Hilfen nachhaltig wirksam sein. Weiterhin ist ihr dynamischer Kontext von Lebensverläufen, Lebenslagen und den gegebenen Ressourcen zur Lebensbewältigung zu berücksichtigen. Das Aufgabenfeld der Sozialen Schuldnerberatung leitet sich aus dem Verständnis einer Sozialen Arbeit und Verbraucherberatung ab, wonach diese direkt den allgemeinen Menschenrechten verpflichtet sind. Das sozialberufliche Handeln richtet sich dabei an der international anerkannten Definition von „Sozialer Arbeit“ aus.⁸⁵

Soziale Schuldnerberatung versteht sich als Beratungsangebot der Sozialen Arbeit und der Verbraucherberatung, das Hilfestellung gibt, um eine wirtschaftliche Sanierung und psychosoziale Stabilität bei den Hilfesuchenden zu erreichen.⁸⁶ Zunächst dient die Beratung dazu, die wirtschaftliche Existenz der Schuldner*innen sowie ihrer Angehörigen zu sichern. Durch Beratung und Kompetenzvermittlung werden die Ratsuchenden darin unterstützt und in die Lage versetzt, ihre Lebenssituationen perspektivisch selbstständig zu bewältigen.

⁸⁵ Vgl. DBSH Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (2014): Neufassung der Definition Soziale Arbeit vom 25.08.2014. Download: <https://www.dbsh.de/beruf/professions-news/professions-news-2014/detailansicht/neufassung-der-definition-soziale-arbeit.html>.

⁸⁶ Vgl. Korczak/Pfefferkorn (1992).

Ziel ist es, dass sie die Handlungsautonomie über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse (wieder) erlangen. Gleichzeitig wird im Rahmen präventiver Maßnahmen einer erneuten Überschuldung vorgebeugt. Die Soziale Schuldnerberatung wirkt in vielen Fällen direkt armutsvermeidend.

Im Zentrum steht die Beratung von Ver- bzw. Überschuldeten. Beratung in der Sozialen Arbeit ist eine bestimmte Form der Kommunikation. Zur Aktivierung der Eigenkräfte (Erkenntnis- und Handlungspotenziale) der Ratsuchenden werden Informationen vermittelt sowie verschiedene professionelle Methoden genutzt. Ausgangspunkt der Beratung in der Sozialen Schuldnerberatung ist die Lebenssituation der Ratsuchenden. Es wird geklärt, welche anderen Begebenheiten im Leben der Ratsuchenden Probleme bereiten, die abgeklärt und bearbeitet werden sollen, ggf. in einem anderen Hilfeangebot. Die Beratung thematisiert auch die Auswirkungen der Schulden auf die Ratsuchenden. Die Berater*innen berücksichtigen, dass Ratsuchende in soziale Systeme eingebunden sind, insbesondere deren familiäre Situation.

Soziale Schuldnerberatung ist einem mehrdimensionalen Beratungsansatz verpflichtet und richtet sich als persönliche Hilfe nach folgenden Prinzipien:

- **Freiwilligkeit und Autonomie:** Die Ratsuchenden entscheiden freiwillig, ob sie die Angebote der Schuldnerberatung nutzen. Die Berater*innen achten die Autonomie der Ratsuchenden und gestalten den Beratungsprozess ergebnisoffen.
- **Partizipation und Hilfe zur Selbsthilfe:** Die Ratsuchenden werden im Beratungsprozess bei allen Schritten beteiligt und unterstützt, die vorhandenen Ressourcen und ihre Fähigkeiten zu erkennen und zu nutzen.
- **Verschwiegenheit und Nachvollziehbarkeit:** Die Hilfeleistung erfolgt vertraulich, um die zu einem erfolgreichen Beratungsprozess erforderlichen Bedingungen von Offenheit und Vertrauen zu schaffen. Das Vorgehen der Berater*innen ist für die Ratsuchenden jederzeit transparent und nachvollziehbar.

Ziele: Handlungsautonomie über wirtschaftliche Verhältnisse (wieder) erlangen – erneuter Überschuldung vorbeugen – Armut verhindern

Ansatz: Beratung als Aktivierung von Eigenkräften

Prinzipien der Sozialen Schuldnerberatung

Der Beratungsprozess und die Methoden der Sozialen Schuldnerberatung sind hochgradig differenziert

- **Fachlichkeit und Ganzheitlichkeit:** Die Beratung erfolgt auf dem Stand der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Ver- und Überschuldung und zu Beratungsmethoden. Die Berater*innen berücksichtigen bei der Deutung und Bearbeitung der Überschuldungssituation alle problemrelevanten Ebenen. Insbesondere sind das pädagogische, sozialräumliche, psychosoziale, ökonomische und juristische Aspekte.
- **Orientierung an den Nutzer*innen:** Ratsuchende erhalten niederschwellig und nicht-diskriminierend Zugang zum Beratungsangebot.

Der Beratungsprozess und die Methoden der Sozialen Schuldnerberatung sind angesichts der breiten Aufgabenstellung, in der die Unterstützung bei der Bewältigung und Überwindung der finanziellen, sozialen und persönlichen Implikationen der Ver- und Überschuldung im Mittelpunkt stehen, hochgradig differenziert. Der Beratungsprozess ist dynamisch und zirkulär; er beginnt mit dem Erstkontakt und erstreckt sich

- über das Erstgespräch, in dem über eine mögliche Zusammenarbeit entschieden wird,
- über die Erfassung und Analyse der Ausgangssituation unter besonderer Würdigung von Problemen und Ressourcen,
- über die Entwicklung von Arbeitshypothesen und der Vereinbarung von Zielen und
- über die darauf bezogenen Interventionen, für die geeignete Methoden ausgewählt und implementiert werden,
- bis zum Abschluss der Kooperation einschließlich der begleitenden und abschließenden Evaluation des Unterstützungsverlaufs.

Beratung als zirkulärer Prozess

Dem Beratungsprozess liegt eine Beratungsbeziehung zugrunde, die das Fundament der gemeinsamen Arbeit darstellt.⁸⁷ Die Phasen des Beratungsprozesses folgen der Chronologie methodischen Handelns. Nur selten werden diese allerdings in der angegebenen Reihenfolge im Alltag der Sozialen Schuldnerberatung durchschritten. Je nach Beratungsverlauf, in dem neue Sach-

⁸⁷ Zu den Methoden vgl. auch Ansen (2015) sowie Stimmer/Ansen (2016, S. 114 f.).

verhalte auftreten, eingeleitete Maßnahmen nicht tragen, übersehene Inhalte und Zusammenhänge erkannt werden und Ratsuchende sowie ihr Umfeld sich verändern, erfolgt im Beratungsprozess eine Rückkehr in frühere Phasen. Es handelt sich also um einen zirkulären Prozess.

3.3 Instrumente der Sozialen Schuldnerberatung

Bei einer Überschuldung handelt es sich üblicherweise um ein sozioökonomisches und psychosoziales Problem. Psychosozial meint in diesem Zusammenhang die Wechselwirkungen zwischen den mit einer Überschuldung verbundenen sozialen und finanziellen Belastungen und den psychischen Reaktionen der Betroffenen, die insbesondere in Form von Resignation und Rückzug zum Ausdruck kommen. Durch die sich überlagernden Konsequenzen einer Überschuldung kommt es nicht selten zu einer weiteren Eskalation der Problematik, die in besonderer Weise eine mehrdimensional ausgerichtete Soziale Schuldnerberatung erfordert.

Psychosoziale Beratung

Die psychosoziale Beratung ist die Grundlage des Hilfeprozesses, und in sie eingebettet erfolgen je nach individueller Situation und Wichtigkeit für Ratsuchende, zeitlich und im Umfang abgestimmt, die nachfolgend beschriebenen personenbezogenen Leistungen. Im Zentrum der psychosozialen Beratung steht die persönliche Situation der Ratsuchenden. Manchmal kann erst nach einer Krisenintervention und persönlichen Stabilisierung die Schuldenproblematik aufgegriffen werden. Die Beratung thematisiert mögliche Ursachen der individuellen Ver- und Überschuldung, sowie der Konsumwünsche und des Konsumverhaltens. Die Ratsuchenden erhalten Unterstützung bei der Entwicklung einer ihre individuellen Möglichkeiten berücksichtigenden finanziellen Lebensplanung sowie beim Erarbeiten von Handlungsalternativen zur Vermeidung erneuter Schuldenprobleme. Teil der Beratung ist auch die Motivierung der Ratsuchenden, die dazu notwendigen Schritte anzugehen und eventuell weitergehende Beratung in Anspruch zu nehmen. Fachexpertise, beispielsweise

Ansatz: Überschuldung als ein sozioökonomisches und psychosoziales Problem

Grundlage des Hilfeprozesses

Die persönliche Situation der Ratsuchenden steht im Mittelpunkt

Thematisierung – Motivierung – Unterstützung

aus dem juristischen Bereich, wird von den Berater*innen anlassbezogen nach Bedarf hinzugezogen. Weitergehende psychosoziale Hilfebedarfe der Ratsuchenden werden vorrangig über die Vermittlung in externe Hilfeangebote realisiert, z. B. Suchtberatung, Ehe- oder Erziehungsberatung, Hilfe für psychisch Kranke.

Informationen bereitstellen – Ziele definieren

Information und Analyse

Die Ratsuchenden werden über die Arbeitsweise der Sozialen Schuldnerberatung und über nutzbare Regulierungsverfahren informiert. Verbindlichkeiten und die zu ihrer Bewältigung vorhandenen bzw. zu erschließenden materiellen, personalen, strukturellen und sozialen Ressourcen werden erfasst. Gemeinsam mit den Ratsuchenden werden Ziele für eine weitere Zusammenarbeit formuliert und die weiteren Schritte vereinbart (Beratungskontrakt).

Hilfen zur Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhalts

Sicherung der Existenzgrundlagen

Die Sicherung der Existenzgrundlagen ist vorrangig und umfasst Hilfen zur Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhalts, des Wohnens und der Energieversorgung. Dazu gehören Hilfen zur Inanspruchnahme von Sozialleistungen, die Abwehr von SGB II-Sanktionen und Zwangsvollstreckungen sowie die Vermeidung von Haft bei Geldstrafen. Die Schuldnerberatung informiert über die Möglichkeiten und Bedingungen, um ein Girokonto in ein Pfändungsschutzkonto umwandeln zu können und erstellt ggf. eine P-Konto-Bescheinigung. Sie überprüft die korrekte Höhe von Pfändungsfreibeträgen und leistet bei Bedarf Unterstützung bei der Erhöhung des Pfändungsfreibetrages. Die Schuldnerberatung informiert über die Möglichkeiten, ein Basiskonto zu erhalten und unterstützt Ratsuchende soweit nötig, ein solches zu eröffnen.

Beispiel: Umwandlung eines Girokontos in ein Pfändungsschutzkonto

Kontrolle über die eigenen Finanzen wiedererlangen

Budgetberatung

Die Budgetberatung hilft, einer (weiteren) Überschuldung entgegenzusteuern. Die monatlichen Einnahmen und Ausgaben der Ratsuchenden werden erhoben und einander gegenübergestellt. Auf dieser Grundlage werden von Ratsuchenden und Berater*innen gemeinsam Maßnahmen zur Einkommenserhöhung und zur Verminderung der Ausgaben geplant. Ziel ist, dass die Ratsuchenden die Kontrolle über die eigenen Finanzen

bzw. die finanzielle Situation der Familie (wieder) erlangen.

Forderungsüberprüfung und Regulierung

Im Rahmen einer Regulierung werden gegen die Ratsuchenden gerichtete Forderungen auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft und falls nötig anwaltliche Vertretung vermittelt. Die Schuldnerberatung führt Verhandlungen mit Gläubigern und hilft Ratsuchenden bei der Erstellung und Umsetzung von Schuldenregulierungsplänen. Soweit nötig und möglich werden Stiftungs-/Fondsmittel einbezogen. Die Schuldnerberatung berät über das Verbraucherinsolvenzverfahren (InsO), dessen Ablauf, Voraussetzungen, Kosten sowie über die rechtlichen und tatsächlichen Folgen bei einem Scheitern und begleitet Ratsuchende, die ein Verbraucherinsolvenzverfahren durchführen (möchten). Sie hilft bei der Antragstellung, bei der Aufstellung der Gläubiger- und Forderungsliste und der Formulierung eines außergerichtlichen Regulierungsvorschlages; bei dessen Scheitern bescheinigt sie dies gemäß § 305 Abs. 1 Nr. 1 InsO. Im laufenden Verfahren und während der sogenannten Wohlverhaltensperiode unterstützt sie die Ratsuchenden bei Versagungsanträgen, ausgenommenen Forderungen, der Rücknahme von Pfändungen, der Kontofreigabe und der Restschuldbefreiung und/oder vermittelt an dafür geeignete Rechtsanwält*innen.

Interessenvertretung und Öffentlichkeitsarbeit

Überschuldung als gesellschaftliches Problem kann durch individuelle Hilfe und Beratung nicht verhindert oder behoben werden, sondern bedarf einer Weiterentwicklung der rechtlichen Vorschriften und ihrer Anwendung sowie einer Information der Öffentlichkeit und der gesellschaftlich entscheidenden Gruppen über geeignete strukturelle, z. B. armutsbeseitigende Maßnahmen. Eine über Ursachen, Ausmaß und Konsequenzen von Ver- und Überschuldung informierte Öffentlichkeit ist eine notwendige Rahmenbedingung, damit das Problem Überschuldung effektiv bearbeitet werden kann. Indem sozialpolitische und juristische Reformbedarfe aufgezeigt werden, können Ratsuchenden perspektivisch bessere Entschuldungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Rechtliche Unterstützung bei Forderungen und Verfahren

Weiterentwicklung der rechtlichen Vorschriften und Information der Öffentlichkeit

Reformbedarf aufzeigen

**„Empowerment“ als zentrale
konzeptionelle Grundlage und
Haltung der Sozialen Schuldner-
beratung**

**Basis: Fachkompetenz in
Sozialarbeit und
Beratungsmethodik**

**Interdisziplinäre und
multiprofessionelle Teams**

Prävention und Empowerment

Zu Präventionsmaßnahmen als aufklärende Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit gehören zielgruppenorientierte Informationsveranstaltungen. Personenbezogen fließen präventive Anteile in den Beratungsbereich ein, zum Beispiel bei der Haushaltsplanung oder Thematisierung des Ausgabeverhaltens. „Empowerment“ ist eine zentrale konzeptionelle Grundlage und Haltung der Sozialen Schuldnerberatung. Die Zielsetzung der Beratung und der Beratungsprozess selbst beinhalten die Initiierung möglichst vielfältiger Ressourcen und eigener Kräfte der Ratsuchenden, um im Alltag das Leben in einer Schuldsituation und die Wege aus der Überschuldung so weit wie möglich selbstbestimmt und selbstbefähigt zu gestalten.

Die Berater*innen in der Sozialen Schuldnerberatung

Die Berater*innen benötigen sozialarbeiterische und beratungsmethodische Fachkompetenz, Wissen und Kenntnisse über die gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge. Ferner erfordert die Beratung Fachwissen und Kenntnisse in den im Zusammenhang mit Überschuldung relevanten Rechtsgrundlagen (Sozialrecht, Verwaltungsrecht, grundlegende zivilrechtliche und spezifische Kenntnisse des Vollstreckungs- und Insolvenzrechts). Sie sollten über interkulturelle Kompetenzen verfügen. Aktuelle Forschungsergebnisse sollten sie mit in ihr berufliches Handeln einbeziehen können. Im Idealfall ist das Team einer Beratungsstelle interdisziplinär besetzt.

Sozialarbeiter*innen / Sozialpädagog*innen, Jurist*innen und vergleichbare Professionen ergänzen sich in einem multiprofessionellen Team mit ihren jeweiligen Kompetenzen. Multiprofessionelle Teams erhöhen die Qualität der Beratung. Die Interaktion mit überschuldeten Ratsuchenden erfordert jedoch eine beraterische Weiterbildung. Für die Klärung und Bearbeitung der rechtlichen Sachverhalte der Überschuldung ist rechtliche Fortbildung notwendig. Wegen der sich häufig ändernden rechtlichen Bestimmungen sowie zur Anpassung der Fachlichkeit an neue Entwicklungen und zur

Erhöhung der beraterischen Kompetenz ist es erforderlich, dass die Mitarbeiter*innen berufsbegleitend interne und externe Fortbildungen nutzen.

3.4 Nutzen für Betroffene und Gesellschaft

Auf der Ebene des individuellen Nutzens ermöglicht Soziale Schuldnerberatung vielfach die Überwindung von Überschuldungssituationen. Das Ziel der Sozialen Schuldnerberatung ist es, ver- und überschuldeten Menschen bei der Bewältigung ihrer sozialen und finanziellen Probleme zu helfen und ihnen (wieder) neue Lebensperspektiven zu vermitteln. Die Soziale Schuldnerberatung hat aber auch einen beträchtlichen gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Nutzen. Sie vermeidet Folgekosten, die mit privater Überschuldung verbunden sind, etwa Obdachlosigkeit, Krankheit, Straffälligkeit, Haft usw. Sie trägt dazu bei, Sozialausgaben präventiv zu begrenzen und entlastet Kommunen, Justiz und Sozialversicherungen. Außerdem wirkt sie stabilisierend auf die Gesundheit überschuldeter Menschen und auf familiäre und soziale Beziehungen. Auch Arbeitgebern, Gläubigern und Finanzwirtschaft nutzt die Soziale Schuldnerberatung. Verwaltungskosten und Rechtsverfolgungskosten können reduziert werden. Die Forderungsabwicklung wird beschleunigt und Verbindlichkeiten können langfristig wieder erfüllt werden.

Die Soziale Schuldnerberatung trägt mit dazu bei, private Haushalte, Familien und Einzelpersonen an der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung und am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben zu lassen. Nicht zuletzt trägt sie zur Sicherung und Entfaltung der Kaufkraft bei und ermöglicht das Bilden von Rücklagen für die Altersvorsorge und/oder für eine Absicherung gegen Krankheit. Vor dem Hintergrund des sozialen und technischen Wandels wächst die Bedeutung der Sozialen Schuldnerberatung, um neue Formen digitaler und sozialer Ungleichheit präventiv zu vermeiden.

Soziale Schuldnerberatung ermöglicht die Überwindung von individueller Überschuldung ...

... und vermeidet gesellschaftliche Folgekosten

Die Forderungsabwicklung wird beschleunigt

Soziale Schuldnerberatung fördert Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ...

... und verhindert auf vielfältige Weise (Alters-)Armut

■ 4 Blick in die Zukunft: Die Überschuldungsampel bleibt trotz leichter Entspannung weiterhin auf „rot“

*Private Überschuldung
in Deutschland zeigt 2019
„Seitwärtsbewegung“*

*Wie im Vorjahr:
Harte Überschuldung nimmt ab,
weiche Überschuldung nimmt zu*

*„Irrationales Konsumverhalten“
nimmt merklich zu*

2019: „Licht und Schatten“

*Fast alle neuen Überschuldungs-
fälle stammen von Frauen*

Die Überschuldungslage der Verbraucher in Deutschland hat sich zum ersten Mal seit 2013 wieder verbessert – allerdings nur geringfügig. Die Überschuldungsquote geht nur leicht zurück, da die Bevölkerung in Deutschland weiter zugenommen hat. Der vordergründig positive Trend des Vorjahres wiederholt sich: Die „harte“ Überschuldung nimmt ab, die „weiche“ Überschuldung nimmt zu. Dabei sind Fälle mit geringer Überschuldungsintensität mit eher geringeren Schuldensummen verbunden und bilden oft eine Vorstufe im „Überschuldungskarussell“. Offensichtlich haben Kaufzurückhaltung und Ausgabenvorsicht vieler Verbraucher angesichts weiter steigender Löhne und hoher Arbeitsplatzsicherheit gelitten und den Anstieg der „weichen“ Überschuldungsfälle gefördert, obwohl sich die Konjunktur bereits seit Ende letzten Jahres im Sinkflug befindet. Entsprechend hat „irrationales Konsumverhalten“ weiter an Bedeutung gewonnen. Der Rückgang der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität korreliert zudem mit dem seit Jahren andauernden Rückgang der Zahl der Verbraucherinsolvenzen und mit der deutlichen Abnahme von Langzeitarbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung.

Die Auswertung der aktuellen Überschuldungslage der deutschen Verbraucher zeigt auch in diesem Jahr „Licht und Schatten“, die sich im Vergleich zu anderen Ländern weiterhin vergleichsweise positiv darstellt: So gewinnt das Phänomen „Altersüberschuldung“ weiter und stärker als in den Vorjahren an Bedeutung. Die Zahl älterer überschuldeter Verbraucher (über 50 Jahre) hat wiederum deutlich zugenommen, während die Zahl jüngerer überschuldeter Verbraucher (unter 50 Jahre) ebenso deutlich abgenommen hat. Die besonders wirtschaftsaktiven 30- bis 39-jährigen Verbraucher zeigen trotz Rückgang weiterhin die höchsten Überschuldungsquoten. Auch wenn Männer weiterhin deutlich häufiger überschuldet sind als Frauen, sind auch in diesem Jahr fast alle neuen Überschuldungsfälle weiblichen Geschlechts.

Hierzu beigetragen haben neben dem Anstieg konsumbasierter Überschuldungsfälle, besonders auch Überschuldungsprobleme, die auf Erkrankung, Sucht, Unfall sowie auf „längerfristiges Niedrigeinkommen“ zurückzuführen sind. Außerdem hat in den östlichen Bundesländern der starke Bevölkerungsrückgang (Landflucht / Demographieproblem) zum immer noch vergleichsweise hohen Stand der Überschuldungsquoten beigetragen. Zudem hat sich Lage für viele Verbraucher am Wohnungsmarkt eher weiter angespannt: Wohnen bleibt in deutschen Großstädten weiterhin ein Überschuldungsrisiko. So ist (noch) völlig ungeklärt, welche Folgewirkungen die zunehmenden Kosten für Umwelt- und Klimaschutz auf das Überschuldungsrisiko der Verbraucher in Deutschland haben werden. Da sich derzeit die Konjunktur merklich eintrübt, wird die Zahl der Überschuldungsfälle in näherer Zukunft eher zu-, denn abnehmen. Für viele Verbraucher in Deutschland bleibt die Überschuldungsampel auf „rot“.

Überschuldung sollte generell am besten von vorneher ein vermieden werden (Prävention) und Beratungssuchenden möglichst frühzeitig adäquate Hilfsangebote (Beratung) an die Hand gegeben werden. Folgende Querschnittsaufgaben sollten im Vordergrund stehen:

- ein weiterer Aufbau der Vollzeitbeschäftigung,
- der Ausbau eines bedarfsgerechten Wohnungsangebotes mit entsprechender Mietpreisgestaltung,
- höhere und gezielte Bildungsinvestitionen zur Förderung von Finanzkompetenz der gesamten Bevölkerung,
- Stärkung und Ausbau der Insolvenz- und Schuldnerberatung (einschließlich sozialmedizinischer Beratungs- und Informationsangebote zur Gesundheitskompetenz), gegebenenfalls auch durch „Familienpaten“ bei besonders stark und dauerhaft überschuldeten Familien,
- stärkere politische Sensibilisierung für die Belange überschuldeter Personen,
- die Förderung einer verantwortungsbewussten Kreditvergabe und eine qualifizierte Informationsoffensive zur Überschuldungsproblematik sowie
- eine stärkere Einbindung der Überschuldungsforschung in die Armut- und Bildungsdebatte.

Erkrankung, Sucht, Unfall und längerfristiges Niedrigeinkommen nehmen ebenfalls zu

Kosten für Wohnen sowie Umwelt- und Klimaschutz engen finanzielle Spielräume ein

Ein dauerhafter und nachhaltiger Rückgang der Überschuldungsquoten bleibt weiterhin unwahrscheinlich

Maßnahmen / Handlungsanregungen

■ 5 Ergebnisse kompakt

Die Zahl überschuldeter Privatpersonen in Deutschland ist erstmals seit 2013 wieder zurückgegangen – allerdings nur leicht. Die Überschuldungsquote sinkt 2019 geringfügig, auch da die Bevölkerung durch Zuwanderung und Migration nochmals, wenn auch weniger stark als in den Vorjahren, zugenommen hat. Für die gesamte Bundesrepublik wurde zum Stichtag 1. Oktober 2019 eine Überschuldungsquote von 10,00 Prozent gemessen. Damit sind weiterhin über 6,9 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Dies sind rund 10.000 Personen weniger als noch im letzten Jahr (- 0,1 Prozent).

Die Daten zur Überschuldungsintensität bestätigen den Grundtrend des Vorjahres: Die Zahl der Überschuldungsfälle mit juristischen Sachverhalten nahm in den letzten zwölf Monaten deutlich um rund 125.000 Fälle ab (- 3,0 Prozent), die Zahl der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität um rund 115.000 Fälle zu (+ 4,1 Prozent). Der Grundtrend spiegelt sich wie im letzten Jahr sowohl in West- wie auch in Ostdeutschland. Weiterhin verbleiben rund 4,01 Millionen Menschen in Deutschland in einer dauerhaften Überschuldungsspirale (2006 / 2019: + 611.000 Fälle; + 18 Prozent).

Die Überschuldungsquote liegt aktuell in den neuen Bundesländern (10,33 Prozent, - 0,07 Punkte, ohne Berlin) zum achten Mal in Folge (wie auch bis 2008) über dem Vergleichswert im Westen (9,94 Prozent; - 0,04 Punkte). Insgesamt sind im Westen weiterhin rund 5,82 Millionen Personen als überschuldet zu betrachten, im Osten Deutschlands sind dies rund 1,10 Millionen. In der Langzeitperspektive hat sich die Lage in den neuen Bundesländern merklich verbessert, demographische Entwicklungen verhindern ein deutliches Absinken der Überschuldungsquoten.

In den letzten beiden Jahren hat sich der Grundtrend in Ost- und Westdeutschland umgekehrt: Die Zahl der Überschuldungsfälle ging im Osten zum zweiten Mal in Folge zurück (- 11.000 Fälle), im Westen stieg sie weiter,

wenn auch nur leicht, an (+ 1.000 Fälle). Die entsprechenden Vergleichswerte zeigen, dass sich die Überschuldungsspirale im Westen weiterhin schneller dreht als im Osten. Sowohl in Ost wie in West ist die Zahl der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität zurückgegangen, die mit geringer Überschuldungsintensität ist angestiegen. Dabei ist der Rückgang der harten Überschuldung im Westen (- 2,9 Prozent; 2018: - 1,9 Prozent) wiederum schwächer ausgeprägt als im Osten (- 3,3 Prozent; 2018: - 2,9 Prozent). Und der Anstieg der weichen Überschuldung liegt im Westen (+ 4,4 Prozent; 2018: + 4,1 Prozent) höher als im Osten (+ 2,7 Prozent; 2018: + 2,9 Prozent). Eine Langzeitanalyse zeigt, dass der starke Bevölkerungsrückgang im Osten (Landflucht / Demographieproblem) maßgeblich zum immer noch vergleichsweise hohen Stand der Überschuldungsquoten beigetragen hat und nicht ein faktischer Anstieg der tatsächlichen Überschuldungszahlen.

Die leicht positive, aber auch uneinheitliche Entwicklung spiegelt sich auch im Vergleich der Überschuldungszahlen nach Bundesländern. So weisen zwar zehn Bundesländer einen Rückgang der Überschuldungsquote auf, aber nur sechs eine Abnahme von Überschuldungsfällen. Wie im Vorjahr weisen drei Bundesländer keine Veränderung der Überschuldungsfälle auf. Bayern (7,31 Prozent; - 0,12 Punkte) und Baden-Württemberg (8,23 Prozent; - 0,08 Punkte) führen weiterhin das Ranking der Bundesländer an. Thüringen (9,21 Prozent; - 0,09 Punkte) verbleibt seit 2013 auf Rang drei, gefolgt von Sachsen (9,81 Prozent; - 0,11 Punkte) mit dem zweiten Rückgang von Überschuldungsfällen in Folge. Die Schlusslichter bilden wie in den Vorjahren Bremen (14,02 Prozent; + 0,08 Punkte), vor Sachsen-Anhalt (12,71 Prozent; - 0,02 Punkte) und Berlin (12,31 Prozent; - 0,12 Punkte).

Wie im Vorjahr müssen in Deutschland rund 7,65 Prozent der Frauen über 18 Jahre als überschuldet und zumindest nachhaltig zahlungsgestört gelten. Bei Männern sind dies aktuell 12,46 Prozent (2018: 12,55 Prozent). Die Zahl der Überschuldungsfälle nahm bei den Frauen weiter zu (2,70 Millionen; + 6.000 Fälle), bei den

Männern nahm sie weiter ab (4,22 Millionen; - 16.000 Fälle).

Das Thema „Altersüberschuldung“ hat nochmals deutlich an Bedeutung gewonnen. 2019 müssen rund 381.000 Menschen in Deutschland ab 70 Jahren als überschuldet eingestuft werden (+ 118.000 Fälle; + 45 Prozent). Die entsprechende Überschuldungsquote (2,95 Prozent; + 0,90 Punkte) bleibt allerdings weiterhin deutlich unter den Vergleichswerten der anderen Altersgruppen. Im Vergleich 2013 / 2019 ist der Anstieg mit 243 Prozent deutlich überdurchschnittlich, allerdings von vergleichsweise niedrigem Niveau aus. Im Gegensatz dazu ist die Überschuldungszahl und -quote in der jüngsten Altersgruppe in diesem Jahr weiter deutlich zurückgegangen. Die Überschuldungsquote beträgt hier 12,13 Prozent (- 1,34 Punkte). Weiterhin müssen rund 1,42 Millionen junge Menschen in Deutschland (unter 30 Jahre) als überschuldet eingestuft werden (- 167.000 Fälle).

Vertiefende Sonderauswertungen zeigen, dass die Zunahme von Überschuldungszahlen und -quoten in den letzten 15 Jahren mit der Entwicklung der Armutsgefährdung, aber auch mit der Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland korrespondieren. Sie zeigen auch, dass Überschuldung ein Querschnittsphänomen ist, das alle sozialen Schichten der Gesellschaft betrifft. Armut und Überschuldung haben viele Facetten und sind in Deutschland stärker verbreitet, als dies vielen bekannt und auch genehm ist. Der langjährige Konjunkturboom in Deutschland hat offensichtlich nicht dazu beigetragen, dass die Armutsgefährdungs- und Überschuldungsquoten deutlich zurückgegangen sind.

Auch angesichts sich derzeit deutlich eintrübender konjunktureller Rahmenbedingungen ist für die nahe Zukunft nicht mit einer nachhaltigen Entspannung der privaten Überschuldungslage in Deutschland zu rechnen. Für die nächsten Monate kann daher von einer weiteren Zunahme der Überschuldungszahlen in Deutschland ausgegangen werden.

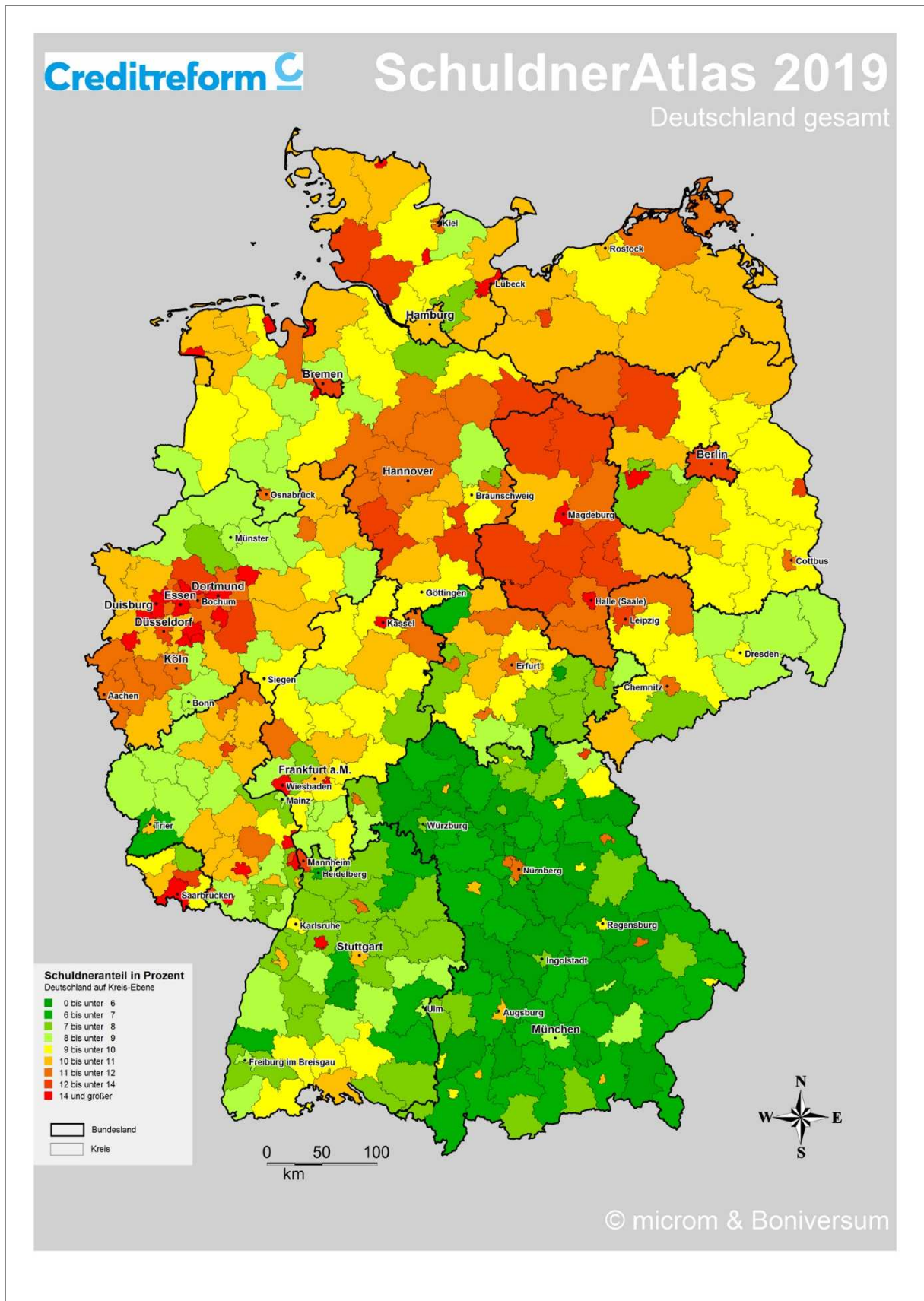
■ 6 Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder

6.1 Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

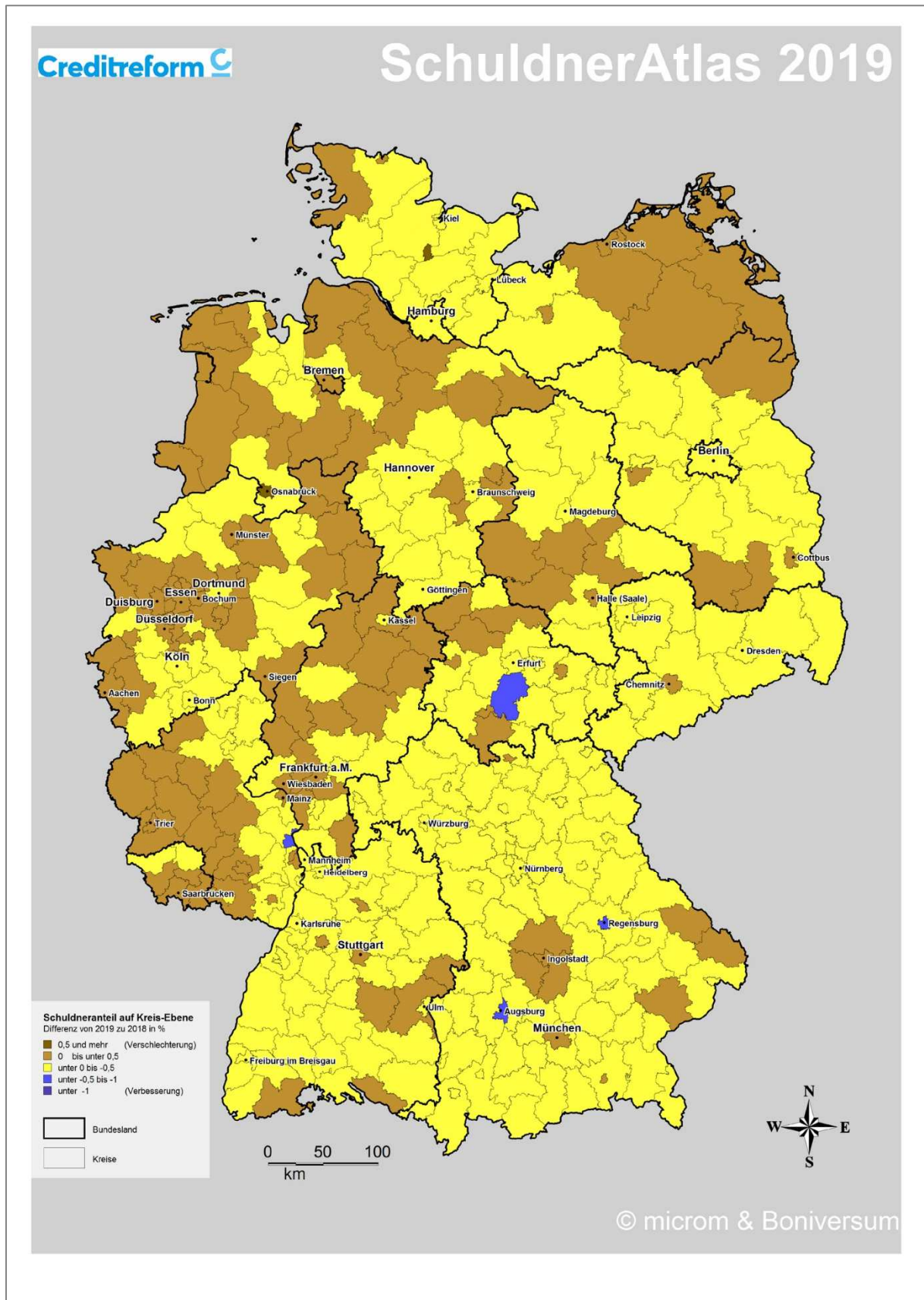
Tab. 1.:	Überschuldungsquoten in Deutschland 2016 bis 2019.....	5
Tab. 2.:	Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2016 bis 2019.....	9
Tab. 3.:	Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2016 bis 2019.....	11
Tab. 4.:	Das Schuldenvolumen in Deutschland 2016 bis 2019 nach Statistischem Bundesamt – Hochrechnung auf der Basis von Realwerten	15
Tab. 5.:	Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität 2016 bis 2019.....	22
Tab. 6.:	Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2016 bis 2019	28
Tab. 7.:	Ranking Überschuldungsquoten und Überschuldungsfälle in den Bundesländern 2017 / 2019	35
Dia. 8.:	<u>Bestandsvergleich</u> 2018: Überschuldung und Armutsgefährdung in den 16 Bundesländern (Index: 2018 = 100).....	47
Dia. 9.:	<u>Entwicklungsvergleich</u> 2005 / 2018: Überschuldung und Armutsgefährdung in den 16 Bundesländern (Index 2005 = 100).....	48
Dia. 10.:	Die Entwicklung von Überschuldungsquoten und drei Teil-Komponenten zur Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizient, Palma- und Theil-Index, Indexierte Werte)	51
Tab. 11.:	Überschuldungsquoten in Deutschland 2004 bis 2019.....	72
Tab. 12.:	Hauptüberschuldungsgründe 2012 bis 2019: The „big six“ nach Statistischem Bundesamt	73
Tab. 13.:	Bevölkerung über 18 Jahre, überschuldete Personen (in Mio.) und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2004 bis 2019	74
Tab. 14.:	Gesamtschuldenvolumen und Basiswerte nach Geschlecht 2006 bis 2019 – Eine Hochrechnung.....	74
Tab. 15.:	Überschuldungsquoten nach Geschlecht und Überschuldungsintensität 2013 bis 2019	75
Tab. 16.:	Überschuldete Personen nach Geschlecht und Überschuldungsintensität 2013 bis 2019	76
Tab. 17.:	Überschuldungsquoten nach Altersgruppen und Überschuldungsintensität 2013 bis 2019	77
Tab. 18.:	Überschuldete Personen nach Altersgruppen und Überschuldungsintensität 2013 bis 2019	78
Tab. 19.:	Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität in Ost- und Westdeutschland 2006 / 2019	79
Tab. 20.:	Veränderung der Überschuldung nach Überschuldungsintensität 2006 bis 2019.....	79
Tab. 21.:	Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2004 / 2019.....	80
Tab. 22.:	Überschuldungsquoten nach „geographischen Räumen“ 2004 bis 2019.....	80
Tab. 23.:	Die Entwicklung der von Bevölkerung, Überschuldungsfällen und Überschuldungsquoten 2004 bis 2019 nach Stadt-/Kreis-Typ für Deutschland, West- und Ostdeutschland	81
Tab. 24.:	Die Überschuldungsquote 2004 im Vergleich zur idealtypisch berechneten Überschuldungsquote für das Jahr 2019 <u>bei konstanter Bevölkerung</u> (2004) nach Stadt-/Kreis-Typ für Deutschland, West- und Ostdeutschland.....	82
Tab. 25.:	Die Überschuldungsquoten der 16 Landeshauptstädte im Ranking 2014 bis 2019	82
Tab. 26.:	Die zehn Kreise mit der niedrigsten Überschuldungsquote 2019: Rang 1 bis 10.....	83
Tab. 27.:	Die zehn Städte mit der höchsten Überschuldungsquote 2019: Rang 401 bis 392.....	83
Tab. 28.:	Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Rückgang der Überschuldungsquote 2004 / 2019.....	83
Tab. 29.:	Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote 2004 / 2019.....	84
Tab. 30.:	Die zehn Städte mit über 400.000 Einwohnern über 18 Jahre mit den höchsten Überschuldungsquoten 2018.....	84
Tab. 31.:	Langfristige Trends der Beschäftigungsentwicklung in Deutschland 1991 bis 2018.....	85
Dia. 32.:	Analyseportfolio: Die Entwicklung des Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen 2000 / 2016 und der Überschuldungsfälle 2004 / 2018 in den 401 Kreisen und kreisfreien Städten nach Typ	85

6.2 Karten

Karte 1: SchuldnerAtlas Deutschland 2019 nach Kreisen und kreisfreien Städten



Karte 2: SchuldnerAtlas Deutschland 2019: Differenzkarte nach Kreisen und kreisfreien Städten 2018 / 2019



Legende: blau = starke Verbesserungen / gelb = leichte Verbesserungen / hellbraun = leichte Verschlechterungen / dunkelbraun = starke Verschlechterungen

6.3 Tabellen und Schaubilder

Tab. 11.: Überschuldungsquoten in Deutschland 2004 bis 2019

■	Einwohner	> 18 Jahre	Überschuldete Personen	Überschuldungsquote	Überschuldete Haushalte
2004	82,50 Mio.	67,13 Mio.	6,54 Mio.	9,74%	3,10 Mio.
2005	82,44 Mio.	67,30 Mio.	7,02 Mio.	10,43%	3,33 Mio.
2006	82,31 Mio.	67,29 Mio.	7,19 Mio.	10,68%	3,47 Mio.
2007	82,22 Mio.	67,63 Mio.	7,34 Mio.	10,85%	3,54 Mio.
2008	82,00 Mio.	67,97 Mio.	6,87 Mio.	10,11%	3,36 Mio.
2009	81,80 Mio.	68,12 Mio.	6,19 Mio.	9,09%	3,04 Mio.
2010	81,68 Mio.	68,26 Mio.	6,49 Mio.	9,50%	3,19 Mio.
2011	80,33 Mio.	68,26 Mio.	6,41 Mio.	9,38%	3,21 Mio.
2012	80,52 Mio.	68,31 Mio.	6,59 Mio.	9,65%	3,31 Mio.
2013	80,77 Mio.	67,14 Mio.	6,58 Mio.	9,81%	3,30 Mio.
2014	81,20 Mio.	67,43 Mio.	6,67 Mio.	9,90%	3,34 Mio.
2015	82,18 Mio.	67,69 Mio.	6,72 Mio.	9,92%	3,33 Mio.
2016	82,52 Mio.	68,05 Mio.	6,85 Mio.	10,06%	3,40 Mio.
2017	82,79 Mio.	68,83 Mio.	6,91 Mio.	10,04%	3,45 Mio.
2018	83,02 Mio.	69,03 Mio.	6,93 Mio.	10,04%	3,46 Mio.
2019	83,18 Mio.	69,24 Mio.	6,92 Mio.	10,00%	3,46 Mio.

Quelle für Einwohner 2004 bis 2019: Statistisches Bundesamt, Datenbank GENESIS-ONLINE, Bevölkerung auf Grundlage der Zensusdaten 2011 (Ergebnisse der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes). Revidierte Werte für 2018; Wert für 2019: Eigene Hochrechnung). – Quelle für Haushalte 2004 bis 2019: Statistisches Bundesamt, Entwicklung der Privathaushalte bis 2035, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2017, 28.02.2017. Revidierte Werte für überschuldete Haushalte für 2018.

Allgemeine Anmerkungen zu den Tabellen

Überschuldungsintensität

Zwei Formen von Überschuldung werden in der Analyse unterschieden: Fälle mit „hoher“ Überschuldungsintensität basieren ausschließlich auf juristischen Sachverhalten (Daten aus den amtlichen Schuldnerverzeichnissen und Privatinsolvenzen). Fälle mit „geringer Überschuldungsintensität“ basieren auf einer eher niedrigen Anzahl von Negativmerkmalen, in der Regel so genannten nachhaltigen Zahlungsstörungen (Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger).

Zuordnung Kreise / kreisfreie Städte

Die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte hatte sich bereits 2017 von 402 auf 401 im Vergleich zu 2016 verringert. Der Landkreis Göttingen entstand am 1. November 2016 durch die Fusion des bisherigen Landkreises Göttingen mit dem Landkreis Osterode am Harz. Seit 2007 / 2008 hatte sich die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte durch Kreisgebietsreformen in Mecklenburg-Vorpommern (4. September 2011), in Sachsen-Anhalt (1. Juli 2007) und in Sachsen (1. August 2008) in mehreren Schritten von ehemals 439 Kreisen und kreisfreien Städte reduziert. Und auch die Gründung der Städteregion Aachen trug 2009 / 2010 zur Verringerung bei.

Auswertungssystematik nach Geschlecht und Alter

Die Auswertungssystematik zur Berechnung von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquoten nach Geschlecht und Altersgruppen wurde 2013 grundlegend überarbeitet. Wurden bis 2012 beide Bezugsdaten in Form einer Projektion der Überschuldungszahlen auf der Grundlage von „Jahrgangslinien“ (in Form einer Aggregation der monatspezifischen Anteile nach Art der Negativmerkmale in Bezug auf Altersgruppen und Geschlecht) hochgerechnet, basieren die entsprechenden Werte seit 2013 auf Auszählungen der Realwerte, wiederum getrennt nach Fällen mit geringer und mit hoher Überschuldungsintensität. Durch diese Vorgehensweise können Überschuldungsfälle und Überschuldungsquoten ab 2013 auch in geographischer Auflösung, d. h. beispielsweise nach Postleitzahlen oder Bundesländern, dargestellt werden.

Tab. 12.: Hauptüberschuldungsgründe 2012 bis 2019: The „big six“ nach Statistischem Bundesamt

■ Überschuldungsfälle	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Die sechs wichtigsten Hauptüberschuldungsgründe (in Prozent)								
Arbeitslosigkeit	25,6%	23,6%	19,1%	20,0%	21,1%	20,6%	20,0%	20,2%
Trennung, Scheidung, Tod	14,2%	13,6%	12,4%	12,5%	13,0%	13,3%	13,1%	13,3%
Erkrankung, Sucht, Unfall	12,7%	12,7%	12,1%	13,5%	14,7%	15,1%	15,9%	17,0%
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	11,6%	11,2%	11,2%	9,4%	10,9%	12,3%	12,9%	13,5%
Gescheiterte Selbstständigkeit	8,3%	8,3%	8,1%	8,1%	8,4%	8,3%	8,5%	8,6%
Längerfristiges Niedrigeinkommen	Nicht ausgewiesen.			3,4%	5,6%	7,2%	8,3%	8,9%
Anteile von „Big six“	72,4%	69,4%	62,9%	66,9%	73,7%	76,8%	78,7%	81,5%
Sonstige Auslöser	27,6%	30,6%	37,1%	33,1%	26,3%	23,2%	21,3%	18,5%
Gesamt	100%							

Projektion: Überschuldungsfälle nach den sechs wichtigsten Hauptüberschuldungsgründen in Millionen								
Arbeitslosigkeit	1,69	1,55	1,27	1,34	1,45	1,42	1,39	1,40
Trennung, Scheidung, Tod	0,94	0,90	0,83	0,84	0,89	0,92	0,91	0,92
Erkrankung, Sucht, Unfall	0,84	0,84	0,81	0,91	1,01	1,04	1,10	1,18
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	0,76	0,74	0,75	0,63	0,75	0,85	0,89	0,93
Gescheiterte Selbstständigkeit	0,55	0,55	0,54	0,54	0,58	0,57	0,59	0,60
Längerfristiges Niedrigeinkommen	Nicht ausgewiesen.			0,23	0,38	0,50	0,58	0,61
Anteile von „Big six“	4,77	4,57	4,20	4,49	5,05	5,31	5,46	5,64
Sonstige Gründe	1,82	2,01	2,48	2,22	1,80	1,60	1,48	1,28
Gesamt	6,59	6,58	6,67	6,72	6,85	6,91	6,93	6,92

Abweichungen der Zahl der Überschuldungsfälle im Vergleich zum Vorjahr (in Prozent)								
	2012 / 13	2013 / 14	2014 / 15	2015 / 16	2016 / 17	2017 / 18	2018 / 19	2008 / 19
Arbeitslosigkeit	- 8%	- 18%	+ 5%	+ 8%	- 1%	- 3%	+ 1%	- 28%
Trennung, Scheidung, Tod	- 4%	- 8%	+ 1%	+ 6%	+ 3%	- 1%	+ 1%	- 3%
Erkrankung, Sucht, Unfall	± 0%	- 3%	+ 12%	+ 11%	+ 4%	+ 6%	+ 7%	+ 60%
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	- 4%	+ 1%	- 16%	+ 18%	+ 14%	+ 5%	+ 4%	+ 44%
Gescheiterte Selbstständigkeit	± 0%	- 1%	+ 1%	+ 6%	± 0%	+ 3%	+ 1%	- 7%
Längerfristiges Niedrigeinkommen	Nicht ausgewiesen.			+ 68%	+ 30%	+ 16%	+ 7%	+ 169%
Anteile von „Big six“	- 4%	- 8%	+ 7%	+ 12%	+ 5%	+ 3%	+ 3%	+ 15%
Sonstige Gründe	+ 11%	+ 23%	- 10%	- 19%	- 11%	- 8%	- 13%	- 35%
Gesamt	± 0%	+ 1%	+ 1%	+ 2%	+ 1%	± 0%	± 0%	+ 1%

Die Darstellung der „Hauptauslöser der Überschuldung“ (Hauptüberschuldungsgründe) erfolgt seit 2013 aus Gründen der Einheitlichkeit auf Grundlage der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes. Diese veröffentlicht seit 2007 Statistiken zur Überschuldung privater Personen in Deutschland. Letzte Veröffentlichung: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2018, 28.05.2019, Wiesbaden. Die Werte für 2019 basieren auf einer Hochrechnung. Diese Tabelle beinhaltet erstmals die prozentualen Anteile der sechs wichtigsten „Hauptüberschuldungsauslöser“ (nach iff-Überschuldungsreport: „big six“). Erstmals wird auch der Überschuldungsauslöser „längerfristiges Niedrigeinkommen“ berücksichtigt, der in der amtlichen Überschuldungsstatistik erst 2015 aufgenommen wurde. Nach Daten des Statistischen Bundesamtes betrug der Anteil dieser sechs wichtigsten „Hauptauslöser der Überschuldung“ im Jahr 2018 rund 79 Prozent (2017: 77 Prozent; „sonstige“: 23 Prozent). Die Werte für 2019 wurden mit Hilfe der Vorjahreswerte und der Zahl der Überschuldungsfälle für die Jahre 2008 bis 2019 hochgerechnet sowie die entsprechenden Abweichungswerte berechnet (Revidierte Werte für 2018). Unter „sonstige Überschuldungsauslöser“ werden folgende Angaben subsumiert (in Klammern Werte für 2018): Zahlungsverpflichtung aus Bürgschaft, Übernahme oder Mithaftung (2,7 Prozent; + 0,1 Punkte); gescheiterte Immobilienfinanzierung (1,9 Prozent; - 0,1 Punkte); Schadenersatz wegen unerlaubter Handlungen (1,5 Prozent; + 0,3 Punkte); Haushaltsgründung / Geburt eines Kindes (2,1 Prozent; ± 0,0 Punkte); Nichtanspruchnahme von Sozialleistungen (0,6 Prozent; ± 0,0 Punkte); unzureichende Kredit- oder Bürgschaftsberatung (1,2 Prozent; - 0,1 Punkte) sowie Sonstiges (8,5 Prozent; - 2,6 Punkte).

Tab. 13.: Bevölkerung über 18 Jahre, überschuldete Personen (in Mio.) und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2004 bis 2019

■	Bevölkerung über 18 Jahre			Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
2004	67,11	32,83	34,29	6,54	4,45	2,09	9,74%	13,55%	6,09%
2005	67,28	32,92	34,36	7,02	4,74	2,27	10,43%	14,41%	6,61%
2006	67,29	32,94	34,34	7,19	4,80	2,38	10,68%	14,59%	6,94%
2007	67,64	33,13	34,50	7,34	4,81	2,52	10,85%	14,52%	7,32%
2008	67,97	33,31	34,66	6,87	4,44	2,43	10,11%	13,32%	7,02%
2009	68,13	33,40	34,73	6,20	3,95	2,25	9,10%	11,82%	6,47%
2010	68,26	33,49	34,77	6,49	4,05	2,44	9,51%	12,09%	7,01%
2011	68,26	33,34	34,92	6,41	4,09	2,32	9,39%	12,25%	6,64%
2012	68,31	33,42	34,90	6,60	4,20	2,39	9,66%	12,57%	6,86%
2013	67,13	32,48	34,65	6,59	4,08	2,51	9,81%	12,55%	7,24%
2014	67,43	32,66	34,77	6,67	4,12	2,56	9,90%	12,61%	7,35%
2015	67,69	32,85	34,84	6,72	4,14	2,58	9,92%	12,61%	7,39%
2016	68,05	33,09	34,96	6,85	4,21	2,64	10,06%	12,72%	7,55%
2017	68,83	33,64	35,19	6,91	4,24	2,68	10,04%	12,59%	7,61%
2018	69,03	33,74	35,29	6,93	4,23	2,70	10,04%	12,55%	7,65%
2019	69,24	33,87	35,37	6,92	4,22	2,70	10,00%	12,46%	7,65%
Abw. 2018 / 19	+ 0,21	+ 0,12	+ 0,08	- 0,01	- 0,01	± 0,00	- 0,04	- 0,09	± 0,00
Abw. 2004 / 19	+ 2,12	+ 1,04	+ 1,08	+ 0,38	- 0,23	+ 0,61	+ 0,26	- 1,10	+ 1,55

Abweichungen in Prozentpunkten bzw. in Millionen; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 14.: Gesamtschuldenvolumen und Basiswerte nach Geschlecht 2006 bis 2019 – Eine Hochrechnung

■ Basiswerte	Männer		Frauen		Gesamt	
	Mittelwert	Gesamt	Mittelwert	Gesamt	Mittelwert	Gesamt
2006	39.300 €	184,8 Mrd.	34.400 €	80,2 Mrd.	36.900 €	265,0 Mrd.
2007	40.800 €	189,2 Mrd.	32.200 €	78,4 Mrd.	36.500 €	267,6 Mrd.
2008	39.900 €	171,5 Mrd.	32.100 €	75,7 Mrd.	36.000 €	247,2 Mrd.
2009	37.800 €	145,6 Mrd.	31.600 €	69,4 Mrd.	34.700 €	215,0 Mrd.
2010	37.200 €	147,5 Mrd.	31.400 €	75,0 Mrd.	34.300 €	222,6 Mrd.
2011	39.000 €	154,3 Mrd.	30.600 €	68,8 Mrd.	34.800 €	223,1 Mrd.
2012	37.600 €	153,4 Mrd.	29.800 €	69,2 Mrd.	33.700 €	222,6 Mrd.
2013	37.200 €	147,4 Mrd.	28.600 €	69,8 Mrd.	33.000 €	217,3 Mrd.
2014	40.400 €	160,7 Mrd.	28.200 €	69,6 Mrd.	34.500 €	230,3 Mrd.
2015	39.500 €	159,0 Mrd.	28.700 €	71,8 Mrd.	34.400 €	230,9 Mrd.
2016	36.600 €	149,8 Mrd.	26.000 €	66,7 Mrd.	31.600 €	216,5 Mrd.
2017	35.100 €	144,8 Mrd.	25.400 €	66,3 Mrd.	30.500 €	211,1 Mrd.
2018	33.700 €	139,4 Mrd.	25.000 €	65,9 Mrd.	29.600 €	205,3 Mrd.
2019	33.000 €	141,7 Mrd.	24.800 €	65,6 Mrd.	29.200 €	201,8 Mrd.
Abw. 2018 / 19	- 700 €	- 3,2 Mrd.	- 200 €	- 0,3 Mrd.	- 400 €	- 3,5 Mrd.
Abw. 2006 / 19	- 6.300 €	- 48,6 Mrd.	- 9.600 €	- 14,6 Mrd.	- 7.700 €	- 63,2 Mrd.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2009 bis 2018 (letzte Veröffentlichung: 2018: 28.05.2019). Die Werte für 2019 basieren auf einer Hochrechnung. Revidierte Werte ab 2018 (gerundete Werte). Rundungsdifferenzen möglich. Mittelwert = mittlere individuelle Schuldenhöhe.

Tab. 15.: Überschuldungsquoten nach Geschlecht und Überschuldungsintensität 2013 bis 2019

■	Männer	Frauen	Gesamt
Überschuldungsquoten : Gesamt			
2013	12,55%	7,24%	9,81%
2014	12,61%	7,35%	9,90%
2015	12,61%	7,39%	9,92%
2016	12,72%	7,55%	10,06%
2017	12,59%	7,61%	10,04%
2018	12,55%	7,65%	10,04%
2019	12,46%	7,65%	10,00%
Abw. 2013/14	+ 0,06	+ 0,11	+ 0,09
Abw. 2014/15	± 0,00	+ 0,04	+ 0,03
Abw. 2015/16	+ 0,11	+ 0,15	+ 0,14
Abw. 2016/17	- 0,13	+ 0,06	- 0,02
Abw. 2017/18	- 0,04	+ 0,04	± 0,00
Abw. 2018/19	- 0,09	± 0,00	- 0,04
Abw. 2013/19	- 0,09	+ 0,41	+ 0,19
Hohe Überschuldungsintensität			
2013	7,34%	4,05%	5,64%
2014	7,50%	4,15%	5,77%
2015	7,56%	4,21%	5,83%
2016	7,89%	4,46%	6,13%
2017	7,83%	4,51%	6,13%
2018	7,63%	4,42%	5,99%
2019	7,38%	4,27%	5,79%
Abw. 2013/14	+ 0,16	+ 0,10	+ 0,13
Abw. 2014/15	+ 0,06	+ 0,06	+ 0,06
Abw. 2015/16	+ 0,34	+ 0,24	+ 0,29
Abw. 2016/17	- 0,06	+ 0,05	+ 0,01
Abw. 2017/18	- 0,20	- 0,09	- 0,14
Abw. 2018/19	- 0,25	- 0,15	- 0,20
Abw. 2013/19	+ 0,04	+ 0,22	+ 0,15
Geringe Überschuldungsintensität			
2013	5,21%	3,19%	4,17%
2014	5,11%	3,20%	4,12%
2015	5,05%	3,18%	4,09%
2016	4,83%	3,09%	3,94%
2017	4,76%	3,10%	3,91%
2018	4,91%	3,23%	4,05%
2019	5,07%	3,38%	4,21%
Abw. 2013/14	- 0,10	+ 0,01	- 0,04
Abw. 2014/15	- 0,06	- 0,02	- 0,04
Abw. 2015/16	- 0,22	- 0,09	- 0,15
Abw. 2016/17	- 0,07	+ 0,01	- 0,03
Abw. 2017/18	+ 0,15	+ 0,13	+ 0,14
Abw. 2018/19	+ 0,16	+ 0,15	+ 0,15
Abw. 2013/18	- 0,14	+ 0,19	+ 0,04

Tab. 16.: Überschuldete Personen nach Geschlecht und Überschuldungsintensität 2013 bis 2019

■	Männer	Frauen	Gesamt
Überschuldete Personen: Gesamt			
2013	4.076.000	2.508.000	6.584.000
2014	4.117.000	2.556.000	6.674.000
2015	4.142.000	2.575.000	6.718.000
2016	4.210.000	2.638.000	6.848.000
2017	4.236.000	2.677.000	6.913.000
2018	4.234.000	2.698.000	6.932.000
2019	4.218.000	2.704.000	6.922.000
Abw. 2013/14	+ 41.000	+ 48.000	+ 89.000
Abw. 2014/15	+ 25.000	+ 19.000	+ 44.000
Abw. 2015/16	+ 68.000	+ 63.000	+ 131.000
Abw. 2016/17	+ 26.000	+ 39.000	+ 65.000
Abw. 2017/18	- 2.000	+ 21.000	+ 19.000
Abw. 2018/19	- 16.000	+ 6.000	- 10.000
<i>Abw. 2013/19</i>	<i>+ 142.000</i>	<i>+ 196.000</i>	<i>+ 338.000</i>
Hohe Überschuldungsintensität			
2013	2.384.000	1.403.000	3.787.000
2014	2.449.000	1.444.000	3.892.000
2015	2.482.000	1.467.000	3.949.000
2016	2.611.000	1.558.000	4.169.000
2017	2.634.000	1.587.000	4.221.000
2018	2.576.000	1.558.000	4.135.000
2019	2.501.000	1.510.000	4.010.000
Abw. 2013/14	+ 64.000	+ 41.000	+ 105.000
Abw. 2014/15	+ 34.000	+ 23.000	+ 57.000
Abw. 2015/16	+ 129.000	+ 91.000	+ 220.000
Abw. 2016/17	+ 23.000	+ 29.000	+ 52.000
Abw. 2017/18	- 58.000	- 28.000	- 87.000
Abw. 2018/19	- 76.000	- 49.000	- 125.000
<i>Abw. 2013/19</i>	<i>+ 117.000</i>	<i>+ 107.000</i>	<i>+ 223.000</i>
Geringe Überschuldungsintensität			
2013	1.692.000	1.105.000	2.797.000
2014	1.669.000	1.113.000	2.781.000
2015	1.660.000	1.108.000	2.768.000
2016	1.599.000	1.080.000	2.679.000
2017	1.601.000	1.090.000	2.692.000
2018	1.658.000	1.140.000	2.797.000
2019	1.717.000	1.195.000	2.912.000
Abw. 2013/14	- 24.000	+ 7.000	- 16.000
Abw. 2014/15	- 9.000	- 4.000	- 13.000
Abw. 2015/16	- 61.000	- 28.000	- 89.000
Abw. 2016/17	+ 2.000	+ 10.000	+ 12.000
Abw. 2017/18	+ 57.000	+ 49.000	+ 106.000
Abw. 2018/19	+ 60.000	+ 55.000	+ 115.000
<i>Abw. 2013/18</i>	<i>+ 25.000</i>	<i>+ 89.000</i>	<i>+ 114.000</i>

Tab. 17.: Überschuldungsquoten nach Altersgruppen und Überschuldungsintensität 2013 bis 2019

■	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
Überschuldungsquoten: Gesamt							
2013	15,70%	18,13%	11,58%	8,60%	4,68%	0,90%	9,81%
2014	15,37%	18,63%	11,77%	8,73%	4,96%	1,06%	9,90%
2015	14,86%	18,81%	12,06%	8,77%	5,25%	1,16%	9,92%
2016	14,50%	19,17%	12,56%	8,90%	5,51%	1,34%	10,06%
2017	14,06%	18,93%	12,88%	8,80%	5,48%	1,50%	10,04%
2018	13,47%	18,57%	13,13%	8,85%	5,65%	2,04%	10,04%
2019	12,13%	17,72%	13,12%	9,17%	6,36%	2,95%	10,00%
Abw. 2013/14	- 0,33	+ 0,50	+ 0,19	+ 0,12	+ 0,28	+ 0,16	+ 0,09
Abw. 2014/15	- 0,51	+ 0,18	+ 0,29	+ 0,04	+ 0,29	+ 0,10	+ 0,03
Abw. 2015/16	- 0,36	+ 0,36	+ 0,49	+ 0,13	+ 0,27	+ 0,18	+ 0,14
Abw. 2016/17	- 0,45	- 0,24	+ 0,33	- 0,10	- 0,03	+ 0,16	- 0,02
Abw. 2017/18	- 0,59	- 0,36	+ 0,25	+ 0,04	+ 0,17	+ 0,54	± 0,00
Abw. 2018/19	- 1,34	- 0,85	- 0,01	+ 0,32	+ 0,72	+ 0,90	- 0,04
Abw. 2013/19	- 3,57	- 0,41	+ 1,54	+ 0,57	+ 1,68	+ 2,05	+ 0,19
Hohe Überschuldungsintensität							
2013	8,76%	10,63%	6,73%	5,03%	2,75%	0,45%	5,64%
2014	8,65%	11,12%	6,95%	5,20%	2,93%	0,52%	5,77%
2015	8,37%	12,11%	7,75%	5,56%	3,37%	0,67%	5,83%
2016	8,37%	12,11%	7,75%	5,56%	3,37%	0,67%	6,13%
2017	8,04%	12,11%	7,96%	5,52%	3,37%	0,75%	6,13%
2018	7,37%	11,97%	7,90%	5,30%	3,41%	1,01%	5,99%
2019	6,41%	11,21%	7,63%	5,47%	3,61%	1,40%	5,79%
Abw. 2013/14	- 0,11	+ 0,49	+ 0,22	+ 0,17	+ 0,18	+ 0,07	+ 0,13
Abw. 2014/15	- 0,21	+ 0,32	+ 0,23	+ 0,04	+ 0,12	+ 0,02	+ 0,06
Abw. 2015/16	- 0,07	+ 0,67	+ 0,56	+ 0,32	+ 0,32	+ 0,13	+ 0,29
Abw. 2016/17	- 0,33	± 0,00	+ 0,21	- 0,03	± 0,00	+ 0,08	+ 0,01
Abw. 2017/18	- 0,67	- 0,14	- 0,06	- 0,23	+ 0,04	+ 0,26	- 0,14
Abw. 2018/19	- 0,96	- 0,77	- 0,27	+ 0,17	+ 0,20	+ 0,38	- 0,20
Abw. 2013/19	- 2,35	+ 0,58	+ 0,60	+ 0,44	+ 0,86	+ 0,95	+ 0,15
Geringe Überschuldungsintensität							
2013	6,94%	7,50%	4,86%	3,57%	1,93%	0,45%	4,17%
2014	6,72%	7,51%	4,82%	3,53%	2,03%	0,54%	4,12%
2015	6,43%	7,37%	4,88%	3,53%	2,20%	0,62%	4,09%
2016	6,14%	7,06%	4,81%	3,34%	2,14%	0,67%	3,94%
2017	6,01%	6,82%	4,92%	3,28%	2,11%	0,75%	3,91%
2018	6,10%	6,60%	5,23%	3,55%	2,23%	1,03%	4,05%
2019	5,72%	6,51%	5,49%	3,70%	2,75%	1,55%	4,20%
Abw. 2013/14	- 0,22	+ 0,01	- 0,04	- 0,04	+ 0,10	+ 0,09	- 0,04
Abw. 2014/15	- 0,29	- 0,14	+ 0,06	± 0,00	+ 0,17	+ 0,08	- 0,04
Abw. 2015/16	- 0,29	- 0,31	- 0,07	- 0,19	- 0,06	+ 0,05	- 0,15
Abw. 2016/17	- 0,12	- 0,24	+ 0,11	- 0,06	- 0,03	+ 0,09	- 0,03
Abw. 2017/18	+ 0,08	- 0,22	+ 0,31	+ 0,27	+ 0,12	+ 0,28	+ 0,14
Abw. 2018/19	- 0,38	- 0,09	+ 0,26	+ 0,15	+ 0,52	+ 0,52	+ 0,15
Abw. 2013/19	- 1,22	- 0,99	+ 0,64	- 0,13	+ 0,82	+ 1,10	- 0,04

Tab. 18.: Überschuldete Personen nach Altersgruppen und Überschuldungsintensität 2013 bis 2019

■	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
Überschuldete Personen: Gesamt							
2013	1.794.000	1.723.000	1.529.000	1.009.000	419.000	111.000	6.584.000
2014	1.749.000	1.782.000	1.514.000	1.052.000	443.000	134.000	6.674.000
2015	1.689.000	1.827.000	1.494.000	1.087.000	471.000	150.000	6.718.000
2016	1.661.000	1.884.000	1.495.000	1.130.000	504.000	174.000	6.848.000
2017	1.655.000	1.915.000	1.483.000	1.143.000	522.000	194.000	6.913.000
2018	1.583.000	1.908.000	1.456.000	1.168.000	556.000	263.000	6.932.000
2019	1.416.000	1.850.000	1.409.000	1.225.000	641.000	381.000	6.922.000
Abw. 2013/14	- 45.000	+ 59.000	- 15.000	+ 44.000	+ 24.000	+ 23.000	+ 89.000
Abw. 2014/15	- 60.000	+ 45.000	- 19.000	+ 35.000	+ 28.000	+ 16.000	+ 44.000
Abw. 2015/16	- 28.000	+ 57.000	±0	+ 43.000	+ 33.000	+ 25.000	+ 131.000
Abw. 2016/17	- 6.000	+ 31.000	- 11.000	+ 13.000	+ 18.000	+ 20.000	+ 65.000
Abw. 2017/18	- 73.000	- 7.000	- 28.000	+ 25.000	+ 33.000	+ 69.000	+ 19.000
Abw. 2018/19	- 167.000	- 58.000	- 47.000	+ 57.000	+ 85.000	+ 118.000	- 10.000
Abw. 2013/19	- 378.000	+ 127.000	- 120.000	+ 216.000	+ 222.000	+ 270.000	+ 338.000
Überschuldete Personen mit hoher Überschuldungsintensität							
2013	1.001.000	1.010.000	888.000	590.000	246.000	55.000	3.787.000
2014	984.000	1.063.000	894.000	627.000	262.000	66.000	3.892.000
2015	958.000	1.111.000	890.000	649.000	274.000	70.000	3.949.000
2016	959.000	1.190.000	922.000	706.000	309.000	88.000	4.169.000
2017	947.000	1.225.000	917.000	717.000	321.000	97.000	4.221.000
2018	866.000	1.230.000	876.000	699.000	336.000	131.000	4.135.000
2019	748.000	1.170.000	819.000	731.000	364.000	181.000	4.010.000
Abw. 2013/14	- 17.000	+ 53.000	+ 6.000	+ 37.000	+ 16.000	+ 11.000	+ 105.000
Abw. 2014/15	- 26.000	+ 48.000	- 4.000	+ 23.000	+ 12.000	+ 4.000	+ 57.000
Abw. 2015/16	± 0	+ 79.000	+ 32.000	+ 56.000	+ 35.000	+ 18.000	+ 220.000
Abw. 2016/17	- 11.000	+ 35.000	- 5.000	+ 12.000	+ 13.000	+ 10.000	+ 52.000
Abw. 2017/18	- 81.000	+ 5.000	- 41.000	- 18.000	+ 14.000	+ 33.000	- 87.000
Abw. 2018/19	- 118.000	- 60.000	- 57.000	+ 32.000	+ 28.000	+ 50.000	- 125.000
Abw. 2013/19	- 253.000	+ 160.000	- 69.000	+ 141.000	+ 118.000	+ 126.000	+ 223.000
Überschuldete Personen mit geringer Überschuldungsintensität							
2013	793.000	713.000	641.000	419.000	173.000	55.000	2.797.000
2014	765.000	718.000	620.000	426.000	181.000	68.000	2.781.000
2015	731.000	716.000	604.000	438.000	197.000	80.000	2.768.000
2016	703.000	694.000	573.000	424.000	196.000	87.000	2.679.000
2017	708.000	690.000	567.000	426.000	201.000	97.000	2.692.000
2018	716.000	678.000	580.000	468.000	220.000	133.000	2.797.000
2019	667.000	680.000	590.000	494.000	277.000	200.000	2.912.000
Abw. 2013/14	- 28.000	+ 5.000	- 21.000	+ 7.000	+ 8.000	+ 13.000	- 16.000
Abw. 2014/15	- 34.000	- 3.000	- 15.000	+ 12.000	+ 16.000	+ 12.000	- 13.000
Abw. 2015/16	- 28.000	- 22.000	- 32.000	- 13.000	- 1.000	+ 7.000	- 89.000
Abw. 2016/17	+ 5.000	- 4.000	- 6.000	+ 1.000	+ 5.000	+ 10.000	+ 12.000
Abw. 2017/18	+ 8.000	- 12.000	+ 13.000	+ 43.000	+ 19.000	+ 35.000	+ 106.000
Abw. 2018/19	- 49.000	+ 2.000	+ 10.000	+ 26.000	+ 57.000	+ 67.000	+ 115.000
Abw. 2013/19	- 126.000	- 33.000	- 51.000	+ 75.000	+ 104.000	+ 145.000	+ 114.000

**Tab. 19.: Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität in Ost- und Westdeutschland
2006 / 2019**

■ Basiswerte (in Mio.)	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Gesamt	Hohe Intensität	Geringe Intensität	Gesamt	Hohe Intensität	Geringe Intensität	Gesamt	Hohe Intensität	Geringe Intensität
2006	7,19	3,40	3,79	5,90	2,79	3,12	1,28	0,61	0,67
2007	7,34	3,46	3,88	6,03	2,84	3,18	1,31	0,62	0,70
2008	6,87	3,44	3,43	5,70	2,84	2,86	1,17	0,61	0,57
2009	6,19	3,46	2,73	5,17	2,87	2,30	1,03	0,59	0,43
2010	6,49	3,61	2,88	5,41	3,00	2,42	1,07	0,61	0,46
2011	6,40	3,70	2,70	5,36	3,08	2,28	1,04	0,62	0,42
2012	6,59	3,78	2,82	5,51	3,14	2,36	1,09	0,63	0,46
2013	6,58	3,79	2,80	5,50	3,16	2,34	1,08	0,63	0,45
2014	6,67	3,89	2,78	5,58	3,25	2,33	1,10	0,64	0,45
2015	6,72	3,95	2,77	5,62	3,30	2,32	1,10	0,65	0,45
2016	6,85	4,17	2,68	5,73	3,48	2,25	1,12	0,69	0,43
2017	6,91	4,22	2,69	5,79	3,53	2,27	1,12	0,69	0,43
2018	6,93	4,13	2,80	5,82	3,46	2,36	1,11	0,67	0,44
2019	6,92	4,01	2,91	5,82	3,36	2,46	1,10	0,65	0,45
Abw. 2018 / 19	+ 0,01	- 0,12	+ 0,11	± 0,00	- 0,10	+ 0,10	- 0,01	- 0,02	+ 0,01
Abw. 2006 / 19	- 0,27	+ 0,61	- 0,88	- 0,08	+ 0,57	- 0,66	- 0,18	+ 0,04	- 0,22

Westdeutschland, einschl. Berlin.

Tab. 20.: Veränderung der Überschuldung nach Überschuldungsintensität 2006 bis 2019

■ Zeitraum	Hohe Überschuldungsintensität		Geringe Überschuldungsintensität	
	Abw. Prozent	Fälle	Abw. Prozent	Fälle
2006 / 2007	+ 1,7%	+ 58.000	+ 2,4%	+ 92.000
2007 / 2008	- 0,4%	- 14.000	- 11,6%	- 451.000
2008 / 2009	+ 0,5%	+ 18.000	- 20,3%	- 696.000
2009 / 2010	+ 4,3%	+ 147.000	+ 5,3%	+ 145.000
2010 / 2011	+ 2,5%	+ 92.000	- 6,0%	- 173.000
2011 / 2012	+ 2,1%	+ 76.000	+ 4,2%	+ 113.000
2012 / 2013	+ 0,3%	+ 11.000	- 0,7%	- 21.000
2013 / 2014	+ 2,8%	+ 105.000	- 0,6%	- 16.000
2014 / 2015	+ 1,5%	+ 57.000	- 0,5%	- 13.000
2015 / 2016	+ 5,6%	+ 220.000	- 3,2%	- 89.000
2016 / 2017	+ 1,2%	+ 52.000	+ 0,5%	+ 12.000
2017 / 2018	- 2,1%	- 87.000	+ 3,9%	+ 106.000
2018 / 2019	- 3,0%	- 124.000	+ 4,1%	+ 115.000
Abw. 2006 / 2019	+ 18,0%	+ 611.000	- 23,1%	- 875.000
nachrichtlich: 2006 / 2018	+ 21,6%	+ 735.000	- 26,1%	- 990.000

Tab. 21.: Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2004 / 2019

■	Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten			
	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Gesamt	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Gesamt	Spreizung
2004	5,35 Mio.	1,19 Mio.	6,54 Mio.	9,59%	10,50%	9,74%	+ 0,91
2005	5,75 Mio.	1,27 Mio.	7,02 Mio.	10,27%	11,16%	10,43%	+ 0,89
2006	5,90 Mio.	1,29 Mio.	7,19 Mio.	10,55%	11,35%	10,68%	+ 0,81
2007	6,03 Mio.	1,31 Mio.	7,34 Mio.	10,72%	11,50%	10,85%	+ 0,78
2008	5,70 Mio.	1,17 Mio.	6,87 Mio.	10,07%	10,30%	10,11%	+ 0,23
2009	5,17 Mio.	1,03 Mio.	6,19 Mio.	9,10%	9,08%	9,09%	- 0,02
2010	5,41 Mio.	1,07 Mio.	6,49 Mio.	9,51%	9,45%	9,50%	- 0,06
2011	5,36 Mio.	1,05 Mio.	6,41 Mio.	9,40%	9,29%	9,38%	- 0,12
2012	5,51 Mio.	1,09 Mio.	6,60 Mio.	9,63%	9,75%	9,65%	+ 0,12
2013	5,50 Mio.	1,09 Mio.	6,58 Mio.	9,78%	9,97%	9,81%	+ 0,19
2014	5,57 Mio.	1,10 Mio.	6,67 Mio.	9,84%	10,17%	9,90%	+ 0,33
2015	5,62 Mio.	1,10 Mio.	6,72 Mio.	9,86%	10,26%	9,92%	+ 0,40
2016	5,73 Mio.	1,12 Mio.	6,85 Mio.	10,00%	10,43%	10,06%	+ 0,43
2017	5,79 Mio.	1,12 Mio.	6,91 Mio.	9,97%	10,42%	10,04%	+ 0,45
2018	5,82 Mio.	1,11 Mio.	6,93 Mio.	9,98%	10,40%	10,04%	+ 0,42
2019	5,82 Mio.	1,10 Mio.	6,92 Mio.	9,94%	10,33%	10,00%	+ 0,39

Einschließlich Berlin. Spreizungswerte Ost / West in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 22.: Überschuldungsquoten nach „geographischen Räumen“ 2004 bis 2019

■ Überschuldung nach Postleitzonen	Nord-Osten (PLZ: 1+0)	Norden (PLZ: 2+3)	Westen (PLZ: 4+5)	Süd-Westen (PLZ: 6+7)	Süd-Osten (PLZ: 8+9)	Deutschland
2004	11,17%	10,45%	10,60%	8,66%	7,51%	9,74%
2005	11,86%	11,33%	11,38%	9,22%	7,98%	10,43%
2006	12,10%	11,67%	11,74%	9,45%	8,04%	10,68%
2007	12,22%	11,82%	12,00%	9,63%	8,12%	10,85%
2008	11,04%	11,02%	11,42%	9,07%	7,52%	10,11%
2009	9,72%	10,05%	10,18%	8,20%	6,87%	9,09%
2010	10,13%	10,47%	10,67%	8,58%	7,21%	9,50%
2011	9,91%	10,32%	10,60%	8,58%	7,04%	9,38%
2012	10,34%	10,58%	10,96%	8,77%	7,16%	9,65%
2013	10,63%	10,69%	11,10%	8,98%	7,20%	9,81%
2014	10,79%	10,75%	11,23%	9,08%	7,22%	9,90%
2015	10,88%	10,67%	11,26%	9,13%	7,31%	9,92%
2016	10,94%	10,72%	11,44%	9,31%	7,53%	10,06%
2017	10,91%	10,66%	11,39%	9,26%	7,65%	10,04%
2018	10,84%	10,67%	11,44%	9,28%	7,63%	10,04%
2019	10,76%	10,65%	11,47%	9,23%	7,52%	10,00%
<i>Abw. 2018/2019</i>	- 0,08	- 0,03	+ 0,03	+ 0,05	- 0,11	- 0,04
<i>Abw. 2004/2019</i>	- 0,41	+ 0,20	+ 0,87	+ 0,57	+ 0,01	+ 0,26

Rundungsdifferenzen möglich; Abweichungswerte in Prozentpunkten.

Tab. 23.: Die Entwicklung der von Bevölkerung, Überschuldungsfällen und Überschuldungsquoten 2004 bis 2019 nach Stadt-/Kreis-Typ für Deutschland, West- und Ostdeutschland

Deutschland: Gesamt

Personen über 18 Jahre					
Jahr	Kreisfreie Städte	Landkreise	Stadtkreise'	Kreise	Deutschland: Gesamt
2004	19,59 Mio.	34,25 Mio.	3,31 Mio.	9,98 Mio.	67,13 Mio.
2019	20,69 Mio.	34,81 Mio.	3,47 Mio.	10,26 Mio.	69,24 Mio.
Abw. 2004 / 19	+ 1,11 Mio. (+ 5,7%)	+ 0,56 Mio. (+ 1,6%)	+ 0,16 Mio. (+ 4,7%)	+ 0,28 Mio. (+ 2,8%)	+ 2,10 Mio. (+ 3,1%)
Überschuldungsfälle					
2004	2,36 Mio.	2,89 Mio.	0,33 Mio.	0,96 Mio.	6,54 Mio.
2019	2,52 Mio.	2,97 Mio.	0,38 Mio.	1,05 Mio.	6,92 Mio.
Abw. 2004 / 19	+ 0,16 Mio. (+ 6,8%)	+ 0,08 Mio. (+ 2,8%)	+ 0,05 Mio. (+ 15,1%)	+ 0,09 Mio. (+ 9,6%)	+ 0,38 Mio. (+ 5,9%)
Überschuldungsquoten					
2004	12,05%	8,43%	10,08%	9,60%	9,74%
2019	12,18%	8,52%	11,08%	10,24%	10,00%
Abw. 2004 / 19	+ 0,14 Punkte	+ 0,09 Punkte	+ 1,00 Punkte	+ 0,63 Punkte	+ 0,26 Punkte

West-Deutschland (einschließl. Berlin)

Personen über 18 Jahre					
Jahr	Kreisfreie Städte	Landkreise	Stadtkreise	Kreise	Westdeutschland: Gesamt
2004	17,01 Mio.	25,47 Mio.	3,31 Mio.	9,98 Mio.	55,77 Mio.
2019	17,98 Mio.	26,86 Mio.	3,47 Mio.	10,26 Mio.	58,57 Mio.
Abw. 2004 / 19	+ 0,97 Mio. (+ 5,7%)	+ 1,40 Mio. (+ 5,5%)	+ 0,16 Mio. (+ 4,7%)	+ 0,28 Mio. (+ 2,8%)	+ 2,80 Mio. (+ 5,0%)
Überschuldungsfälle					
2004	2,04 Mio.	2,01 Mio.	0,33 Mio.	0,96 Mio.	5,35 Mio.
2019	2,20 Mio.	2,18 Mio.	0,38 Mio.	1,05 Mio.	5,82 Mio.
Abw. 2004 / 19	+ 0,16 Mio. (+ 8,0%)	+ 0,17 Mio. (+ 8,4%)	+ 0,05 Mio. (+ 15,1%)	+ 0,09 Mio. (+ 9,6%)	+ 0,47 Mio. (+ 8,9%)
Überschuldungsquoten					
2004	11,99%	7,91%	10,08%	9,60%	9,59%
2019	12,25%	8,13%	11,09%	10,24%	9,94%
Abw. 2004 / 19	+ 0,26 Punkte	+ 0,22 Punkte	+ 1,00 Punkte	+ 0,63 Punkte	+ 0,35 Punkte

Ost-Deutschland (ohne Berlin)

Personen über 18 Jahre					
Jahr	Kreisfreie Städte	Landkreise	Stadtkreise	Kreise	Ostdeutschland: Gesamt
2004	2,58 Mio.	8,79 Mio.			11,36 Mio.
2019	2,72 Mio.	7,95 Mio.			10,66 Mio.
Abw. 2004 / 19	+ 0,14 Mio. (+ 5,4%)	- 0,84 Mio. (- 9,5%)			- 0,70 Mio. (- 6,1%)
Überschuldungsfälle					
2004	0,32 Mio.	0,87 Mio.			1,19 Mio.
2019	0,32 Mio.	0,78 Mio.			1,10 Mio.
Abw. 2004 / 19	± 0,00 Mio. (- 0,5%)	- 0,09 Mio. (- 10,3%)			- 0,09 Mio. (- 7,6%)
Überschuldungsquoten					
2004	12,43%	9,93%			10,50%
2019	11,73%	9,85%			10,33%
Abw. 2004 / 19	- 0,70 Punkte	- 0,08 Punkte			- 0,17 Punkte

Aufteilung und Zuordnung: Landkreise; Stadtkreise einschl. Region Hannover (Landkreis), Städteregion Aachen (Kreis) und Regionalverband Saarbrücken (Stadtverband). Basis: 98 kreisfreie Städte (Anteil: 24,4 Prozent); 250 Landkreise (62,3 Prozent), 12 Stadtkreise (3,0 Prozent); 41 Kreise (10,2 Prozent). Zuordnung von Stadtkreisen und Kreisen in Ostdeutschland nicht vorhanden.

Tab. 24.: Die Überschuldungsquote 2004 im Vergleich zur idealtypisch berechneten Überschuldungsquote für das Jahr 2019 bei konstanter Bevölkerung (2004) nach Stadt-/Kreis-Typ für Deutschland, West- und Ostdeutschland

Deutschland					
	Kreisfreie Städte	Landkreise	Stadtkreise	Kreise	Gesamt
Überschuldungsquote 2004	12,05%	8,43%	10,08%	9,60%	9,74%
Überschuldungsquote 2019	12,87%	8,66%	11,61%	10,52%	10,31%
Abw. 2004 / 2019	+ 0,82	+ 0,23	+ 1,53	+ 0,92	+ 0,57
Westdeutschland (einschl. Berlin)					
	Kreisfreie Städte	Landkreise	Stadtkreise	Kreise	Gesamt
Überschuldungsquote 2004	11,99%	7,91%	10,08%	9,60%	9,59%
Überschuldungsquote 2019	12,95%	8,57%	11,61%	10,52%	10,44%
Abw. 2004 / 2019	+ 0,96	+ 0,66	+ 1,53	+ 0,92	+ 0,85
Ostdeutschland (ohne Berlin)					
	Kreisfreie Städte	Landkreise	Stadtkreise	Kreise	Gesamt
Überschuldungsquote 2004	12,43%	9,93%			10,50%
Überschuldungsquote 2019	12,37%	8,91%			9,70%
Abw. 2004 / 2019	- 0,06	- 1,02			- 0,80

Abweichungen in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 25.: Die Überschuldungsquoten der 16 Landeshauptstädte im Ranking 2014 bis 2019

■ Stadt	Überschuldungsquoten in %						Abw.		Abw.	
	2014	2015	2016	2017	2018	2019	18/19	04/19	2018/19	2004/19
Mainz	8,05	7,96	7,93	7,90	7,87	8,03	+ 0,16	- 1,65	+ 400	- 400
Potsdam	9,14	9,14	9,09	8,99	8,92	8,66	- 0,26	- 1,73	- 100	+ 1.000
München	8,01	8,33	8,63	8,92	8,82	8,96	+ 0,13	- 0,11	+ 700	+ 14.900
Dresden	8,95	9,25	9,43	9,39	9,27	9,19	- 0,08	- 0,56	- 300	+ 2.300
Stuttgart	10,92	10,67	11,12	10,50	10,14	10,14	± 0,00	+ 1,86	+ 400	+ 13.000
Hamburg	10,81	10,57	10,61	10,61	10,62	10,60	- 0,03	- 0,28	+ 1.100	+ 3.800
Erfurt	11,45	11,40	11,29	11,17	11,19	11,09	- 0,10	- 3,61	- 100	- 4.800
Kiel	12,03	12,17	12,23	12,16	11,96	11,92	- 0,04	- 0,49	- 100	+ 700
Düsseldorf	12,40	12,35	12,31	12,12	12,09	12,09	± 0,00	- 0,85	+ 300	+ 100
Berlin	13,02	12,99	12,74	12,63	12,42	12,31	- 0,12	- 1,72	- 200	- 26.600
Bremen	12,69	12,76	12,67	12,60	12,51	12,53	+ 0,02	+ 0,12	+ 300	+ 3.500
Hannover	13,56	13,30	12,94	12,80	12,74	12,55	- 0,19	+ 0,47	- 700	+ 3.600
Schwerin	13,80	14,11	13,95	13,47	13,55	13,58	+ 0,03	- 0,48	± 0	- 700
Magdeburg	14,76	14,89	14,80	14,63	14,51	14,31	- 0,20	- 0,42	- 500	+ 500
Saarbrücken	16,18	16,15	16,09	16,48	16,55	16,80	+ 0,25	+ 1,59	+ 500	+ 2.500
Wiesbaden	16,27	16,01	16,77	16,66	17,02	17,09	+ 0,07	+ 4,33	+ 300	+ 10.300
Gesamt	11,66	11,64	11,63	11,56	11,45	11,42	- 0,04	- 0,62	+ 2.000	+ 23.700

Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Die Auswertung für die Städte Hannover und Saarbrücken erfolgte über die Zuordnung der Postleitzahlbezirke, da beide Städte in administrativ-übergreifende Städteregionen eingebunden sind („Region Hannover“ / „Regionalverband Saarbrücken“). „Gesamt“: Werte für alle 16 Landeshauptstädte.

Tab. 26.: Die zehn Kreise mit der niedrigsten Überschuldungsquote 2019: Rang 1 bis 10

■ Kreis	Überschuldungsquoten in %							Abw.		Rang	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	18/19	04/19	2004	2019
Eichstätt	3,71	3,67	3,74	3,79	3,77	3,85	3,98	+ 0,13	- 0,14	1	1
Erlangen-Höchstädt	4,63	4,76	4,81	4,93	4,99	4,99	4,91	- 0,08	- 0,39	7	2
Schweinfurt	4,81	4,92	5,03	5,06	5,06	5,12	5,04	- 0,08	- 0,11	4	3
Neumarkt i.d.OPf.	5,00	5,20	5,23	5,39	5,42	5,36	5,24	- 0,12	- 0,04	6	4
Würzburg	5,15	5,19	5,31	5,38	5,40	5,44	5,25	- 0,19	+ 0,06	5	5
Straubing-Bogen	5,09	5,17	5,06	5,26	5,37	5,38	5,34	- 0,03	+ 0,50	2	6
Neuburg-Schrobenhausen	4,95	5,04	5,08	5,22	5,41	5,42	5,48	+ 0,07	- 0,25	19	7
Aichach-Friedberg	5,27	5,19	5,17	5,58	5,62	5,61	5,48	- 0,13	- 0,61	29	8
Roth	5,50	5,60	5,72	5,78	5,75	5,59	5,49	- 0,10	- 0,75	39	9
Donau-Ries	5,17	5,16	5,24	5,65	5,67	5,65	5,52	- 0,13	- 0,19	17	10

Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Nur Kreise (Würzburg, Schweinfurt = Landkreise).

Tab. 27.: Die zehn Städte mit der höchsten Überschuldungsquote 2019: Rang 401 bis 392

■ Stadt	Überschuldungsquoten in %							Abw.		Rang	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	18/19	04/19	2004	2019
Bremerhaven	19,84	20,41	20,82	20,80	20,79	21,22	21,67	+ 0,45	+ 3,93	401	401
Neumünster	16,61	16,94	17,09	17,54	17,80	18,09	18,65	+ 0,57	+ 4,33	385	400
Pirmasens	17,73	18,34	18,43	18,38	18,23	18,35	18,30	- 0,05	+ 1,78	398	399
Herne	16,04	16,60	17,07	17,61	17,85	18,06	18,26	+ 0,20	+ 5,51	360	398
Wuppertal	17,89	17,77	17,97	18,08	18,38	18,42	18,17	- 0,26	+ 3,14	392	397
Gelsenkirchen	16,23	16,78	16,72	17,67	17,76	17,88	17,97	+ 0,09	+ 3,85	382	396
Duisburg	15,36	15,86	16,20	16,64	17,08	17,20	17,52	+ 0,32	+ 2,96	389	395
Offenbach am Main	18,61	18,04	18,01	17,79	17,42	17,42	17,24	- 0,19	+ 0,02	400	394
Wiesbaden	16,18	16,27	16,01	16,77	16,66	17,02	17,09	+ 0,07	+ 4,33	361	393
Wilhelmshaven	16,22	16,74	16,80	16,90	17,03	17,07	17,07	± 0,00	+ 2,03	393	392

Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Nur Städte.

Tab. 28.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Rückgang der Überschuldungsquote 2004 / 2019

■ Stadt / Kreis	Überschuldungsquoten in %							Abw.		Rang	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	18/19	04/19	2004	2019
Erfurt, Stadt	11,48	11,45	11,40	11,29	11,17	11,19	11,09	- 0,10	- 3,61	390	298
Weimar, Stadt	10,79	10,49	10,58	10,63	10,75	10,74	10,72	- 0,02	- 3,48	383	283
Frankfurt (Oder), Stadt	12,77	12,72	12,70	12,75	12,64	12,61	12,32	- 0,30	- 2,95	396	349
Weimarer Land	9,30	9,36	9,37	9,54	9,49	9,46	9,29	- 0,17	- 2,41	332	197
Barnim	9,84	9,74	9,70	9,73	9,60	9,55	9,52	- 0,02	- 2,40	340	213
Oberhavel	10,12	10,15	10,08	10,04	9,67	9,49	9,30	- 0,18	- 2,26	329	199
Landau in der Pfalz, Stadt	9,54	9,26	9,19	9,10	8,86	8,80	8,93	+ 0,13	- 2,22	311	171
Märkisch-Oderland	9,88	10,02	9,88	10,03	9,87	9,84	9,69	- 0,16	- 2,04	335	220
Speyer, kreisfreie Stadt	10,71	10,71	10,65	10,62	10,76	10,75	10,58	- 0,17	- 1,97	355	274
Havelland	10,33	10,46	10,48	10,54	10,39	10,29	10,12	- 0,17	- 1,90	342	245

Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: fünf Städte / fünf Landkreise (Weimarer Land; Barnim; Oberhavel; Märkisch-Oderland; Havelland).

**Tab. 29.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote
2004 / 2019**

■ Stadt / Stadtkreis	Überschuldungsquoten in %							Abw.		Rang	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	18/19	04/19	2004	2019
Herne, Stadt	16,04	16,60	17,07	17,61	17,85	18,06	18,26	+ 0,20	+ 5,51	360	398
Wiesbaden, Stadt	16,18	16,27	16,01	16,77	16,66	17,02	17,09	+ 0,07	+ 4,33	361	393
Neumünster, Stadt	16,61	16,94	17,09	17,54	17,80	18,09	18,65	+ 0,57	+ 4,33	385	400
Pforzheim, Stadtkreis	13,19	13,60	13,64	14,66	14,66	14,80	15,09	+ 0,30	+ 4,23	300	379
Bremerhaven, Stadt	19,84	20,41	20,82	20,80	20,79	21,22	21,67	+ 0,45	+ 3,93	401	401
Gelsenkirchen, Stadt	16,23	16,78	16,72	17,67	17,76	17,88	17,97	+ 0,09	+ 3,85	382	396
Hagen, Stadt	14,92	15,03	15,58	16,06	15,86	16,34	16,69	+ 0,35	+ 3,22	373	391
Wuppertal, Stadt	17,89	17,77	17,97	18,08	18,38	18,42	18,17	- 0,26	+ 3,14	392	397
Solingen, Klingenstadt	13,53	14,18	14,27	14,48	14,57	14,85	15,30	+ 0,45	+ 3,09	346	383
Hamm, Stadt	14,15	14,57	14,30	15,13	14,90	14,89	14,89	+ 0,01	+ 2,96	341	378

Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Neun Städte / ein Stadtkreis (Pforzheim).

**Tab. 30.: Die zehn Städte mit über 400.000 Einwohnern über 18 Jahre mit den höchsten
Überschuldungsquoten 2018**

■ Stadt	Überschuldungsquoten in %							Abw.		Rang	
	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	18/19	04/19	2004	2019
Duisburg	15,36	15,86	16,20	16,64	17,08	17,20	17,52	+ 0,32	+ 2,96	389	395
Dortmund	14,01	14,26	14,30	14,46	14,44	14,44	14,33	- 0,11	+ 1,57	362	374
Essen	12,80	13,15	12,95	13,59	13,76	13,96	14,23	+ 0,27	+ 1,98	348	372
Leipzig	12,91	13,04	13,33	13,50	13,43	13,17	12,81	- 0,36	+ 0,16	359	359
Bremen	12,67	12,69	12,76	12,67	12,60	12,51	12,53	+ 0,02	+ 0,12	352	354
Berlin	13,12	13,02	12,99	12,74	12,63	12,42	12,31	- 0,12	- 1,72	380	347
Düsseldorf	12,47	12,40	12,35	12,31	12,12	12,09	12,09	+ 0,00	- 0,85	367	341
Nürnberg	10,42	10,52	10,80	11,58	11,93	12,01	11,85	- 0,16	+ 1,49	267	333
Köln	11,80	11,75	11,85	11,84	11,78	11,67	11,62	- 0,05	- 0,74	350	323
Frankfurt am Main	11,04	10,90	10,90	10,75	10,58	10,74	10,76	+ 0,02	- 0,01	295	287

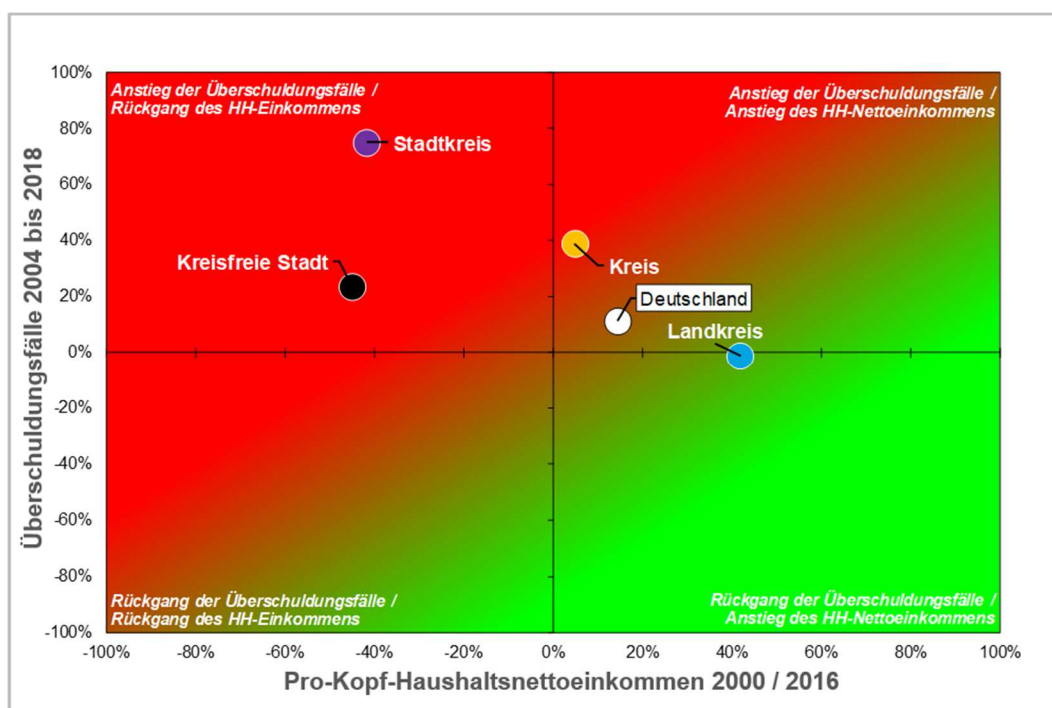
Abweichung in Prozentpunkten / Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Zehn kreisfreie Städte.

Tab. 31.: Langfristige Trends der Beschäftigungsentwicklung in Deutschland 1991 bis 2018

Jahr	Bestand		Abw. 1991 / 2018	
	1991	2018	abs.	in %
„Normalbeschäftigung“				
Kernerwerbstätige	34,68 Mio.	37,28 Mio.	+ 2,60 Mio.	+ 7,5%
„Normalbeschäftigte“	26,95 Mio.	26,21 Mio.	- 0,73 Mio.	- 2,7%
Teilzeitbeschäftigte (>20 h)	1,75 Mio.	3,85 Mio.	+ 2,10 Mio.	+ 119,7%
Atypische Beschäftigung				
Gesamt	4,44 Mio.	7,51 Mio.	+ 3,07 Mio.	+ 69,2%
befristet Beschäftigte	1,97 Mio.	2,46 Mio.	+ 0,49 Mio.	+ 25,0%
Teilzeitbeschäftigte (<20 h)	2,56 Mio.	4,64 Mio.	+ 2,09 Mio.	+ 81,8%
Geringfügig Beschäftigte	0,65 Mio.	2,05 Mio.	+ 1,39 Mio.	+ 213,0%
Zeitarbeitnehmer	0,56 Mio.	0,93 Mio.	+ 0,36 Mio.	+ 64,3%

Quellen: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. N004, 09.10.2019: 2018 erstmals seit 2002 wieder mehr als 70 Prozent der Erwerbstätigen in Normalarbeitsverhältnissen sowie Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 325, 28.08.2019: 2,8 Prozent mehr Frauen mit Normalarbeitsverhältnis in 2018.

Dia. 32.: Analyseportfolio: Die Entwicklung des Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen 2000 / 2016 und der Überschuldungsfälle 2004 / 2018 in den 401 Kreisen und kreisfreien Städten nach Typ



Datenquelle: Vgl. WSI-Verteilungsmonitor, April 2019, Verfügbare Einkommen im regionalen Vergleich, S. 1. Die Werte werden nach den Abweichungen des Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen 2000 / 2016 und der Überschuldungsfälle 2004 / 2018 in den 401 Kreisen und kreisfreien Städten (Salden) und nach Typ zugeordnet (Kreise; Landkreise; Stadtkreise, einschl. Region Hannover, Landkreis, Städteregion Aachen, Kreis und Regionalverband Saarbrücken, Stadtverband). Basiswerte: 41 Kreise (Anteil: 10,2 Prozent); 98 kreisfreie Städte (Anteil: 24,4 Prozent); 250 Landkreise (62,3 Prozent) sowie 12 Stadtkreise (3,0 Prozent).

6.4 Quellen (Auszug)

Ansen, Harald, 2018, Soziale Schuldnerberatung - Prävention und Intervention

Bertelsmann Stiftung, April 2019, Monitor Nachhaltige Kommune, Bericht 2018, Schwerpunktthema Armut

Bertelsmann Stiftung, August 2019, Anstieg der Altersarmut in Deutschland: Wie wirken verschiedene Rentenreformen?

Friedrich-Ebert-Stiftung, April 2019: Ungleiches Deutschland, Sozioökonomischer Disparitätenbericht

DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 03/2019, Einkommensverteilung in Deutschland, S. 51-60

DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 19/2019, Wiederanstieg der Einkommensungleichheit – aber auch deutlich steigende Realeinkommen, S. 343-353

DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 21-22/2019, Das Rentenniveau spielt eine wesentliche Rolle für das Armutsrisiko im Alter, S. 375-383

DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 40/2019, Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch, S. 735-745

Hans-Böckler-Stiftung, Oktober 2019, WSI-Report Nr. 53, Einkommen immer ungleicher verteilt, WSI-Verteilungsbericht 2019

Der Paritätische, 2018, Wer die Armen sind, Der Paritätische Armutsbericht 2018

Der Paritätische, 2019, Verschlussene Türen, Eine Untersuchung zu Einkommensungleichheit und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen

Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2018, 28.05.2019

Neuss, 14. November 2019

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Redaktion: Dr. Rainer Bovelet, Aachen.

Gastbeitrag: Bernd Krüger (Jahrgang 1953), Stuttgart, Dipl-Sozialpäd. (FH). Bis Juli 2019 Referent für Schuldnerberatung im Diakonischen Werk Württemberg und Vertreter für die Diakonie im Ständigen Ausschuss der AG SBV, moderierte die AG Konzept Soziale Schuldnerberatung.

Datenmaterial und Karten:

Creditreform Boniversum GmbH

Hellersbergstr. 11, D - 41460 Neuss

Telefon: (02131) 109-501

microm

Micromarketing-Systeme und Consult GmbH

Hellersbergstr. 11, D - 41460 Neuss

Telefon: (02131) 109-701

Alle Rechte vorbehalten

© 2019, Verband der Vereine Creditreform e.V.,

Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzangaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

